

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **5./6. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2020/2021 vom 6. Juli 2020

von 16.15 bis 18.40 Uhr und 19.30 bis 21.55 Uhr

Eulachhalle 2a

(die Sitzungen sind nicht öffentlich; Medienschaffende und Verwaltungsmitarbeitende, deren  
Geschäfte verhandelt werden, sind zugelassen)

Vorsitz: Daniel Oswald (SVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 5. Sitzung: A. Rellstab (FDP)  
5./6. Sitzungen: Y. Gruber (FDP), P. Schoch (SP), Th. Wolf (SVP)

### Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 1./2. Sitzung	
2.*	20.67	Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurücktretenden S. Näf (SP) und F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	<b>R. Kappeler</b>
3.*	20.68	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	<b>R. Kappeler</b>
4.	20.34	Jahresbericht 2019 der Ombudsstelle und Verabschiedung von V. Sobotich	<b>U. Hofer</b>
5.	20.63	Tätigkeitsbericht 2019 der Finanzkontrolle und Verabschiedung von S. Berberat	<b>I. Kuster</b>
6.	20.33	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2019	<b>F. Helg</b>
7.*	20.45	Tätigkeitsbericht 2019 des Datenschutzbeauftragten	<b>U. Hofer</b>
8.	19.67 (DB)	Kommunale Volksinitiative «Verbesserung der Veloinfrastruktur in allen Stadtkreisen»: Bericht und Antrag auf Ablehnung mit Gegenvorschlag	<b>H.R. Hofer</b>

9.	20.26 (DKD)	Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich	<b>C. Bozzi-Brunel</b>
10.	20.12 (DB)	Kredit von Fr. 600'000 für die Neugestaltung des Knotens Wieshofstr./Wässerwiesenstr., Projekt-Nr. 11430	<b>H.R. Hofer</b>
11.	20.9 (DKD)	«NEXPO – die neue EXPO», Verpflichtungskredit der Erfolgsrechnung von Fr. 172'854 für die Beteiligung der Stadt Winterthur an der Fundierungsphase 2020 bis 2022	<b>C. Bozzi-Brunel</b>
12.	20.16 (DB)	Projektierungskredit von Fr. 600'000 für die Projektierung und Weiterbearbeitung des Projekts Zürcherstr., im Bereich Untere Briggerstr. bis Emil-Klöti-Str., Instandstellung und Gestaltung (Projekt-Nr. 11'393)	<b>H.R. Hofer</b>
13.	20.35 (DB)	Kredit von Fr. 1'470'000 für die Realisierung des Projekts «Weg entlang Eulachpark, Im Link bis Bahnhof Oberwinterthur, Neubau» (Projekt-Nr. 11453)	<b>H.R. Hofer</b>
14.	20.31 (DB)	Sondernutzungsplanung: Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan «Areal Depot Deutweg»	<b>B. Zäch</b>
15.	20.13 (DB)	Änderung der Richt- und Nutzungsplanung, Teilrevision 2019: Aufhebung Mindestwohnanteile Sulzerareal Stadtmitte, Änderung Vorschrift für Flachdachbegrünung, Sicherung Altstadtpassagen, Energievorschriften für Gebiete mit erhöhter Ausnützung und weitere; div. Korrekturen und Nachführungen	<b>B. Zäch</b>
16.*	20.59 (DB)	Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP) und B. Zäch (SP) betr. mehr Grün für den Stadtraum Rudolfstrasse	
17.*	20.55 (DKD)	Begründung des Postulats S. Naef (SP), F. Heer (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Winterthur	
18.*	20.58 (DFI)	Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biolandwirtschaft	
19.*	20.21 (DSU)	Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen	
20.*	20.54 (DSU)	Begründung des Postulats B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung. Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.)	
21.*	20.57 (DSU)	Begründung des Postulats F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie	
22.*	20.60 (DSU)	Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. 4 autofreie Sonntage im Jahr	

- |      |                |  |                     |
|------|----------------|--|---------------------|
| 23.* | 20.22<br>(DTB) | Begründung des Postulats F. Künzler (SP) betr. zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen  |                     |
| 24.* | 20.23<br>(DTB) | Begründung des Postulats K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), M. Zehnder (GLP), G. Stritt (SP) und I. Kuster (CVP) betr. Come-back des Laubrechens   |                     |
| 25.* | 20.56<br>(DTB) | Begründung des Postulats M. Gross (SVP) und Z. Dähler (CVP/EDU) betr. Sicherstellen der nachhaltigen Energieversorgung im Inland: Ausstieg aus den Beteiligungen von Stadtwerk mit mehrheitlich ausländischen Energie-/Finanzinvestments |                     |
| 26.* | 20.61<br>(DSO) | Projektierungskredit von Fr. 340'000 für AZ Adlergarten, Instandsetzung und Umnutzung der Villa Adlergarten in Büroräume (Projekt-Nr. 13152)   | <b>R. Heuberger</b> |
| 27.  | 18.22<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld   |                     |
| 28.  | 18.58<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung  |                     |
| 29.  | 18.68<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürri (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung  |                     |

*\* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Ratspräsident D. Oswald:** Guten Abend. Ich begrüsse Euch zur 5. und 6. Sitzung des laufenden Amtsjahrs.

## Mitteilungen

**Ratspräsident D. Oswald:** Entschuldigt haben sich: Yvonne Gruber für beide Sitzungen, Anna Rellstab hat sich auch aus gesundheitlichen Gründen für beide Sitzungen entschuldigt und ebenfalls ist Thomas Wolf entschuldigt – er hat heute Einsatz im Restaurant, weil seine Partnerin aus gesundheitlichen Gründen die Schicht nicht wahrnehmen kann. Davide Pezzotta kommt etwas verspätet.

Dann möchte ich wieder auf die Corona-Regeln hinweisen. Haltet die Abstände ein, beim Abstimmen aufstehen und beim Sprechen sitzen bleiben und ins Mikrofon sprechen, so dass man es gut versteht.

Wie letztes Mal liegen neben dem Eingang die Vorstösse auf zum Unterschreiben. Nehmt Euren eigenen Kugelschreiber mit, wenn Ihr nach vorne geht, und schaut, dass um 22 Uhr, wenn wir Feierabend machen, alle diese Vorstösse unterschrieben haben.

Das Essen ist wieder im gewohnten Rahmen wie letztes Mal, wir haben ein Fleisch- und ein Vegi-Menü. Es findet in der Halle nebenan statt.

Wir fangen wieder früher an (19.30 Uhr) und nicht erst um 20 Uhr.

Marc wird heute seine Kamera aufstellen und wieder Aufnahmen machen, das ist so erlaubt. Es ist ganz speziell, dieses Gemeinderatsamtsjahr. Immer noch unter dem Eindruck von Corona, wir tagen immer noch in der Eulachhalle. Es ist auch zum heutigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob wir am 24. August im Gemeinderatssaal oder in der Eulachhalle tagen. Ich habe mir mein Jahr schon speziell vorgestellt – aber so speziell doch auch wieder nicht. Ich werde jetzt dann 55. Und wenn man so zurückschaut und denkt: Wie viel hat sich geändert...

Ich bin in der Zeit des Kalten Krieges aufgewachsen, wo die Lage sehr bedrohlich war. Die Mauer ist gefallen.

Wir haben jetzt eine Lage, die meiner Meinung nach sehr undurchsichtig ist, sehr unkalkulierbar. Es gibt in unseren westlichen Kreisen Leute, die die Aufhebung der Polizei fordern. Ich weiss nicht, was gefährlicher ist: Der Kalte Krieg oder die jetzige undurchsichtige Situation. Als Vorsitzender des Parlaments finde ich es wichtig, unseren Sicherheitskräften die politische Unterstützung zuzusichern. Wir leben in einem freiheitlichen Land, in dem das Gewaltmonopol beim Staat ist, wo auch kontrolliert ist, dass wenn Fehler passieren, diese Fehler nicht ungeahndet passieren, sondern dass alles seinen sauberen Lauf hat. Ich bin froh, dass ich in diesem Land auf Sicherheitskräfte zählen können. Und ich bin auch der tiefsten Überzeugung, dass auch die Sicherheitskräfte und die Polizei wissen dürfen, dass sie die Politik hinter sich haben und dass wir hinter ihnen stehen. Denn für mich – ich kann es nicht abschliessend beurteilen – aber für mich ist die Alternative zu keine Polizei Anarchie.

Ich komme zu den Verabschiedungen. Wir haben heute zwei Mitglieder aus dem Gemeinderat zu verabschieden.

Als erstes Silvana Näf, SP. Silvana ist seit dem 1. Dezember 2010 Mitglied im Gemeinderat und scheidet offiziell per 31. Juli 2020 aus. Vom 6. Dezember 2010 bis am 19. September 2011 war sie Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK), und vom 19. September 2011 bis am 12. Mai 2014 Mitglied der Aufsichtskommission (AK). Dort durften wir zusammen arbeiten in der Kommissionsarbeit und daran habe ich sehr gute Erinnerungen. Seit 12. Mai 2014 bis jetzt ist Silvana Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK). Silvana hat sich entschieden, sicher vorerst als Parlamentarierin aufzuhören. Sie geht nicht in eine andere parlamentarische Funktion. Ich wünsche Dir im Namen von uns allen hier im Saal alles Gute für Deinen weiteren Lebensweg, privat und beruflich. Und ich glaube, ganz ohne Politik wird es trotzdem nicht sein, auch wenn Du nicht mehr in einem Parlament bist. Hier vorne seht Ihr den Brunnen vor dem Stadthaus, das Bild, das Du ausgewählt hast. Ich finde das ein sehr schönes Bild. Ich danke Dir im Namen der Stadt Winterthur für Deinen Einsatz und würde Dir gerne dieses Bild überreichen. Komm bitte nach vorne, Silvana. (*Applaus*)

Dann komme ich zur Verabschiedung von Florian Heer, Grüne. Er war nicht gar so lange bei uns im Stadtparlament. Er kam am 13. Mai 2019 in den Gemeinderat und verlässt uns auch per 31. Juli 2020. Du hattest aber die seltene Ehre, direkt ein Kommissionspräsidium übernehmen zu können, als Du in den Gemeinderat kamst. Und in dieser Zeit bist Du Präsident der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) gewesen. Du ziehst weiter in den Kantonsrat. Ich wünsche Dir beim Kantonsrat weiterhin sehr viel Freude bei der politischen Arbeit und wir freuen uns, Dich das eine oder andere Mal wieder zu sehen. Florian, darf ich Dich bitten, nach vorne zu kommen? (*Applaus*)

Hier Dein Geschenk, das Bild. Viele Bäume – das sind noch Hochstammapfelbäume, schätze ich. Die sind aber nicht bei Dir im Garten?

**F. Heer (Grüne):** Nein, das ist passend zu dieser Halle, das graue Bild. Ich musste entscheiden.

**Ratspräsident D. Oswald:** Maria Sorgo wird um 17 Uhr für eine gute halbe Stunde die Leitung der Sitzung übernehmen, weil ich eine geschäftliche Telefonkonferenz habe.

## Traktandenliste

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Traktandenliste. Wir haben aufgrund des Fortschritts der Sitzung vom letzten Montag eine Ergänzung gemacht zur Traktandenliste und 4 Geschäfte dazugefügt. Ich schlage vor, dass wir das Traktandum Nr. 26, Projektierungskredit von 340'000 Fr. für das Alterszentrum Adlergarten, vorziehen auf der Traktandenliste und nach dem Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten beraten. Seid Ihr mit dieser Änderung einverstanden? – Besten Dank. Sonst sind mir keine Änderungsanträge zur Traktandenliste bekannt. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Eine Fraktionserklärung zur Krisenstufe 4 gibt es von Maria Wegelin von der SVP.

**M. Wegelin (SVP):** In seiner Antwort auf die dringliche Interpellation vom letzten Montag, 29. Juni entpuppte sich die Pandemiestufe 4 als sogenannte Krisenstufe 4, basierend auf einem Gesamtsicherheitskonzept des DSS. Ein Dokument, welches aus verständlichen Gründen nicht öffentlich zugänglich ist. Im Intranet sind die Dokumente aber für Mitarbeitende, Schulleitungen und Lehrpersonen abrufbar. Anscheinend sind die KSP-Präsidien im Besitze dieses Dokumentes, wirklich präsent scheinen sie es aber nicht zu haben.

Das Dokument klärt, wer wann bei welcher Krisenstufe kommuniziert. Bei Stufe 1, beispielsweise wegen Schlägereien, kommuniziert die Schulleitung. Bei Stufe 2, beispielsweise bei einer Schwangerschaft einer Minderjährigen, ist die Schulleitung zusammen mit der KSP im Lead. Und so geht es weiter bis zur Stufe 4, bei welcher es um Krisen mit grosser Medienrelevanz geht und somit dem DSS sämtliche Kommunikationskompetenzen zufallen. Stadtrat Jürg Altwegg geht davon aus, dass wenn der Bundesrat von einer Krise redet, wie wir sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben, es sich definitiv um eine Krisenstufe 4 handeln muss.

Hier stellen sich mir zwei Fragen:

1. Da es sich um eine Pandemie handelt, also um ein weltweites Geschehen, wieso soll dann die Stadt Winterthur hier mediale Aufmerksamkeit erlangen und
2. basierend auf welchen rechtlichen Grundlagen wurde dieses Dokument erstellt?

Frage 1 beinhaltet eine grundlegende Fehlüberlegung des DSS, basierend auf welcher sich das DSS Kompetenzen aneignete, welche ihm nicht zustehen, gerade auch angesichts dessen, dass die Entscheidungskompetenz nach wie vor beim Bund und den Kantonen liegen.

Da kann man sich die Frage stellen, wieso dieses Konzept nicht auch 2017 zum Tragen kam, als die Geschehnisse an der Brühlbergschule unter dem damaligen Kreisschulpflegepräsidenten ein schweizweites mediales Interesse hervorriefen. Damals hielt sich Stadtrat Jürg Altwegg fein aus der Sache raus und erklärte, ihm seien die Hände gebunden, dabei wäre der Fall Brühlbergschule ein sehr gutes Beispiel für die Krisenstufe 4 gewesen. Das mediale Interesse war schliesslich enorm!

Weiter erklärte Stadtrat Jürg Altwegg an der letzten GGR-Sitzung, dass das Sicherheitsteam am 23. Juni, also sechs Tage vor der GGR-Sitzung, tagte und die Krisenstufe 4 aufgehoben wurde, dass also seit knapp eine Woche keine Krisenstufe mehr aktiv und alles wie gehabt sei. Die Schulen seien wieder im «Normalbetrieb» und die Zuständigkeiten wieder bei den Kreisschulpflegern bzw. den Schulleitungen, so wie das sonst auch sei.

In einem mir vorliegenden Brief von einer Schulleitung einer Primarschule an Eltern mit Datum vom 26. Juni – also datiert drei Tage nach besagter Sitzung des Sicherheitsteams, an welcher die Krisenstufe 4 aufgehoben wurde – steht, ich zitiere: «Wir sind immer noch in der Stufe 4 der Krisenhierarchie; d.h. die Führung und die Entscheide werden von einem Sicherheitsteam der Stadt Winterthur übernommen. Darum gilt folgende Weisung für alle Schulen in

Winterthur: In Absprache mit den Präsidien der anderen Schulkreise und der Gruppe Pandemie der Stadt Winterthur wurde der definitive Entscheid gefällt, dass keine Elternveranstaltungen und keine Reisen mit dem ÖV am Ende des Schuljahres durchgeführt werden dürfen. Abschlussanlässe ohne Übernachtungen im Klassenverband zu Fuss oder mit dem Velo sind erlaubt.».

Die SVP-Fraktion wundert sich wirklich über so viel Dreistigkeit. Der verantwortliche Stadtrat erteilte dem Gemeinderat am 29. Juni beschwichtigende Antworten und dann stellt sich dummerweise heraus, dass nur kurz vorher die betroffenen Eltern und Schüler eine diametral anderslautende Antwort erhalten haben. Konkret: Das Sicherheitsteam der Stadt Winterthur hat die Führung übernommen, es gilt immer noch Krisenstufe 4 und fast alle Anlässe sind verboten. Das sind die Fakten draussen in unseren Schulen und hier im Gemeinderat wurde uns das genaue Gegenteil erzählt.

Im Übrigen kann von einer einheitlichen Regelung, abgestimmt zwischen allen Schulkreisen, auch keine Rede sein. Sowohl im Vergleich zwischen den Kreisen als sogar innerhalb eines Schulkreises werden diese Weisungen des DSS nicht einheitlich umgesetzt. Ein Teil der Antworten von Stadtrat Jürg Altwegg auf die dringliche Interpellation entsprach aufgrund der mir vorliegenden Beweise nicht der Wahrheit, mit der traurigen Folge, dass den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrpersonen der Schuljahresabschluss noch ganz vermiest wurde. Entweder wurden wir bewusst belogen oder die Kommunikation zwischen dem DSS und den KSP-Präsidien war inexistent oder das von Stadtrat Jürg Altwegg erwähnte und viel gelobte «SL-Info Corona-Mail», welches mehrmals wöchentlich an die Schulleitungen verschickt wurde und in welchem hätte stehen müssen, dass die Krisenstufe 4 am 23. Juni aufgehoben wurde, blieb aus. Nach diesen bemerkenswert fragwürdigen Vorgängen fragen wir uns einmal mehr, ob die angedachte Machtverschiebung im Rahmen der Schulreorganisation weg von der KSP ins Königreich Schuldepartement wirklich zielführend sein wird.

**Stadtrat J. Altwegg:** Es ist schon ein bisschen starker Tobak, aber nichtsdestotrotz nehme ich Stellung dazu.

Das Sicherheitskonzept DSS findet man sicher nicht auf der Internetseite. Das Sicherheitskonzept ist u.a. auch für Amokläufe. Und wenn sich ein Amokläufer schon vorgängig informieren kann, wie wir vorgehen, ist das vielleicht nicht so geschickt. Das sehen Sie sicher alle ein. Das Sicherheitskonzept DSS steht allen Beteiligten rund um die Schule zur Verfügung. Auch allen Kreisschulpflegern. Wenn das dort nicht so präsent ist, dann kann ich leider nicht so viel sagen dazu – dann müsste man schauen, was in den einzelnen Kreisschulpflegern gelaufen ist. Es geht da nicht um Entscheidungen, was die einzelnen Schulen machen, sondern es geht wirklich um die Kommunikation. Ich glaube, es ist wirklich so bei Pandemiestufe 4, die es so nicht gibt, sondern die Krisenstufe 4: Da geht es wirklich darum, mit einer Stimme zu kommunizieren. Wenn jemand sagt, die Pandemie, die wir haben, entspräche nicht der Krisenstufe 4, dann hätte ich schon einige Fragezeichen.

Dann werde ich der Lüge bezichtigt, das finde ich ganz schwierig. Insbesondere wenn man mir vorwirft, ich hätte etwas mit der Brühlbergschule zu tun gehabt. Ich bin noch nicht ganz so lange hier – von daher war ich noch nicht in Amt und Würde, als die ganze Geschichte dort gelaufen ist.

Was die ganzen Lager und Abschlussfeste anbelangt: Das ist etwas, das die Kreisschulpflegern in eigener Regie selber entschieden haben. Wenn man die ganzen Geschichten verfolgt, was jetzt gerade läuft mit der Infektionsgefahr, war das ein kluger Entscheid.

Was wir gemacht haben ist einzig die Kommunikation, dass man gemäss Regierungsrat wieder solche Lager und Abschlussfeste machen darf, das haben wir so weitergeleitet in einem SL-Info. Die Kreisschulpflegern haben untereinander abgemacht, dass sie das nicht erlauben wollen in der Stadt Winterthur. Das steht übrigens auch im Landbote-Artikel.

Also nochmals: Das Sicherheitskonzept DSS, das von der Zentralschulpflege legitimiert ist – die Zentralschulpflege ist eine gewählte Behörde, sie darf das machen – ich schanze mir nicht Entscheidungskompetenzen zu, sondern es geht wirklich primär um die Kommunikation. Ich gebe Euch vom Gemeinderat das Sicherheitskonzept gerne heraus (es haben schon einige

angefragt, die das haben wollten), mit der Bitte, das nicht öffentlich zu machen und im Landboten zu verbreiten. Man darf das selbstverständlich lesen, noch so gerne - es umfasst 60 Seiten, das Sicherheitskonzept – aber wir stellen es sicher nicht auf die Internetseite. Das zur Präzisierung der genannten Dinge.

**Ratspräsident D. Oswald:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Nein.

## **Dringliche Interpellation**

### **betreffend Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV und IV und Soziallastenausgleich – Auswirkungen für die Stadt Winterthur (GGR-Nr. 2020.76)**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt noch eine Dringliche Interpellation vor zum Thema Soziallastenausgleich. Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Bea Helbling, SP.

**B. Helbling (SP):** Die Dringlichkeit lässt sich mit dem neu festgelegten Abstimmungsdatum am 27. September erklären. Der Kanton Zürich stimmt dann über die Änderung des Gesetzes über Zusatzleistungen zur AHV/IV ab. Diese Änderung sieht eine Erhöhung vom kantonalen Finanzanteil vor und damit einher eine Reduktion des Gemeindeanteils. Davon profitieren alle Gemeinden im Kanton Zürich, insbesondere jene, die überdurchschnittlich betroffen sind – und dazu gehört auch die Stadt Winterthur.

Der vorliegende Vorschlag, übrigens der Gegenvorschlag einer Parlamentarischen Initiative, nahm einen langen Weg durch die politischen Instanzen. Es liegt der Stimmbevölkerung jetzt ein breit abgestützter Kompromiss vor, der von einer breiten Parteienallianz getragen wird. Aufgrund vom Kantonsrat-Referendum der SVP-Fraktion wird darüber abgestimmt.

Der Winterthurer Stadtrat hat in seinen Bemühungen um einen fairen Soziallastenausgleich stets auf die Parlamentarische Initiative und auf die Erhöhung des kantonalen Finanzierungsanteils bei den Zusatzleistungen verwiesen.

Es stellen sich in Hinblick auf diese Abstimmung einige Fragen, die für die Stadt Winterthur von grosser Bedeutung sind und aufgrund des Abstimmungsdatums eine dringliche Beantwortung durch den Stadtrat erfordern. Es ist wichtig zu erfahren, wie sich der Stadtrat positioniert, wie er sich in diese Abstimmung einbringt und welches die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Winterthur sind. Darüber hinaus benötigen wir einen wirklichen Soziallastenausgleich – auch dort braucht es eine Planung seitens des Stadtrats. Was gedenkt der Stadtrat selber und zusammen mit anderen betroffenen Gemeinden zu tun? Wie bringt er sich beim Kanton ein? Wir bitten deshalb alle, die Dringlichkeit der Interpellation zu unterstützen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

Wer die Dringlichkeit der Interpellation unterstützen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Das ist eindeutig. Die Dringlichkeit ist somit unterstützt.

Das Wort hat Stadtrat Nicolas Galladé.

**Stadtrat N. Galladé:** Die Frage 1 kann ich gleich direkt und jetzt beantworten: Der Stadtrat von Winterthur unterstützt die Vorlage, wie sie zur Abstimmung kommen wird am 27. September. Es ist eine sehr wichtige Abstimmung für die Stadt Winterthur. Und sämtliche Mitglieder des Stadtrats sind auch Mitglieder im Gemeindegremium, das sehr breit abgestützt ist. Gerade auch wegen der Bedeutung dieser Abstimmung, aber auch weil bei den Fragen 2-5 die eine oder andere eine ein bisschen vertiefte Beantwortung verdient hat, werden wir diese Beantwortung als Aufgabe in die Sommerferien mitnehmen und im Hinblick auf die nächste Gemeinderatssitzung nach den Sommerferien beantworten, so dass Ihnen dann

schriftliche Antworten zu den Auswirkungen vorliegen und man diese an dieser Stelle auch diskutieren können wird.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

**Ratspräsident D. Oswald:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Das Wort hat Urs Glättli, GLP.

**U. Glättli (GLP):** Als Miteinreichende steht die GLP-Fraktion voll und ganz hinter dieser Dringlichen Interpellation. Wir haben aktiv an ihr mitgewirkt und auf Aspekte des fehlenden Sozillastenausgleichs aufmerksam gemacht. Das Anliegen ist dringlich. Wir haben es bereits gesagt an der letzten Sitzung zur Jahresrechnung 2019 und wir haben es bereits betont in der ersten Ratssitzung nach dem Lockdown. Diese Fragen stellen sich konkret und sie sind auch konkret beantwortbar. Es ist von zentraler Bedeutung, wie sich der Stadtrat und die Winterthurer Parteien zur kommenden Referendumsabstimmung über die Zulagengesetzänderung und zum politischen Schicksal vom Sozillastenausgleich stellen. Und es geht dabei um viel Geld, um sehr viel Geld, das entweder unserer Stadt belasten wird oder eben nicht. Im aktuellen FAP sind dafür bereits ab 2021 wiederkehrend 15 Mio. eingestellt. Ab 2022 kommen gemäss FAP weitere 19 Mio. jährlich dazu. Ersteres kommt, wenn die Zürcher Stimmberechtigten Ende September der ZLG-Änderung zustimmen. Und die weiteren 19 Mio. kommen, wenn im Kantonsrat die Initiative ergriffen würde, dass die Sozialhilfegesetzrevision wenigstens mit einem Sozillastenausgleich angereichert würde. Diese Vorlage ist ja zurückgezogen zur Totalrevision vom SHG. Jetzt geht es darum, dass man das politisch wieder anstösst und dort den Sozillastenausgleich trotzdem verankern kann. Dafür braucht es eben eine Behördeninitiative z.B. aus Winterthur. Und aus all diesen Gründen ist die Interpellation höchst dringlich.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es sind mir keine weiteren Wortmeldungen bekannt, in diesem Fall ist das Geschäft für heute erledigt.

Dann kommen wir zur offiziellen Traktandenliste.

## 2. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.67: Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurücktretenden S. Näf (SP) und F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Wahl von zwei Mitgliedern in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle der zurücktretenden Silvana Näf (SP) und Florian Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

**R. Kappeler (IFK):** Die IFK schlägt vor (mit Amtsantritt per 1. August 2020): Daniel Altenbach (SP) und Katharina Frei Glowatz (Grüne).

**Ratspräsident D. Oswald:** Werden diese Vorschläge vermehrt? – Das ist nicht der Fall. Ich gratuliere Daniel Altenbach und Katharina Frei Glowatz zu ihrer Wahl in die Sachkommission Soziales und Sicherheit.

### 3. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2020.68: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden F. Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) anstelle des zurücktretenden Florian Heer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

**R. Kappeler (IFK):** Vorgeschlagen wird (mit Amtsantritt per 1. August 2020): Katharina Frei Glowatz (Grüne).

**Ratspräsident D. Oswald:** Wird dieser Vorschlag vermehrt? – Wenn nicht, gratuliere ich Katharina Frei Glowatz zu ihrer Wahl als Präsidentin der Kommission Soziales und Sicherheit. Ich wünsche den Gewählten viel Freude bei ihrer Arbeit in der Kommission.

### 7. Traktandum

#### **GGR-Nr. 2020.45: Tätigkeitsbericht 2019 des Datenschutzbeauftragten**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Tätigkeitsbericht 2019 des Datenschutzbeauftragten. Ich bitte Philip Glass nach vorne zu kommen. Das Wort hat der Sprecher der Kommission, Urs Hofer.

**U. Hofer (AK):** Die Diskussionen rund um Corona und zunehmend digitalisieren haben in den vergangenen Monaten deutlich aufgezeigt, dass man laufend auch den Umgang mit Daten kritisch hinterfragen sollte. So ist es nicht ganz erstaunlich, dass 2019 für den Datenschutzbeauftragten Philip Glass ein Rekordjahr war. Das lässt sich auch durch einen Blick auf die Zahlenübersicht am Ende des Tätigkeitsberichts bestätigen. 2019 gab es 111 Eingänge und 80 Erledigungen. 2014 waren es noch 68 Eingänge bei 58 Erledigungen. Entscheidend ist aber nicht die reine Anzahl, sondern die Frage, wie komplex und aufwändig ein solcher Eingang ist. Gemäss Auskunft des Datenschutzbeauftragten sind die Anfragen auf der Komplexitätsstufe sehr unterschiedlich. Einerseits gab es viele Gesuche um die Freischaltung von gewissen Internetadressen und Cloud-Services, das sind reine Routine-Geschäfte, die rasch abgearbeitet sind. Andererseits gab es aber vermehrt auch Anfragen im Bereich E-Government, die aufwändiger sind und die mit verschiedenen Stellen koordiniert werden müssen. Der Datenschützer ist erfreut über diese Entwicklung, weil es eigentlich ja eine gute Sache ist (das ist ja unbestritten), wenn Private und wie auch Verwaltungsmitarbeitende wissen, dass wir einen Datenschutzbeauftragten haben und dessen Dienstleistungen auch nutzen. Um die steigende Geschäftslast abwickeln zu können, hat der Datenschutzbeauftragte seine Abläufe weiter vereinfacht. Primär ist er umgestiegen auf eine rein digitale Dossierführung, die auch das Arbeiten von unterwegs und im Homeoffice ermöglicht.

Im Bericht selbst werden 3 Dossiers exemplarisch ein bisschen genauer vorgestellt. Ich gehe ganz kurz darauf ein. Das Erste ist wie schon erwähnt der Content-Filter. Es sind gewisse Internetadressen und Cloud-Services gesperrt. Die ausnahmsweise Freischaltung braucht die Zustimmung des Linienvorgesetzten wie auch des Datenschutzbeauftragten. Er hat letztlich da sämtlichen Anträge zugestimmt. Aber es muss immer genau geprüft werden, welche Daten da drauf kommen.

Das Zweite, da geht es um die städtischen Bibliotheken. Dort ging es darum, ob Nutzer, die ihr Abo nicht erneuert haben, einmalig ein Mail erhalten sollten, das auf das Angebot der Bibliotheken aufmerksam macht, und wie man das datenschutzkonform ausgestaltet.

Und das letzte ist vom Quartier Neuhegi, wo es natürlich auch um den Datenschutz ging. Aber Herr Glass hat befürchtet, dass es da auch um den Schutz des Stimmgeheimnisses gehen könnte. Als er aber nachfragte, waren es eher niederschwellige Umfragen, die nicht problematisch sind. Der Fall zeigt symptomatisch, dass vielfach der Aufwand darin besteht, überhaupt herauszufinden, was man beabsichtigt.

Der Datenschützer hat im Berichtsjahr vermehrt mit anderen Datenschutzbehörden zusammengearbeitet, formell und informell, und er hat bei 7 Geschäften einen verwaltungsinternen Mitbericht verfasst.

Zu Reden gegeben in der Aufsichtskommission hat aber auch die Frage von Audits. Im Tätigkeitsbericht 2018 hat der Datenschutzbeauftragte geschrieben, dass er 2019 3 Audits durchführen möchte und die übliche Beratungstätigkeit deswegen zurückstellen wird. Bereits bei der Abnahme der Jahresrechnung 2018 wurde das relativiert und es wurde mindestens 1 Audit in Aussicht gestellt. Die Geschäftslast war aber dann anscheinend so gross, dass 2019 kein Audit durchgeführt werden konnte. Wir sind in der Kommission auch schon vorgängig darüber informiert worden. Auch im laufenden Jahr gab es noch keinen Audit und es ist einer geplant im Herbst 2020.

Von Seiten Aufsichtskommission begrüssen wir das und erwarten das eigentlich auch. Wir erachten es insbesondere als sinnvoll, wenn er im Rahmen von 1-2 Audits Erfahrungswerte mit dieser bisher noch nicht richtig wahrgenommenen Aufgabe gewinnen kann und wir Informationen bekommen, wie aufwändig diese Audits sind vom Zeitaufwand her, mit der Zusammenarbeit, und was die Resultate und der Nutzen sind von dem, was man entdeckt. Deshalb sind wir eigentlich übereingekommen, dass sinnvoll wäre, dass man nicht die Anzahl Audits als Zielvorgabe ins Budget aufnehmen würde. Und es klar: Wenn wir regelmässig solche Audits verlangen und das in grosser Zahl, dann müsste man auch über eine Aufstockung der Ressourcen sprechen.

Abgesehen von der Frage der Audits hat aber der Tätigkeitsbericht vom Datenschutzbeauftragten wenig zu reden gegeben und wird von der Aufsichtskommission einstimmig zur Annahme empfohlen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den Bericht des Datenschützers. Es ist bekannt, dass die AK und der Datenschutzbeauftragte sich jährlich bei Rechnung und Budget jeweils auch über Themen wie Pendenzen und Arbeitspensum unterhalten. Es ist auch klar, dass wir nicht immer gleicher Meinung sind. Letztes Jahr hat der Datenschützer die AK in seinem Bericht kritisiert und wir haben dann ihn hier drinnen kritisiert. Ich glaube, dieses Jahr haben wir es wesentlich besser gemacht. Wir haben den gordischen Knoten ein bisschen lösen können und haben diese Themen angesprochen, wie Urs Hofer es vorhin erklärt hat. Aber eben dort, wo sie hingehören: In der Aufsichtskommission.

Ansonsten kann ich eigentlich das sagen, was ich jedes Jahr sage: Philip Glass hat ein kleines Prozentpensum, es ist wirklich nicht sehr viel, und deshalb bin ich sehr froh, dass er pragmatisch vorgeht, abklärt, ob die Fälle, die bei ihm auf dem Tisch landen, nicht schon in einer anderen Stadt gelöst wurden. Und ich bin auch sehr froh, dass der Bericht schlank ist, denn ansonsten würde sehr viel Zeit für die Administration verloren gehen.

Am Schluss bleibt eigentlich das übrig, das wir auch jedes Jahr sagen: Wir danken für die Performance, mit 30% sind doch einige tolle Sachen da, und nehmen den Bericht selbstverständlich positiv zur Kenntnis.

**R. Keller (SP):** Ich danke Urs Hofer für die Vorstellung des Berichts. Er hat eigentlich das Wesentliche schon gesagt und er hat auch die Fragen aufgenommen mit den Audits, wo wir auch die Meinung, die Urs schon vorgestellt hat, vertreten. Ich habe als Mitglied der Aufsichtskommission den Bericht mit Interesse gelesen wie jedes Jahr. Die Liste der Themen, die der Datenschützer im Anhang zeigt, ist ziemlich eindrücklich und zeigt, welche Vielfalt von Themen er in seiner Arbeit behandelt und wie wichtig dieser Datenschutz insgesamt ist.

In den letzten Jahren hat die Anzahl der eingegangenen Dossiers deutlich zugenommen, Urs hat das auch schon gesagt. Und besonders die Beratung der städtischen Behörden und die Überwachung des Datenschutzrechts stechen da heraus bei dieser Zunahme. Und das zeigt ganz sicher, dass die Verwaltung auf kompetente Beratung des Datenschutzers angewiesen ist. In den nächsten Jahren wird die Materie ganz sicher nicht weniger komplex werden und deshalb können wir auch froh sein, dass wir da eine kompetente Person haben, die diese Stelle innehat.

Die SP-Fraktion dankt dem Datenschutz für seine kompetente Arbeit und wir freuen uns, wenn wir nächstes Jahr dann über Audits sprechen können.

**F. Kramer (EVP):** Wir danken dem Datenschutzbeauftragten für den kurzen, übersichtlichen und interessanten Bericht. Wie der Datenschutzbeauftragte erwähnt, ist die Geschäftslast im Jahr 2019 sprunghaft angestiegen. So hat er tatsächlich 28 Geschäfte mehr erhalten als im Vorjahr, erledigen konnte er aber tatsächlich nur 7 Geschäfte mehr als 2018. Das führte dazu, dass sehr viele Geschäfte Ende Jahr als pendent bezeichnet werden. Es sind fast 100 unerledigte Geschäfte per 31. Dezember gegenüber 80 erledigten Geschäften im ganzen Jahr. Das ist kein ganz günstiges Verhältnis – für die Audits hat ja auch die Zeit gefehlt. Da müssen wir, wie es von den Vorrednern erwähnt wurde, dranbleiben.

Wir danken dem Datenschutzbeauftragten aber auf jeden Fall für seine wichtige Arbeit und wünschen ihm gutes Gelingen auch in diesem Jahr. Wir beantragen die Abnahme des Tätigkeitsberichts.

**M. Wackerlin (SVP):** Auch die SVP-Fraktion und der Pirat danken dem Datenschutz für den Bericht. Besonders positiv aufgenommen habe ich die Einführung der digitalen Dossierführung. Ich finde, wenn das vorher noch nicht gemacht wurde, war das mehr als fällig. Zum Content-Filter vielleicht noch eine kleine Anmerkung: Solche Content-Filter sind im besten Fall lästig und es dauert dann vielleicht 10-20 Minuten, bis man sie umgangen hat. Aber wirklich wirksam sind sie nicht. Wie auch immer.

Was uns negativ aufgefallen ist, ist dass kein Audit durchgeführt worden ist. Wir möchten einfach nochmals darauf aufmerksam machen, dass das für uns ein wichtiger Punkt ist. Das wurde auch schon in der AK angesprochen. Wir bitten darum, da zu schauen, dass das im nächsten Jahr gemacht werden kann.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Der Tätigkeitsbericht 2019 kommt wie immer in seiner schlichten, digitalisierten Form daher, das wissen wir zu schätzen. Sein Inhalt zeigt uns gut nachvollziehbar, was im Berichtsjahr gelaufen ist. Es wurde auch schon angesprochen: Trotz sprunghaft gestiegener Anzahl Fälle (111), konnten mehr Fälle abgeschlossen werden als im Vorjahr (80 im 2019, 73 im 2018), dies auch dank einer Vereinfachung der Geschäftsabläufe.

Auch Private haben erstmals Einsicht in eigene Personendaten gegenüber der Datenaufsichtsstelle verlangt.

Vermisst haben auch wir die im letzten Tätigkeitsbericht angekündigten Audits. Wir sind ja gespannt und hoffen, dass es dieses Jahr klappt.

Die CVP/EDU-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht 2019 des Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis und dankt Philip Glass für seinen Einsatz und sein Talent, die Abläufe fortlaufend zu optimieren und so noch effizienter arbeiten zu können.

**Ratspräsident D. Oswald:** Möchte der Stadtrat etwas sagen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich dem Datenschutzbeauftragten noch kurz das Wort geben.

**Ph. Glass:** Danke vielmals, dass ich heute hier sein darf. Es ist diesmal etwas anders als sonst im Rathaus, mehr ein bisschen im Grünen hier in den Eulachhallen, das entspannt durchaus.

Ich möchte aber sagen: Ich selber vermisse Audits auch. Ich habe damit gerechnet, dass ich diese machen werde. Aber als schon im Januar 2019 die Eingänge/Anfragen sprunghaft angestiegen sind, hätte das schlichtweg keinen Sinn mehr gemacht, weil es sonst jetzt über 120

unerledigte Geschäfte wären für 1-2 Audits. Und das wäre aus meiner Sicht einfach kein sinnvoller Abtausch gewesen.

Dieses Jahr sieht es ähnlich aus. Mit Corona ist es ein bisschen abgeflacht, aber immer noch über dem Durchschnitt vom letzten Jahr zur gleichen Zeit. Es ist durchaus weiterhin zunehmend. Dort, wo ich gewisse Audits schon vorbereitet habe, bin ich durchaus zuversichtlich, diese im Herbst machen zu können. Das wird bedeuten, dass vermutlich im Oktober die Datenaufsichtsstelle für 2-3 Wochen die Beratung für Behörden einstellen wird. Da wird selbstverständlich kommuniziert und wichtige Fälle werden selbstverständlich trotzdem noch behandelt. Es gibt immer wieder mal wichtige, dringliche Sachen – diese werde ich selbstverständlich nicht vertrösten.

Schliesslich möchte ich mich bedanken für die wohlwollende Aufnahme des Berichts, auch seitens der SP. Es tönt schon viel besser als auch schon. Das ist ganz okay so für mich. Ich möchte Ihnen noch gutes Gelingen wünschen - heute Abend.

**Ratspräsident D. Oswald:** Ganz herzlichen Dank, Philip Glass, für Deine Worte.

Ich komme zur Abstimmung.

Wer den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten so genehmigen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Das ist einstimmig. Ich danke Philip Glass herzlich für seine Arbeit und gratuliere zur einstimmigen Abnahme seines Tätigkeitsberichts.

Damit übergebe ich die Sitzungsleitung für die nächste halbe Stunde meiner Vizepräsidentin, Maria Sorgo.

**M. Sorgo: (SP):** Bevor wir zum nächsten Geschäft kommen, noch kurz die Begründung, weshalb wir keinen Platzwechsel machen, wie das sonst eigentlich üblich ist. Aus Corona-bedingten Gründen haben wir uns entschlossen, dass ich an meinem Platz sitzenbleiben werde und Reto Diener nicht nach vorne kommen wird. Das ist einfacher, weil wir sonst alles desinfizieren müssten. Jürg Bachmann wird mich unterstützen bei den Wortmeldungen. Wer sich melden möchte, bitte weiterhin gut aufstrecken und kurz warten, bis Ihr ein Zeichen bekommt von uns, das macht es für uns hier vorne einfacher. So wie das bisher eigentlich ganz gut geklappt hat.

Jetzt zum nächsten Geschäft, das ist das vorgezogene Geschäft 20.61, Projektierungskredit von 340'000 Fr. für das Alterszentrum Adlergarten.

## 26. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.61: Projektierungskredit von Fr. 340'000 für AZ Adlergarten, Instandsetzung und Umnutzung der Villa Adlergarten in Büroräume (Projekt-Nr. 13152)**

---

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Projektierungskredit von Fr. 340'000 für AZ Adlergarten, Instandsetzung und Umnutzung der Villa Adlergarten in Büroräume (Projekt-Nr. 13152). Es ist geplant, das ohne Diskussion zu behandeln, da habe ich bisher keinen anderslautenden Antrag gehört. Das Wort hat die Kommissionsreferentin Romana Heuberger für die Vorstellung des Geschäfts.

**R. Heuberger (BBK):** Ich freue mich, Euch heute den Projektierungskredit für die Umnutzung der Villa Adlergarten präsentieren zu dürfen.

Auf der ersten Folie seht Ihr die Villa Adlergarten, die Gartenanlage und die wunderschöne Orangerie, die dazu gehört. Die Villa und die Gartenanlage stehen unter Denkmalschutz und sind im Inventar der überkommunal eingestufteten Objekte. Das sehen wir bei der Ausgangslage auf der 2. Folie.

Die Villa liegt zudem in der Zone für öffentliche Bauten, sprich sie kann ausschliesslich durch die öffentliche Hand oder für eine öffentlichen Aufgabe genutzt werden.

Im 1990 ist das Gebäude zu einem Altersheim mit betreuter Wohngruppe in den Obergeschossen und einem Tageszentrum im Erdgeschoss umgebaut worden.

Seit 2016 stehen die Obergeschosse aber leer. Warum das? Die betreute Wohngruppe musste aus betrieblichen und aus Sicherheitsgründen (wegen dem Brandschutz) geschlossen werden müssen.

Das denkmalgeschützte Gebäude lässt gemäss dem Departement Soziales leider keine zweckmässigen nutzungs- und betriebsverbessernden baulichen Eingriffe für die Kernaufgabe Pflege und Betreuung zu.

Und eine Bausubstanzeanalyse hat gezeigt, dass sich die Villa als Gesamtes in einem mittelmässigen baulichen Zustand befindet. In einem gar schlechtem Zustand befinden sich vor allem die Kanalisation, die Fenster und auch teilweise die Elektroinstallationen. Was also machen mit diesem Gebäude?

Die Villa Adlergarten soll umgenutzt und administrative Büroarbeitsplätze in diesem Gebäude zusammengeführt werden. Was sind das für Arbeitsplätze? Es sind Bereichsleitung, Zentrale Dienste, Kundenadministration, Finanzbuchhaltung, Controlling etc.

Diese rund 70 Arbeitsplätze, die zusammengeführt werden sollen, befinden sich heute im Alterszentrum Adlergarten, im zeitlich befristet nutzbaren Modulbau vom AZA, in Wohnungen vom Personalhaus 2 und in extern zugemieteten Büroräumen. Neu entstehen in der Villa Adlergarten praktisch gleich viele Büro-Arbeitsplätze, wie bereits bestehen. Weshalb soll denn in den Umbau investiert werden?

Wenn wir diese Frage beantworten wollen müssen wir kurz die Immobilienstrategie anschauen. Im Baufeld Nord, wie Ihr in der Präsentation sieht, soll ein neuer Erweiterungsbau entstehen. Damit stehen die Büroräume im Verwaltungstrakt nicht mehr zur Verfügung. Im Personalhaus 2 (im sogenannten Baufeld Süd) sollen Alterswohnungen mit Service entstehen, womit auch die dort platzierten Büros nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Zusammenlegung der Büros macht aber auch inhaltlich – sprich aufgrund der internen Prozessen – absolut Sinn.

Um die Instandsetzungsmassnahmen und die Zusammenführung von den Büroarbeitsplätze in der Villa zu prüfen, sind im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zwei Szenarien untersucht worden.

Sogenanntes Szenario Klein: Umnutzung und Pinselsanierung – das eine Nutzungsdauer von 10 Jahren ermöglicht, aber das Thema der dringend notwendigen Unterhaltsarbeiten der Bausubstanz nicht löst.

Szenario Mittel: Umnutzung und Instandsetzung – mit einer geplanten Nutzungsdauer von 30 Jahren.

Der heute vorliegende Kreditantrag basiert auf dem Szenario Mittel – also einer Nutzung von 30 Jahren inklusive dem Erhalt der Bausubstanz.

Mit dieser Lösung können die heute auf diverse AZA-Gebäude sowie extern zugemietete Liegenschaften verteilten Büroarbeitsplätze zusammengeführt werden.

Es entsteht zeitnah ein Ersatz für die befristeten Arbeitsplätze im Modulbau vom AZA.

Aufgrund der längeren Nutzungsdauer sind die Investitionen wirtschaftlicher als nur eine Pinselsanierung.

Die geschätzten Gesamtinvestitionen für die werterhaltende Massnahmen und die Umnutzung belaufen sich auf 3.4 Mio. Franken. Im Budget 2020 war das Projekt mit 3.975 Mio. bereits eingestellt – dort gebunden. Der Gemeinderat hat die Investition allerdings für nicht gebunden erklärt, da betreffend Ausgestaltung des Umbaus doch erheblicher Spielraum besteht.

Die Instandsetzung und die Umnutzung der denkmalgeschützten Villa ist gemäss Sozialdepartement deutlich aufwändiger und kostspieliger als bei einem nicht denkmal-geschützten Zweckgebäude.

Der geplante Umbau wird in zwei Etappen erfolgen, weil das Tageszentrum erst ca. 2028 ausgelagert werden kann. Die Büros in den Obergeschossen sollen aber bereits in der 1. Bauetappe 2021/2022 realisiert werden können.

Die Diskussion in der BBK war kurz. Es ist die Frage aufgekommen, ob gleichzeitig mit der Umnutzung eine energetische Sanierung des Gebäudes stattfindet. Die energetische Sanierung basiert v.a. auf der Sanierung der Fenster und ist ein wichtiger Teil des geplanten Umbaus. Die Energiefachstelle begleitet dieses Projekt.

Eine zweite Diskussion ist erfolgt über den Betrag, welcher uns der Denkmalschutz kostet bei dieser Umnutzung. Die Grössenordnung in diesem Projekt hat nicht genau beziffert werden können. Die BBK-Mitglieder sind sich jedoch bewusst, dass der Denkmalschutz nicht gratis zu haben ist.

Deshalb der Antrag, über den wir heute abstimmen: Für die Projektierung der Instandsetzung und Umnutzung der Villa Adlergarten in Büroräume wird ein Kredit von 340'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens Eigenwirtschaftsbetriebe bewilligt.

Die BBK hat die Vorlage mit 8:0 Stimmen bei einer Abwesenheit einstimmig gutgeheissen.

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank, Romana, für das Vorstellen dieses Geschäfts. Da das Geschäft zu Null in der Kommission durchging und es keine anderen Anträge gab, haben Sie diesem Geschäft zugestimmt.

Wir kommen zum nächsten Geschäft, jetzt gehen wir wieder normal der Traktandenliste nach. Wir kommen zum Traktandum 16, das Postulat mehr Grün für den Stadtraum Rudolfstrasse.

## 16. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.59: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP) und B. Zäch (SP) betr. mehr Grün für den Stadtraum Rudolfstrasse**

---

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Begründung des Postulats betreffend mehr Grün für den Stadtraum Rudolfstrasse. Ich gebe das Wort dem Erstpostulanten Reto Diener.

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich begründe kurz das Postulat zu mehr Grün an der Rudolfstrasse. Alle in diesem Saal können sich sicher gut erinnern, wie viele grosse Linden entlang der Rudolfstrasse an der Bahn gestanden sind. Diese Linden hätten jetzt gerade einen sehr virulenten Ausbruch, nämlich einen geschmacklichen. Sie würden jetzt einen unglaublich guten Duft verströmen. Es ist gerade diese Zeit, am Anfang des Sommers, wo das ein unglaublich gutes Erlebnis ist. Gleichzeitig waren diese Linden natürlich auch ein wertvoller Lebensraum von ganz vielen Tieren. Man hatte dort drin immer ganz viele Vögel und Kleingetier ist dort herumgekrochen, bis zu irgendwelchen Kleinstlebewesen. Es war also ein Lebensraum, der dem gegenwärtigen und dem lokalen Klima angepasst war.

Diese Linden sind leider nicht mehr da. Man musste leider alle fällen, die Bauzufahrten haben es nicht zugelassen, dass man sie hätte stehen lassen können. Es war noch bis April 2019 die Rede davon, dass diese mindestens teilweise stehenbleiben könnten. Man musste dann aber leider erkennen, dass es nicht möglich war. Und so sind jetzt zwischen der Parkhausrampe und der Unterführung Süd nun alle Linden weg.

Das war im April 2019, als man nochmals darauf aufmerksam gemacht hat. Es wurde damals von der Stadt gesagt, das werde man nicht einhalten können, die Bäume müssen leider weg. Man sieht auf der Visualisierung im oberen Bild, wie das damals geplant war und wie der Raum an der Rudolfstrasse, den man als sehr wertvollen Stadtraum aufwerten möchte, wozu wir auch immer die Absichtserklärung des Stadtrats hatten, dass man da einen lebenswerten und wertvollen Raum schaffen möchte, der eigentlich nicht nur Bahnhof ist, sondern gleichwertig ist wie alle anderen Räume um den Bahnhof herum.

Jetzt ist es so, dass wir zwar ein Konzept haben (das sieht man auf der unteren Illustration), dass es auf der Seite der Gebäude wieder Bäume geben soll. Die sind da schon sehr gross skizziert. Man muss realistisch sein und davon ausgehen, dass sie natürlich nie die Grösse erreichen können wie die stattlichen Linden, von denen mindestens die einen noch sehr gesund waren. Insofern ist das nur ein kleiner Ersatz, und wenn man das untere Bild, die Visualisierung, anschaut, dann wird sichtbar, dass wir auf der Flanke der Bahn, also entlang den Gleisen und dem Parkhaus, eine sehr kalte und abweisende Materialisierung haben. Eine Infrastrukturmaterialisierung, die nicht wirklich viel Aufenthaltsqualität bietet. Und die leider auch kein Gegengewicht gibt zu dem, was wir in den nächsten Jahren erwarten. Der Raum Bahnhof wird sich in der nächsten Zeit zu einem Hotspot der Klimaerwärmung, der Klimaerhitzung entwickeln. Wir werden da gegen die sogenannten Hitzeinseln ankämpfen müssen. Und deshalb wäre es enorm wichtig, dass wir auch entlang der Bahn wieder Grün-Bepflanzungen bekommen würden, die das ein bisschen ausgleichen könnten. Die einerseits Biodiversität schaffen könnten und andererseits der Erhitzung, der Klimaerwärmung und dem Biodiversitätsverlust entgegenwirken könnten.

Das ist der Grund, weshalb wir dieses Postulat eingereicht haben. Es ist ja jetzt noch nicht fertig gebaut, es ist jetzt noch Bauperimeter. Und wir finden – und es ist eine breite Unterstützung, die das miteingereicht hat – dass man nochmals prüfen müsste, was man dort machen könnte in diesem Raum zwischen der Unterführung Nord und der Unterführung Süd. Ob man nicht dort dazwischen, bei der neu zu erstellenden Veloparkierungsanlage, auf den Dächern, die man dort installiert, etwas machen könnte. Allenfalls als Kletterelemente für den Liftturm in der Unterführung Süd oder ob man zwischendurch mobile Elemente setzen könnten. Das wären so Überlegungen, dass wir da mit Begrünungen die Aufenthaltsqualität verbessern und auch etwas gegen die Auswirkungen der Klimaerwärmung machen können.

Deshalb regen wir an, dass wir das einmal prüfen. Ich möchte gerne beliebt machen, dass man das Postulat unterstützt und dem Stadtrat den Auftrag gibt, das nochmals zu prüfen und zu versuchen, etwas umzusetzen. Danke vielmals für die Unterstützung.

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Mir liegen zwei verschiedene Ablehnungsanträge vor. Ich weiss nicht, ob beide dazu sprechen wollen. Ich gebe zuerst Andreas Geering von der CVP das Wort.

**A. Geering (CVP/EDU):** Natürlich ist eine Begrünung unserer Gartenstadt richtig und wichtig. Und trotzdem stellen wir zu diesem Postulat den Ablehnungsantrag. Es ist auch uns als CVP/EDU-Fraktion bekannt, dass Pflanzen die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern, dass sie die Temperatur an heissen Sommertagen kühlen und dass sie für die Biodiversität wichtig sind. Insofern ist der Ablehnungsantrag nicht eine Aussage gegen sinnvolle Begrünung in unserer Stadt. Die Überweisung des vorliegenden Postulates lehnen wir trotzdem ab.

Auch wir gingen davon aus, als man die Umgestaltung der Rudolfstrasse im März 2016 bewilligte, dass diese Linden uns noch lange erhalten bleiben. Sie sind jetzt nicht einfach altersschwach verschwunden, sondern weil sie scheinbar der Bautätigkeit in den Weg gekommen sind. In dem Sinn trauern auch wir diesen Linden nach.

Wir verstehen aber auch, dass in solcher Gleisnähe keine neuen Bäume hingestellt werden können. Und wir sind sicher, dass die Stadt, das Tiefbauamt, daran ist, zu überlegen, wie man diese Rudolfstrasse begrünt. Es gibt ein Konzept und sie sind daran, das zu machen. Wir vertrauen dem Stadtrat und dem Tiefbauamt, dass sie da auch eine Begrünung machen, die die Funktionen der Begrünung der Stadt, der Biodiversität auch wahrnimmt, ohne dass es dafür ein Postulat braucht. Insofern denken wir, dass mit den laufenden Arbeiten der Begrünung der Stadt Genüge getan ist und bitten Sie, der Überweisung nicht zuzustimmen.

**M. Gross (SVP):** Ich bin ein bisschen irritiert. Eigentlich wollten wir das Geschäft ablehnen und werden das auch machen. Die Idee der Postulanten können wir zwar nachvollziehen, sehen aber auch Nachteile, wenn man das unterstützt.

Ich konnte selber 2013 in dieser Jury sitzen für das ganze Neuwiesenquartier. Wir sehen da auch ein Bild. Das Grün, das sind alles Bäume, die im Neuwiesenquartier gemacht werden sollen. Das wird bald mehr Wald haben im Neuwiesenquartier als im Brühlberg, wo ja Stefan Fritschi schneisenweise Wald fällen musste. Von daher war eigentlich das die Idee, so hätte das Neuwiesenquartier aussehen sollen.

Das Projekt, das wir in der Jury – und zwar einstimmig – gewählt haben, liegt da vor. Es heisst Manoa. Ich gehe davon aus, auch wenn die Linden jetzt weichen mussten, dass die Stadtarchitekten weiterhin beauftragt werden, dass das nachher auch so aussieht. Denn dafür haben wir uns 2013 entschieden, und 2016 hat man zu dem Ja gesagt. D.h. man muss etwas zu dieser Gestaltung machen, sonst muss man es neu vorlegen. Aus unserer Sicht braucht es dieses Postulat nicht. Ich gehe davon aus (und wir hören es sicher nachher von der Baustadträtin), dass das im Schluss in einer Art so aussehen muss, sonst hätte man den ganzen Wettbewerb (dazumals noch unter Stadträtin Pearl Pedergrana) gar nicht machen müssen, wenn man am Schluss trotzdem macht, was man will.

Von daher braucht es dieses Postulat nicht. Und wenn man eine Abänderung macht von dem, was man uns versprochen hat – und da waren die Anwohner dabei, da war der Quartierverein dabei, da waren Politiker, der Stadtbaumeister und verschiedene Architekten dabei - und die haben wie gesagt einstimmig für dieses Projekt gestimmt. Dann hätten wir das alles nicht machen müssen. Ich gehe davon aus, dass das so oder ähnlich umgesetzt wird, und dann braucht es kein Postulat.

**A. Steiner (GLP):** Um es vorneweg zu nehmen: Auch die Grünliberalen werden das Postulat nicht überweisen. Und genau gleich wie die Vorredner definitiv nicht, weil wir das Gefühl haben, man müsste dort an der Rudolfstrasse kein zusätzliches Grün machen. Aus unserer Sicht ist das ein Thema über die ganze Stadt. Und auch uns hat es geschmerzt, als man die Linden fällte. Und selbstverständlich muss man schauen, wie es jetzt Ersatz geben könnte. Aber wir fanden es nicht zielführend, wenn wir anfangen, über einzelne Strassen solche Vorstösse zu machen. Ich denke, solche Berichte müssen vorlegen, wie wir gesamtstädtisch zu mehr Grün kommen und nicht bei einzelnen Strassen. Ich glaube nicht, dass es gut ist, wenn wir nachher noch zu anderen Strassen (von denen es durchaus noch einige gäbe, bei denen man noch mehr Grün hineinbringen müsste) jetzt jedes Mal einen Vorstoss machen würden. Die Rudolfstrasse ist im Moment an einem schwierigen Ort bezüglich dieser Begrünung. Es wird noch sehr viel umgebaut, auch in den nächsten Jahren. Es steht immer noch im Raum, dass man dort ein zusätzliches Gleis der SBB hinbauen müsste. Ich glaube, auch das müsste zuerst geklärt werden, bevor man dort neue schöne Bäume pflanzt – mindestens auf der Gleisseite.

Es gibt aber auch ganz einfache Geschichten, wie man es auch provisorisch begrünen kann. Die Sitzgelegenheiten, die Stadtgrün jetzt entwickelt hat, dünken mich zwar noch nicht die grossen Schattengeber, aber ich denke, der Ansatz ist sicher gut. Man sprach auch schon einmal davon, dass man beim Parkhaus begrünt, indem man die Fassade begrünt. Dort sähen wir mehr Spielraum im Moment, als jetzt dort Bäume zu pflanzen.

Ich könnte mir durchaus auch vorstellen, dass man eine Schwachstellenanalyse macht in Bezug auf die Begrünung in der Stadt, so wie man es gemacht hat bei Velo- und Fussverkehr. Auch da unter Einbezug der Bevölkerung, um da einmal zu sehen, wo man eigentlich die grössten Lücken, den grössten Nachholbedarf hat. Das wäre dann wesentlich mehr postulatswürdig als eine einzelne Strasse.

In dem Sinn nochmals zusammengefasst: Wir finden es nicht die richtige Vorstossform in der jetzigen Situation und werden das Postulat nicht überweisen.

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Ich muss mich entschuldigen, ich habe den Miteinreichenden übergangen beim Aufruf. Als nächstes kommt Michael Bänninger.

**M. Bänninger (EVP):** Wie im Postulatstext ausgeführt, wird die Rudolfstrasse in Zukunft viel mehr als Begegnungs- und Flanierzone genutzt werden. So ist es geplant und das Potenzial ist ganz klar vorhanden.

Wir von der EVP unterstützen das Postulat. Es ist sehr wichtig, dass man eben gerade auch den innerstädtischen Raum begrünt und so auch in Zukunft nutzungsfähig behält.

Das können, müssen aber nicht nur Bäume sein. Auch Fassadenbegrünung oder mobile Grünelemente sind eine Möglichkeit, die in Betracht gezogen werden können. Gerade in heissen Sommermonaten sind begrünte Flächen sehr wertvoll. Die mobilen Grünsitzbänke von Stadtgrün sind sicher eine spannende und vielversprechende Möglichkeit, dem versiegelten Stadtraum entgegenzutreten.

Wir wollen aber auch, dass bei der Erstellung von Aussenräumen der Grünanteil grösser gewichtet wird und in Zukunft eine weitere zentrale Komponente bei Bauprojekten einnimmt. Geschätzte Annetta, ich hoffe auch nicht, dass wir zu jeder Strasse einen Vorstoss bringen müssen. Die Hoffnung besteht.

**B. Zäch (SP):** Wir wissen es heute: Der Klimaschock führt unter anderem dazu, dass in den Innenstädten auf versiegelten Flächen in den nächsten Jahrzehnten eigentliche Hitzeinseln entstehen. Das Mikroklima in der Stadt verändert sich nachhaltig, und zwar auf eine Art und Weise, die die Aufenthaltsqualität stark beeinträchtigt. Zum einen ist hier der Gesetzgeber gefordert. Am letzten Montag ist im Kantonsrat eine Motion überwiesen worden, die die gesetzlichen Grundlagen für eine intensive Begrünung von urbanen Zentren gegen die Hitzebelastung fordert. Zum anderen müssen aber auch Projekte, die in Entwicklung sind, diesen Aspekt viel stärker als bisher aufnehmen.

Auch in Winterthur ist das Thema durchaus in der Verwaltung angekommen. Es gibt aber immer noch Planungen wie die an der Rudolfstrasse, die noch zu stark Grau vor Grün setzen. Es gilt dort aus sogenannten Sachzwängen immer noch die Regel: Zuerst wird die Infrastruktur geplant, dann die Ströme von Fussgängern und der Langsamverkehr – und erst am Schluss des Prozesses kommt dann etwas Grün hinzu, und zwar nur dort, wo es sozusagen nicht stört.

Diese Prozesse müssen aber in den nächsten Jahren umgekehrt werden. Grün im verdichteten Stadtraum ist kein dekoratives Element, das nur dazu da ist, eine Landschaft aus Beton und Asphalt zu schmücken. Grün ist, wenn wir von Beschattung und von Aufenthaltsqualität und auch von Mikroklima reden, ein Element, das von Anfang an und so umfassend wie nur möglich in die Entwicklung von Projekten eingebunden werden muss. Und es muss eine Abwägung stattfinden zwischen diesen Sachzwängen, die durch Infrastrukturen und Verkehrsflüsse gegeben sind.

Bei der Rudolfstrasse ist der Planungsprozess schon ziemlich weit fortgeschritten, aber es ist nicht zu spät, eine notwendige Begrünung noch stärker einzubringen, als es bisher geschehen ist. Zwei Bäume zwischen Parkhausrampe und Veloparkhaus Esse reichen einfach nicht, auch nicht, wenn sie von einer schmucken neuen Baumreihe (allerdings noch sehr jungen Bäumen) entlang den Häuserfassaden ergänzt werden. Das sollte wirklich jetzt aufgegriffen und gemacht werden.

Ich nehme da noch rasch zu den ablehnenden Voten Stellung. Liebe GLP, liebe CVP, Eure Trauer über die Linden in Ehren, aber es sind bis zu einem gewissen Grad Krokodilstränen. Es geht nicht um die Gartenstadt, Andreas Geering, sondern es geht um hochverdichtete urbane Gebiete, und wir sind beim Bahnhof in einem solchen Gebiet. Da geht es nicht einfach darum, ein bisschen Gartenstadt herzustellen, sondern wirklich auch darum, die Aufenthaltsqualität erträglich zu machen. Und Annetta: Ja, es geht um eine einzelne Strasse – aber der Ansatz ist eben nicht der, dass man jetzt nur von der Rudolfstrasse spricht, sondern man spricht vom grössten Infrastrukturprojekt im Umfeld des Bahnhofs – und die Rudolfstrasse ist ein Teil davon. Insofern betrifft es eben wesentlich mehr als nur die Rudolfstrasse.

Zu Michi Gross von der SVP: Ich bin ein bisschen irritiert, dass er irritiert ist. Sein ganzes Votum bringt eigentlich sämtliche Argumente, wieso die SVP das Postulat unterstützen müsste. Und dann macht er einen SVP-Salto rückwärts und sagt: Ja, aber sie fänden das Postulat nicht nötig, weil sie der Stadt und dem Baudepartement vertrauen, dass das schon gut käme. Das Bild, das Michael Gross gezeigt hat, zeigt, wie die Planung eigentlich ausgesehen hat. Und wir wissen, dass diese Planung aus Sachzwanggründen so nicht mehr existiert für die Rudolfstrasse. Und das wäre aller Grund, dieses Postulat zu unterstützen. Im Sinn davon,

dass Grün wirklich sauber in den Prozess eingebaut ist, was im Moment leider nicht der Fall ist.

Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat selbstverständlich und wir hoffen, dass es einen Anstoss gibt, der über die Rudolfstrasse hinausgeht.

**Th. Leemann (FDP):** Mehr Grün im öffentlichen Raum, das hat nicht nur die Rudolfstrasse nötig und es ist nicht nur dort wünschenswert, sondern man sollte das überall machen, wo es Sinn macht. Nur sollte der Wunsch bei der Umsetzung auch klappen.

Dass die alten Linden dem Bahnhofsumbau weichen mussten, ist schade, aber es war sicher notwendig.

Ich habe da gelesen, Säulenbäume. Ich kam eigentlich nicht nach, was ein Säulenbaum ist, aber allem Anschein nach ist das ein Modewort für Hochstämme. Die sollen jetzt wieder neben dem Perron auf der Rudolfstrasse gepflanzt werden. Das sehe ich noch nicht so ganz.

Könnt Ihr Euch noch daran erinnern, wie es früher war mit dem Veloabstellchaos zwischen diesen Linden an der Rudolfstrasse? Man konnte dort gar nichts mehr Richtiges machen.

Das wollen wir sicher alle nicht mehr. Velos und Hochstämme – beides geht schlecht.

Auch in der Stadt Zürich habe ich schon gesehen, dass wenn man Bäume bestellt, es ziemlich grosse Gruben braucht. Im Wurzelbereich braucht es ca. 35 m<sup>3</sup>. Das hat zur Folge, dass man in der Stadt Zürich mehrmals bei Bäumen, die im Sommer zu wenig Wasser bekamen, nachgraben musste, damit sie mehr Lebensraum haben. Von diesen 35 m<sup>3</sup> – wenn man ein 2 m grosses Loch macht, dann ist die Oberfläche, der Grundriss, also 4,15 m x 4,15 m – also ein gewaltiges Loch. Geht das vom Platz her? So nah am Baukörper? Sind bei den alten Linden, als diese gefällt wurden, die Wurzelstöcke komplett entfernt worden? Sonst werden wir dann ein ziemliches Donnerwetter oder ein Wunder erleben, wenn wir dort dran sind.

Wie die Postulanten sicher wissen, hat die SBB neben dem Gleis an der Rudolfstrasse den Platz reserviert, dass später, wenn der Brüttener Tunnel kommen soll, die SBB durch kann.

Und wenn man dort Bäume pflanzen würde und die SBB sagt, sie wollen den Perimeter haben – das gäbe sicher wieder ein Riesendrama.

Etwas verstehe ich nicht: Wieso das Anliegen mit einem Postulat eingereicht worden ist. Eine Interpellation hätte es doch auch getan.

Die FDP-Fraktion unterstützt aber doch das Postulat, das eigentlich eine Interpellation hätte sein sollen, damit der Stadtrat eine erneute Prüfung für mehr Grün an der Rudolfstrasse ausarbeiten kann – aber ausserhalb vom SBB-Perimeter.

**R. Diener (Grüne/AL):** Noch kurz eine Entgegnung zur Klarstellung: Wir haben mit diesem Postulat selbstverständlich nicht gefordert (in keiner Art und Weise), dass jetzt dort wieder derart grosse Linden gepflanzt werden sollen. Auch uns ist selbstverständlich klar, dass das nicht möglich sein wird. Es wurde mit keinem Wort so genannt. Die Ausschmückungen, die z.T. von gewissen Votanten da gemacht wurden, sind natürlich völlig falsch und treffen den Punkt überhaupt nicht. Worum es geht – und das möchte ich gerne nochmals betonen: Es ist nicht einfach irgendeine Strasse. Das wurde bereits von Benedikt Zäch sehr gut gesagt. Es handelt sich da um einen extrem wertvollen Strassenraum, der umgewidmet wird, der zur Begegnungszone wird, der zur Aufenthaltszone wird, der zur vielfältigen Nutzung anregt und der auch belebt werden soll. Und der gerade eben als Tor zu diesem Neuwiesenquartier eine ganz wichtige Funktion haben wird, auch als eine Art kleine grüne Lunge, der ein bisschen Platz lässt, wo es ein bisschen Luft hat. Denn die Blockrandbebauung, wie wir sie nachher im Neuwiesenquartier gleich anschliessend haben, lässt natürlich auch sehr wenig Begrünung zu. Das ist uns auch klar und das wollen wir ja nicht einfach abreissen. Wir müssen den Raum, den wir da haben, möglichst optimal nutzen. Und das ist das Anliegen, dass man das überprüft.

Und ja, es ist jetzt halt eine Strasse. Aber, liebe GLP – was soll's? Es ist eine wichtige Strasse, nicht einfach irgendein Strässchen irgendwo in der Stadt. Es geht da um einen ganz zentralen Raum in der Altstadt. Von daher gesehen möchte ich beliebt machen, dass man das Postulat unterstützt – und danke der FDP, dass sie das unterstützt, auch wenn sie ein sehr kritisches Wort zu den Bäumen sagte, obwohl es gar nicht um die geht, sondern das ist

einfach der Aufhänger, denn wir hatten, weil es vorher Bäume hatte. Ich freue mich, wenn das Postulat überwiesen werden kann.

**Stadträtin Ch. Meier:** Es war eine sehr angeregte Diskussion. Selbstverständlich: Begrünung zusammen mit der Aufrechterhaltung von Kaltluftströmen, das sind die Elemente, die in Zukunft noch ganz stark an Bedeutung gewinnen werden, weil sie für das Stadtklima schlicht unumgänglich sind. Wir haben es in der Diskussion vorhin mehrmals gehört, die Rudolfstrasse ist ein sehr zentraler, ein sehr dicht genutzter und hochbeanspruchter Raum – jetzt schon und in Zukunft noch viel mehr. Wir haben dort auf sehr engem Raum einerseits in Zukunft attraktive Flaniermeilen entlang der Häuserzeilen (dort, wie wir es auch schon gehört haben, mit neu gepflanzten Bäumen). Auf der anderen Seite, auf der Gleisseite, findet Verkehr statt. Wir haben dort einen sehr regen Veloverkehr, ein hohes Bedürfnis an noch zusätzlichen Veloparkierungsmöglichkeiten. Wir haben aber auch die ganze Erschliessung, die entlang der Gleise stattfinden wird, und wir müssen dort auch den Platz für Notfalldienste garantieren. D.h. eine Neupflanzung von Bäumen entlang der Gleise wird tatsächlich sehr schwer und ist voraussichtlich auch nicht bewilligungsfähig. Wir haben es gehört, wir haben dort eine Interessenslinie seitens SBB, die z.T. ins Projekt Rudolfstrasse hineinkommt. D.h. alles aber nicht, dass man nicht trotzdem dieser Begrünung einen hohen Stellenwert geben darf und muss. Zusätzliche Bäume entlang der Gleise werden kaum möglich sein (also mehr, als es bereits im Projekt hat). Nichtsdestotrotz werden wir uns sehr gerne nochmals vertieft mit der Frage auseinandersetzen. Wir haben es gehört: Fassadenbegrünungen sind Möglichkeiten, mobile Grünelemente sind Möglichkeiten – wir setzen uns gerne nochmals vertieft mit der Frage auseinander (entweder im Rahmen der Beantwortung oder auch sonst), wie wir die Rudolfstrasse noch ein bisschen grüner machen können, als es jetzt geplant ist. Von daher: Wenn Sie das Postulat überweisen, dann machen wir das gerne in diesem Rahmen, und sonst werden wir es aber sicher bei der Ausarbeitung des Projektes auch nochmals genau anschauen.

**1. Vizepräsidentin M. Sorgo:** Dann übergebe ich die Ratsleitung wieder dem Ratspräsidenten.

**Ratspräsident D. Oswald:** Herzlichen Dank, Frau Vizepräsidentin.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat 20.59 betreffend mehr Grün für den Stadtraum Rudolfstrasse überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer die Überweisung ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.

Sie haben das Postulat mit einer Mehrheit an den Stadtrat überwiesen.

## 17. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.55: Begründung des Postulats S. Naef (SP), F. Heer (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Winterthur**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Winterthur. Das Wort hat Silvana Näf als Erstpostulantin.

**S. Näf (SP):** Ich freue mich, dass die Überweisung dieses Postulats heute an meiner letzten Gemeinderatssitzung traktandiert ist, so dass ich mich noch zu diesem wichtigen Thema äussern kann.

Die kommunalen Aufgaben in Sachen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind in Winterthur leider in vielen Bereichen noch nicht oder erst teilweise erfüllt. Das hat auch die

Antwort auf eine Interpellation in dieser Sache ergeben, allerdings ohne detaillierte Angaben zu den vorhandenen Lücken in der Umsetzung zu liefern. Konkret geht es beispielsweise darum, dass gewisse Angebote in den Bereichen Kultur, Freizeit oder Sport von Menschen mit Behinderung aufgrund von für sie bestehenden Barrieren nicht genutzt werden können. Bedauerlicherweise liegt aktuell noch keine Übersicht vor, was zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Winterthur auf lokaler Ebene noch zu tun wäre und welche Mittel dafür benötigt würden.

Mit diesem Postulat wird jetzt eine solche Übersicht gefordert. Das ist aus unserer Sicht ein erster wichtiger Schritt, um anschliessend entscheiden zu können, was zur Verbesserung der Situation gemacht werden kann. Der zu erstellende Bericht kann auch als Grundlage dienen, um einen Massnahmenplan in diesem Bereich für die kommenden Jahre zu erstellen, wie es ihn z.B. in den Städten Uster und Zürich bereits gibt.

Damit eine brauchbare Übersicht über die vorhandenen Mängel entsteht und bei der Behebung dieser Mängel auch sinnvolle Prioritäten gesetzt werden können, ist es besonders wichtig, dass Menschen mit Behinderung bei der Erstellung des Berichts miteinbezogen werden. Denn die betroffenen Menschen wissen am besten, wo sie in Winterthur in ihrem Alltag mit Hindernissen konfrontiert sind.

Die SP setzt sich für eine Stadt ein, die für alle Einwohnenden viel bietet und niemanden ausschliesst. Darum hoffen wir, dass das Postulat überwiesen wird, damit das wichtige Anliegen der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt erfolgreich angepackt werden kann.

Vielen Dank für die Unterstützung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag der SVP vor. Das Wort hat Davide Pezzotta.

**D. Pezzotta (SVP):** Das hier vorliegende Postulat bezieht sich wie soeben gehört auf die Antwort zur Interpellation Winterthur barrierefrei und auf die Antworten, die der Stadtrat im Oktober 2019 gegeben hat. Wie in der Antwort erwähnt setzt sich die Stadt u.a. mit der Diversity Strategie und der Fachstelle Diversity Management dafür ein, dass auch Menschen mit Behinderung im täglichen Leben möglichst barrierefrei teilnehmen können. Auch die SVP möchte sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung diskriminierungsfrei und hindernisfrei in der Stadt leben können. Daneben möchte die SVP aber auch erwähnen und sicherstellen, dass ganz besonders Menschen mit Behinderung nicht nur barrierefrei ihren Alltag bestreiten können sollen, sondern auch in Sicherheit leben. Was leider in diesem Vorstoss unseren Erachtens nicht zur Sprache kommt.

Das Postulat erwähnt, dass gemäss Antwort des Stadtrats vom 2. Oktober in vielen Bereichen die Auflagen der UN-Behindertenrechtskonvention noch gar nicht oder erst teilweise erfüllt werden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Aussage nicht zutrifft. Gemäss Antwort des Stadtrats sind und werden die im Postulat erwähnten Anliegen bereits heute durch die Stadt wahrgenommen und umgesetzt. Auch wenn das Ziel noch nicht erreicht ist: Die Stadt setzt sich für diese Anliegen ein. Die Stadt Winterthur verfolgt mit der Fachstelle Diversity Management bereits heute die berechtigten Anliegen von Menschen mit Behinderung, was die SVP auch begrüsst

Lediglich zwei Bereiche sind gemäss Antwort des Stadtrats mit «nicht erfüllt» eingeschätzt worden. Dass die Umsetzung der BRK wie im Postulat erwähnt «in vielen Bereichen noch gar nicht oder erst teilweise erfüllt ist», ist unseren Erachtens nicht korrekt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es zielstrebig wäre, wenn diese beiden Bereiche vertiefter angegangen werden würden, die mit «nicht erfüllt» deklariert sind, anstatt eine neue, teure Studie in Auftrag zu geben. Wir gehen davon aus und vertrauen darauf, dass der Stadtrat u.a. mindestens diese beiden Bereiche vertiefter angehen wird. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion dieses Postulat ab.

**F. Heer (Grüne/AL):** Haben Sie schon einmal versucht, mit verbundenen Augen – also quasi blind – die Superblock-Drehtüre zu betreten? Haben Sie schon einmal versucht, mit einem

Rollstuhl die Zürcherstrasse-Unterführung an der Haltestelle Gaswerk oder die Bahnhofsunterführung Grüze oder den Bahnhof Töss zu benützen? Haben Sie schon einmal versucht, eine Gehbeeinträchtigung zu simulieren und dann eine grosse Strasse mit Ampeln zu überqueren?

Die drei Fragen sind der Alltag von beeinträchtigten Menschen. Die Antwort dazu kommt jetzt. Die Strasse zu überqueren, hätten Sie kaum geschafft. Die Lichtsignalanlagen sind selten auf die Tempi von beeinträchtigten Menschen eingestellt. Die Unterführung hätten Sie weiträumig umfahren müssen, weil es unmöglich ist, sie überhaupt mit einem Rollstuhl zu befahren. Und jetzt zur Drehtüre: Es hat zwar eine Signalisation am Boden, diese endet 2 Meter vor der Drehtüre und verweist mit einem Knopf auf einen anderen Knopf an der Wand, der dann die Türe verlangsamt. Mit ein bisschen Suchen hätten Sie also ins Gebäude hinein gefunden. Bei der Einwohnerkontrolle ziehen Sie eine Nummer. Leider können Sie die Nummernanzeige nicht lesen – Sie sind ja blind. Bitte entschuldigen Sie meine leicht pedantische Art, solche Hindernisläufe aufzuzeigen, die Menschen mit Beeinträchtigung jeden Tag haben. Weder sind die Wahlunterlagen zu kommunalen Abstimmungen noch die Stadthomepage in leichter Sprache verfügbar. Ich könnte Ihnen die Liste heute abendfüllend weiterführen. Mir fallen zu jedem Stadtteil Gegebenheiten ein, die für Menschen mit einer Beeinträchtigung ein Hindernis darstellen, ihr Leben erschweren, sie ein Stück weit erniedrigen, weil sie einmal mehr in ihrem Leben auf Hilfe angewiesen sind. Sie sind also in ihrer Freiheit massiv eingeschränkt.

Das Postulat fordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wo genau wir in Winterthur einen Nachholbedarf haben. Die Beantwortung der Interpellation Winterthur barrierefrei vom 2. Oktober 2019 zeigt es gut auf: Vieles ist nur in Ansätzen gelöst. Meine Beispiele zeigen es vielleicht auch. Und das Postulat fordert auch, dass Betroffene und Fachpersonen beigezogen werden beim Verfassen. Dieses Know-how und diese Ressourcen müssten wir uns zunutze machen, sonst bleibt es bei gut gemeinten Knöpfen mit Hinweisen auf Türöffnungs-Verlangsamungs-Knöpfen an Drehtüren.

Vielleicht noch zwei Anregungen zu weiterführenden Lösungen, die nicht im Postulat formuliert sind: Wie wäre es mit einem Beirat, analog zum Migrationsrat? Oder wie wäre es, wenn man auf der Stadtmelder-Seite eine zusätzliche Rubrik einfügen würde, gleich an erster Stelle, für Menschen, die nicht gut lesen können: Hindernisse für Menschen mit Beeinträchtigungen, die man dort melden könnte. Ich bin überzeugt, wir bekämen sehr viele brauchbare Hinweise, wo es in Winterthur noch etwas zu tun gäbe.

Ich danke vielmals für das Überweisen dieses Postulats.

**D. Roth-Nater (EVP):** Es ist schon länger her, seit die Schweiz im Jahr 2014 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat. Dann und dort wurde auch der Begriff «Menschen mit Behinderung» geklärt worden. Das sind Menschen, die längerfristige, körperliche, seelische und auch Sinnesbeeinträchtigungen haben, sowie auch geistige Beeinträchtigungen, wo sie in der Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren konfrontiert werden. Diese Hindernisse verhindern diesen Menschen ein volles, wirksames und gleichberechtigtes Teilhaben an unserer Gesellschaft.

Uns von der EVP scheint es wichtig, dass der Stadtrat einen aktuellen Stand und den weiterhin bestehenden Handlungsbedarf zuverlässig eruiert. Es soll ein Bericht erstellt werden, in dem ersichtlich ist, welche Massnahmen ergriffen worden sind und wie diese sich auswirken. Noch mehr gilt es zu berücksichtigen, wie die Bedürfnisse von diesen Menschen mit kognitiven oder psychischen Einschränkungen anzunehmen sind, denn unsere Stadt kann und soll es nicht leisten, Menschen mit Beeinträchtigungen auszugrenzen. Es ist für uns erstrebenswert, eine inklusive Gesellschaft aufzubauen.

In dem Sinn möchte ich Euch bitten, dieses Postulat mitzuüberweisen, damit auch das weitergehen kann.

**M. Della Vedova (GLP):** Ich kann mich den meisten Aussagen von Silvana Näf anschliessen, deshalb mache ich es relativ kurz. Das vorliegende Postulat ist ja eben die Folge der Interpellation Winterthur barrierefrei vom Oktober 2019. Entgegen der Aussage von Davide Pezzotta

hat die interne Umfrage bei den Departementen ergeben, dass mehr als die Hälfte der aufgeführten Anforderungen der Behindertenrechtskonvention nur teilweise erfüllt und zwei gar nicht erfüllt sind. Insbesondere im Bereich Kultur, Freizeit und Sport besteht Handlungsbedarf.

Auf die Frage, welche Aufgaben die Fachstelle Diversity Management in Bezug auf die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen übernimmt, nennt der Stadtrat den personalpolitischen Aspekt, der sich auf die Beschäftigungsmöglichkeiten von Mitarbeitenden mit Behinderungen in der Stadtverwaltung bezieht. Und den generellen Umgang von Verwaltungsstellen mit solchen Menschen.

Aus der Interpellationsantwort vom Oktober 2019 lese ich heraus, dass sich der Stadtrat bisher nicht im Detail mit der BRK auseinandergesetzt hat - und wenn, dann, verständlicherweise fast ausschliesslich in personalpolitischer Hinsicht.

In der Berichterstattung 2017 – 2018 von der Diversity Strategie wird zum Thema Behinderung und barrierefrei einzig das Theater Winterthur genannt, dass man sich bemühe, mehr Menschen mit Behinderung ins Theater zu holen. Mehr habe ich zu diesem Thema nicht gefunden.

Mit dem Postulat wird der Stadtrat verpflichtet, aufzuzeigen, was unternommen werden muss, damit die Stadt Winterthur die ihr auferlegten Aufgaben bezüglich Umsetzung der BRK erfüllt und welche Ressourcen dafür benötigt werden.

Deshalb stimmen wir Grünliberalen für die Überweisung des Postulats.

**U. Bänziger (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Seit dem 15. Mai 2014 ist diese Konvention in der Schweiz Gesetz. Heute, rund 6 Jahre später, fordert das Postulat einen Bericht zur Beantwortung der Frage, was unternommen werden muss, damit die Stadt Winterthur die ihr obliegenden Aufgaben erfüllt.

Stand heute haben wir keine umfassenden und detaillierten Kenntnisse, wo Mängel sind und was wir zu tun haben, dem verpflichtenden Gesetz auch in unserer Stadt Rechnung zu tragen.

Es ist nicht so, dass unsere Aktivitäten oder unsere Versäumnisse keine Beachtung finden. Die Schweiz hat sich verpflichtet, dem Ausschuss für die Rechte von Personen mit Behinderungen über die Implementierung des Gesetzes Rechenschaft abzulegen. Den ersten Bericht der Schweiz hat der Bundesrat am 29. Juni 2016 verabschiedet. Die Dachorganisation Inclusion Handicap ihrerseits hat am 29. August 2017 einen Schattenbericht zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in der Schweiz veröffentlicht und dieser war wirklich nicht voll des Lobes. Am 23. September 2019 hat der Ausschuss der Schweiz weiterführende Fragen unterbreitet, welche der Bundesrat bis am 8. Juni 2020 zu beantworten hatte. Im August finden dann mündliche Gespräche statt, um diese Punkte detailliert zu erläutern. Und selbstverständlich geht es auch darum, was die Städte effektiv gemacht haben oder halt auch nicht. Für Menschen mit Beeinträchtigungen muss die lange Zeitdauer, welche wir als Stadt brauchen, um schlussendlich erst eine komplettere Auslegeordnung zu machen, beschämend wirken; wir nehmen sie nicht ernst. Sie haben effektiv Besseres verdient.

Ein Bericht, gerade mit Einbezug von Menschen mit Beeinträchtigungen und den Organisationen, welche ihre Interessen vertreten, wird es uns erst möglich machen, Schwachstellen aufzudecken und die Prioritäten auf kommunaler Ebene vorzubereiten.

**A. Geering (CVP/EDU):** Die Interpellation „Winterthur – Barrierefrei?“ wurde schon mehrfach erwähnt, die diese Thematik auch schon aufgegriffen hatte. Ich wäre der Meinung gewesen, dass man im Sinne einer effizienten Ratsbehandlung die Sachen zusammen hätte traktandieren können. Ich äussere mich aber jetzt zum Postulat und werde, wie schon viele vorher, halt doch auf die Interpellationsantwort zurückverweisen müssen.

Die Beantwortung der genannten Interpellation ist für uns ausreichend. Es wird aufgezeigt, dass die Stadt daran ist, Barrieren abzubauen. Wir sind der Meinung, dass die Stadt auf die effektive Beseitigung von Barrieren fokussieren sollte. Dies soll natürlich im Dialog mit den entsprechenden Organisationen geschehen. Dies bringt den betroffenen Menschen in der

Stadt Winterthur mehr, als wenn wir einmal mehr Ressourcen für einen weiteren Bericht binden, bei dem man einmal mehr nicht weiss, wie viel von diesem Bericht dann schlussendlich in die Umsetzung geht. Zudem wäre ein solcher Bericht für uns im Parlament eine treffliche Grundlage für uns um zu streiten, welche Massnahmen es braucht und welche nicht. Und passieren würde, wie gesagt, nicht viel. Den Betroffenen würde damit über weitere längere Zeit nicht geholfen.

Wir lehnen die Überweisung ab. Nicht weil wir meinen, es brauche keine Verbesserung für die Zugänglichkeit in der Stadt Winterthur, sondern weil wir der Meinung sind, es braucht nicht einen weiteren Bericht. Sondern man müsste jetzt liefern statt lafern und in die Umsetzung gehen und diese Barrieren tatsächlich abbauen.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verfolgt das Ziel der Teilhabe und der Selbstbestimmung von Menschen mit Beeinträchtigung, also eine absolut sinnvolle Sache. Solche Aufgaben aber umzusetzen, das ist eigentlich allen bekannt, bedingt Geduld und bedingt Engagement. Es bestehen, nicht nur bei uns in der Stadt Winterthur, schon vereinzelt Massnahmen, die umgesetzt werden. Wir haben ganze Aktionspläne der Verbände, von Curaviva, von INSOS, vom Verband für anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie, die z.B. 35 Ziele und 145 Massnahmen festlegen.

Bei uns ist das Geschäft bei der Diversity-Fachstelle angesiedelt. Wir haben in der Interpellation schon aufgezeigt, was wir alles gemacht haben, und wir werden auch weiterhin daran arbeiten. Aber für das braucht es Ressourcen. Und alle diese Projekte, die wir in den Bereichen Diversity-Fachstelle platziert haben, müssen priorisiert werden. Wir sind dran, kann ich nur sagen.

Wir sind aber der Meinung – und es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass Andreas Geering die gleiche Meinung vertritt wie ich – dass wir lieber den Bericht weglassen zu Gunsten der Arbeitszeit, um solche Massnahmen umsetzen zu können.

Es ist noch das Wort vom Beirat gefallen. Wenn wir für jede Interessenslage, die durchaus sinnvoll ist, das möchte ich betonen, noch einen Beirat machen würden, würde das schlicht unsere Kapazitäten sprengen.

Ich kann sagen: Wir sind dran, es ist ein sinnvolles und wichtiges Anliegen, wir machen das Schritt für Schritt. Ich weiss aber aus der Erfahrung: Wenn ich dem Parlament sage, wir sind dran, dann überweist Ihr es trotzdem.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer die Überweisung ablehnen möchte, soll auch aufstehen. Es müssen alle fit bleiben.

Ihr habt dieses Postulat mit einer klaren Mehrheit an den Stadtrat überwiesen.

## 18. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.58: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biolandwirtschaft**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Biolandwirtschaft. Das Wort hat Annetta Steiner (GLP) zur Begründung des Postulats.

**A. Steiner (GLP):** Es ist breit wissenschaftlich belegt, dass die Biodiversität weltweit in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen ist. Das bringt unsere ganze Lebensgrundlage durcheinander. Viele Studien zeigen auf, wie drastisch das Insektensterben in den letzten paar Jahren fortgeschritten ist. Deutsche Studien zeigen, dass innerhalb weniger Jahre ca. 2/3 der Insektenarten auf Wiesen verschwunden sind. Betroffen sind alle Insektenarten,

nicht nur seltene oder gefährdete Arten. Auch in der Schweiz. Das mit gravierenden Folgen für uns Menschen. Die Bestäubung unserer Nutzpflanzen geht zurück, Schädlingsregulation wird gestört, die Bodenfruchtbarkeit und die Humusbildung geht zurück, und es fehlt den Vögeln, Fischen, Amphibien und Reptilien an der wichtigen Nahrungsgrundlage.

Naturnahe Strukturen wie Hecken, Brachen usw. sind auch in der Schweiz weitgehend verschwunden. Viel Land wird sehr intensiv bearbeitet.

Auch in Winterthur gibt es solche Situationen, wo naturnahe Hecken gerodet werden, und das wird noch nicht einmal geahndet von Seiten der Behörden. Biodiversität ist kein nice to have, sondern schlicht Pflicht. Der Nachholbedarf ist auch in Winterthur immer noch sehr gross. Es ist darum dringend wichtig, dass die Stadt Winterthur mit ihren Höfen, mit ihren landwirtschaftlichen Betrieben, mit gutem Beispiel vorangeht.

Leider ist das erst bei der Hälfte der Betriebe der Fall. Ganz im Gegenteil z.B. zur Stadt Zürich, wo alle landwirtschaftlichen Höfe biologisch bewirtschaftet werden.

Was für eine positive Wirkung ein biologischer Hof z.B. haben kann, zeigt der Bio-Hof im Tössstal, der über dem Töss-Grundwasserstrom liegt. Dort werden keine Pestizide in den Boden hineingebracht und entsprechend ist die Trinkwasserqualität in Winterthur sehr gut – ganz im Gegensatz zu verschiedensten Gemeinden rundherum, wo man zu hohe Pestizidwerte misst.

Verschiedenste lokale Projekte zeigen auf, dass mit gezielten lokalen Massnahmen wirkungsvoll Gegensteuer geleistet werden kann. Es braucht Strukturen im Kulturland wie Brachen, Blumenwiesen, Ackerrandstreifen, Hecken, Feldgehölze, blütenreiche Säume und der Pestizideinsatz muss drastisch gesenkt werden.

Herausfordernd für die Stadt Winterthur wird zudem, wie man mit dem Land umgehen soll, das an andere Betriebe, an nicht-städtische Betriebe, verpachtet wird. Auch bei diesem Land gilt es, mindestens mittel- bis langfristig die Auflagen zu erarbeiten. Dazu möchten wir ebenfalls vom Stadtrat im Rahmen dieses Postulats Ideen aufgelistet haben.

Besten Dank für die Unterstützung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Da liegt ein Ablehnungsantrag vor für diese Weisung. Ich gebe das Wort für den Ablehnungsantrag der SVP Hansruedi Hofer.

**H.R. Hofer (SVP):** Ich möchte Euch eindringlich bitten, dieses Postulat nicht zu überweisen, und zwar aus folgender Begründung:

Am 25. Mai haben Annetta Steiner, Katharina Frei, Barbara Huizinga und Lea Jacot diese Postulat eingereicht, was bei vielen Landwirten von Winterthur eine grosse Verunsicherung und grosse Sorgen ausgelöst hat, einige haben sich mit ihren Sorgen und Ängsten direkt an mich gewandt.

Am 1. Juni habe ich die vier einreichenden Postulantinnen per Mail direkt angeschrieben und eingeladen, den städtischen Betrieb von Martin Nussbaumer „Weihershöhe“ zu besichtigen, um 1:1 zu sehen, was auch auf einem konventionell geführten Landwirtschaftsbetrieb alles zum Nutzen und zur Förderung der Biodiversität gemacht wird. Leider kam von den Postulantinnen bis heute kein Terminvorschlag, ja teilweise nicht mal eine Reaktion. Der Betriebsleiter wie auch ich hätten uns die Zeit genommen, praxisbezogen auf dem Hof zu informieren. Meinen vier Gemeinderatskolleginnen scheint ihr eigenes Postulat keine 3 oder 4 Stunden ihrer Zeit wert zu sein. Das lässt mich zum Schluss kommen, dass es ihnen weniger um Biolandbau oder Förderung der Biodiversität als um ihre eigene Statistik der eingereichten Vorstösse geht. Ich hoffe, ich irre mich da.

Ich möchte mit meinem Ablehnungsantrag auch versuchen aufzuzeigen, was aktuell in den Bereichen Landwirtschaft allgemein, Biolandbau, Biodiversität und Vernetzung und allfällige Konsequenzen geht. Ich habe mein Votum in diese Teilbereiche gegliedert.

Es ist mir äusserst wichtig festzuhalten, dass es mir nicht darum geht, Biolandwirtschaft gegen konventionelle Bewirtschaftungsformen oder städtische Pächter gegen private Landwirte auszuspielen. Es sind alles Berufskollegen von mir, die sich in einem immer schwierigeren Umfeld bewähren müssen, deshalb ist mein Votum eine wertfreie, objektive, realistische

Schilderung der aktuellen Situation. Auch nehme ich immer wieder Bezug auf meinen eigenen Betrieb oder auf die Situation von Betrieben, mit denen ich zu 100 % vertraut bin.

#### 1. Landwirtschaft allgemein

48 Landwirte bewirtschaften ca. 1'552 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche auf dem Gemeindegebiet von Winterthur. Davon sind 448 Hektaren Landwirtschaftsland im Besitz der Stadt Winterthur.

Das Städtische Landwirtschaftskonzept, das 2007 durch den Grossen Gemeinderat in Kraft gesetzt wurde, sah vor, dass die städtischen Betriebe von damals zehn auf sechs reduziert oder konzentriert werden. Auf vier der sechs Betrieben wurden neue Oekonomiegebäude erstellt. Dafür wurde seitens der Stadt Winterthur ca. 8.5 Millionen ausgegeben. Ebenfalls sah das Landwirtschaftskonzept vor, dass 3 Betriebe biologisch, 3 weiterhin konventionell bewirtschaftet werden.

Als dieses Konzept ab 2003 in der Landwirtschaftskommission besprochen wurde (ich war damals selbst Mitglied dieser vorberatenden Kommission) zu Händen des Stadtrates, sprach ich mich - wie auch die klare Mehrheit der Kommission – ganz klar gegen dieses Konzept aus. Hauptgründe für mich und meine Berufskollegen waren eine Ungleichbehandlung und krasse Benachteiligung der privaten Bauern. Der aus damaliger Sicht bessere Weg wäre gewesen, die städtischen Betriebe zu privatisieren.

Und das hätte, ganz nebenbei bemerkt, keine Kosten, sondern Einnahmen für die Stadtkasse bedeutet.

Ich bin Demokrat genug, um Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren.

Das Landwirtschaftskonzept ist mittlerweile umgesetzt. Vier neue Ställe wurden gebaut. Die Betriebsfläche der städtischen Betriebe wurde auf die angestrebten 50 Hektaren je Betrieb erhöht, was als Familienbetrieb gerade noch knapp machbar ist. Dabei wurde aber privaten Landwirten Land gekündigt, was zu einigem Unmut, teils auch offenen Konflikten geführt hat. Die sechs städtischen Betriebe gehören nun zu den acht grössten in Winterthur.

Der grösste von ihnen bewirtschaftet 72 Hektaren, allerdings ist da auch privates Land dabei. Insgesamt bewirtschaften die städtische Pächter 237 der 448 Hektaren städtischem Land. 211 Hektaren werden als Einzelparzellen an private Bauern verpachtet, wovon fast jeder profitiert – ich auch.

Die privaten Landwirte bewirtschaften durchschnittlich ca. 27 Hektaren, sind also halb so gross wie städtische Betriebe, wovon ca. 5 Hektaren Stadtland sind. Das Postulat verlangt, dass mittelfristig sämtliches Land im Besitz der Stadt auf Bio umgestellt wird.

Falls diese Forderung aufrecht gehalten wird, ist das definitiv das Ende von Liberal im Logo der GLP. Man kann doch privaten Unternehmern nicht vorschreiben, wie sie zu wirtschaften haben. Oder die andere Möglichkeit natürlich: Den privaten wird gekündigt und an die städtischen Betrieben umverteilt, auch das nicht sehr liberal, dazu existenzbedrohend für viele privaten Bauern und die durchschnittlich 35 Hektaren zusätzlich, die bei jedem der Stadtbetriebe noch dazukommen würden, sind für einen Familienbetrieb wie im Konzept vorgesehen, rein von der Arbeitsbelastung nicht mehr zu bewältigen

#### 2. Biolandbau

Dieser Artikel erschien in der Fachpresse am 29. Mai 2020, ist also topaktuell.

Bio Suisse ist die Organisation der biologisch produzierenden Land- und Gemüsebauern in der Schweiz. Die Aussage schon im Titel sagt alles aus: «Bio Suisse sucht keine neuen Produzentinnen und Produzenten».

Die Medienmitteilung vom 3. Juli 2020, letzten Freitag, also noch aktueller. Der Richtpreis für Bioweizen wird von 103.- auf 101.- Franken, der von Roggen von 92.- auf 89.- Franken gesenkt, ausserdem wird ein Rückbehalt von 4.- Fr. je 100 kg für eine allfällige Deklassierung nicht ausbezahlt. Das wird 2 Wochen vor der Ernte mitgeteilt....

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Realität.

Gut, man kann jetzt sagen, das sind ja nur etwa 2% beim Weizen, wenn man aber die Gestehungs- oder Produktionskosten von gut 80 Fr. je 100 kg rechnet, ist der Verdienstausschlag für den Biobauern für Arbeit und Risiko mind. 10%.

Ein anderes reales Beispiel: Der Betrieb Eschenberg der Familie Brägger musste, um den Zuschlag für die Pacht samt neuen Stall zu erhalten, auf Bio umstellen. Andreas Brägger hat

noch nie ein Kilo von irgendeinem seiner Produkte in den Bio-Kanal verkaufen können. Im Klartext, er produziert ca. 300'000 kg Biomilch im Jahr. Bio-Produzentenpreis 70 Rp. je Kilo, konventionelle Milch 50 Rp., das ergibt eine Differenz von 20 Rp. mal 300'000 Kilo ergibt einen Fehlbetrag von 60'000 Fr. - netto wohlverstanden. Falls jemand anwesend ist, dem 60'000 Fr. mehr oder weniger Ende Jahr egal sind, kann sich der oder die Betreffende glücklich schätzen. Die Familie Brägger kann das nicht. Mit der Umstellung auf Bio hat die Arbeitsbelastung zugenommen, die Investitionen wurden gemacht, die Erträge sind gesunken, das Unkrautproblem ist etwa gleich gross wie der Fehlbetrag. Gleiche Situation bei der Vermarktung von Fleisch und Getreide. Ist es wirklich das Ziel einer Mehrheit im Gemeinderat, hochwertige Nahrungsmittel an Halde zu produzieren, nach einer Betriebsform, die auf dem Markt nicht oder zu wenig nachgefragt wird?

1991, lange bevor es die GLP gab, habe ich selbst, zusammen mit meinem Schwager einen Bio-Kurs im Strickhof besucht. Mein Schwager hat auf Bio umgestellt, weil es für ihn so gepasst hat, ich nicht, weil die Struktur meines Betriebes eine völlig andere war – und immer noch ist.

Wenn ich nun aber noch 25 Jahre Berufsleben vor mir hätte, müsste ich mir eine Umstellung auch eingehend überlegen, sind doch die Anforderungen im Biolandbau etwa gleich geblieben, teilweise etwas gelockert worden, in der konventionellen Landwirtschaft aber extrem gestiegen.

Aber die Entscheidung muss jedem Einzelnen überlassen werden, liberal halt.

### 3. Biodiversität, Vernetzung und allfällige Konsequenzen

Als ich die Forderungen des Postulates las sagte ich mir: Blumenwiesen – okay, habe ich, sogar der Qualitätsstufe 2 mit grosser Artenvielfalt, Ruderalflächen, grobe Strukturen wie Stein- oder Altholzhaufen habe ich, Hecken habe ich, Feldgehölze habe ich - dazu habe ich noch Hochstamm-Obstgärten, die wurden im Postulat offensichtlich vergessen. Ausserdem verlangt das Postulat noch Blühstreifen. Dieses Foto habe ich letzten Freitag selbst gemacht, nicht etwa aus dem Internet heruntergeladen. Ein Blühstreifen, eine Blütenpracht – eine wahre Freude. Die roten, gelben und blauen Blüten kommen erst später zum Blühen. Da war ich ein bisschen zu langsam, auf dieser Blüte waren drei Schmetterlinge von verschiedenen Farben. Ich hätte sie nicht bitten sollen zu lächeln, schon waren sie weg. Auf dem Blütenstand gleich daneben habe ich eine Hummel erwischt, wohlgenährt, wie man sieht. Unwahrscheinlich, was auf einem solchen Blühstreifen an Insektenvielfalt abgeht. Das summt und brummt – da hüpfet des Bauern Herz. Diesen Blühstreifen entlang der Zuckerrüben habe ich selbst angelegt, auf meinem privaten Land. So ganz nebenbei bemerkt würde ich mit Zuckerrüben etwa dreimal so viel verdienen. Aber ein Blühstreifen ist nicht nur sinnvoll, sondern einfach auch schön.

Was ich damit sagen will: Dieses Postulat will suggerieren Biolandbau ist gut - alles andere ist schlecht. Das ist gleichermassen tendenziös wie einfach nur falsch. Flächendeckend Biolandbau funktioniert, mindestens im Ackerbauggebiet nicht, davon bin ich überzeugt. Optimal ist, wenn beides vorhanden ist.

2005 stiess die Stadt Winterthur das erste Vernetzungsprojekt zur Förderung der Biodiversität und Vernetzung an. Es wurden Info-Anlässe für Landwirte organisiert, Pläne und Projekt wurden erstellt, es wurde informiert und es wurde viel Überzeugungsarbeit geleistet. Dafür gilt Stadtgrün und dem Ackerbaustellenleiter ein riesiges Dankeschön, auch dafür, dass sich Stadtgrün unkompliziert bereit erklärt hat, die Saatgutkosten für angelegte Blühstreifen und Hochstamm-Obstbaumsetzlinge zu übernehmen. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht Förderung der Biodiversität.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen und darauf kann jeder Landwirt in Winterthur stolz sein. Seit 2018 ist das Vernetzungsprojekt flächendeckend auf das gesamte Stadtgebiet umgesetzt. Von den eingangs erwähnten 48 Landwirten sind gegenwärtig 47 dabei, der letzte wird demnächst den Vertrag auch unterschreiben, so hat er mir versichert. Ich weiss nicht, ob da eine andere Gemeinde in der Region mit uns mithalten kann.

Annetta hat mir per Mail mitgeteilt, dass noch nicht alles gut sei und wir besser werden müssen. Besser muss man immer werden. Leider hat sie vermieden, eine klare Aussage zu machen, wann wir gut sind oder wann wir besser sind.

Vom Bund ist ein Ökoflächenanteil von 7% im Minimum zur Erlangung der Direktzahlungsbe-  
rechtigung gefordert.

In Winterthur ist dieser Anteil, nach Angaben des Ackerbaustellenleiters, gegenwärtig bei  
16.6%, also 2.5 mal das geforderte. Nimmt man noch die ca. 32 Hektaren von Stadtgrün  
dazu, steigt der Anteil auf 18.7% oder sagenhafte 289.6 Hektaren. Nicht berücksichtigt dabei  
sind Flächen, die vom Tiefbauamt oder vom AWEL entlang der Gewässer gepflegt werden.  
Auch diese werden (hoffentlich) zur Biodiversität gepflegt. Damit sind wir auf über 20%. Wir  
sind nicht gut - wir sind schon besser.

Wenn dieses Postulat aber überwiesen und gar umgesetzt wird wie gefordert, dann würde ich  
auf meinem Betrieb ca. ein Drittel der Fläche städtisches Pachtland verlieren. Ich wäre ge-  
zwungen, meine extensivierten Flächen wieder zu intensivieren, nur schon, um die von mir  
gehaltenen Tiere zu ernähren. Blühstreifen, so schön und wertvoll sie auch sind, könnte ich  
mir nicht mehr leisten. Mein Öko-Anteil von gegenwärtig knapp 18% müsste ich auf die gefor-  
derten 7% senken, denn dann geht es ums wirtschaftliche Überleben, nicht mehr und nicht  
weniger.

So wie mir ginge es vielen oder der Mehrheit der privaten Landwirte.

Martin Rapold, Leiter Ökologie und Freiraumplanung, äusserte mir gegenüber grösste Beden-  
ken. Zitat: „Meine Arbeit der letzten 15 Jahren ist gefährdet.“

Die jetzt flächendeckende Vernetzung würde implodieren und in sich zusammenfallen.

Bei der Umsetzung dieses Postulates gibt nur Verlierer:

1. Die privaten Landwirte, die um ihre Existenz fürchten müssten.
2. Die Pächter der städtischen Betriebe, die das anfallende Arbeitsvolumen nicht bewältigen  
könnten.
3. Alle, die sich für die Förderung der Biodiversität und Vernetzung eingesetzt haben, vor al-  
lem Stadtgrün und Ackerbaustelle.
4. Grösster Verlierer aber ist die Biodiversität.

Wollen wir das? Ich hoffe nicht. Sind wir stolz auf das bisher Erreichte und gehen wir den ein-  
geschlagenen Weg von Information und Überzeugungsarbeit weiter und vor allem: Zerstören  
wir nicht das aufgebaute Vertrauen.

Vielen Dank für die Förderung der Biodiversität und das Nicht-Überweisen des kontraproduk-  
tiven Postulates.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Das Postulat Biolandwirtschaft begründe ich stellvertretend für  
die Grüne/AL-Fraktion. Ich mache zum Anfang einen Sprung nach Basel ins Zentralsekreta-  
riat von Bio Suisse und lasse den Geschäftsführer Balz Strasser selbst sprechen. In einem  
Interview sagte er kürzlich, Bio soll zur Normalität gehören. Heute gehören 7'300 Bäuerinnen  
und Bauern schweizweit zum Knospenverband. Und wenn in 5-10 Jahren 6 von diesen gut  
7'000 der Stadt Winterthur gehören, wäre das wohl nicht zu viel.

Wenn dazu in den Folgejahren kontinuierlich auch das städtische Landwirtschaftsland, das  
nicht von städtischen Höfen bewirtschaftet wird, auch auf die biologische Bewirtschaftung  
umgestellt werden könnte, wäre das fast nur (bio)logisch.

Die Förderung der Biodiversität ist mittlerweile unbestritten und dass die Landwirtschaft dabei  
einen wichtigen Part spielt, ebenso. Heute geben 8 von 10 Schweizern an, dass ihnen eine  
nachhaltige Produktion der Lebensmittel wichtig ist. Die Wahlen im letzten Herbst haben das  
gezeigt. An den Lücken oder neudeutsch dem Gap zwischen dem Wahl- und dem Einkaufs-  
verhalten müssen wir selbstverständlich alle mitarbeiten. Denn es kann wirklich nicht sein,  
dass Biobauern am Schluss auf ihren Produkten sitzenbleiben müssen oder dass sie sie in  
die billigen Verkaufskanäle einspeisen müssen.

Dass der Verkauf von Knospenprodukten aber 2019 die 10%-Hürde geknackt hat, macht  
mich optimistisch. Natürlich leisten heute auch schon sehr viele Nicht-Bio-Betriebe in Win-  
terthur mit ihren Vernetzungsprojekten, wie wir gerade vorhin gehört haben in dieser langen  
Rede, mit Hecken, Hochstammbäumen und Blühsäumen einen unschätzbaren Einsatz für die  
Natur. Trotzdem sind wir der Meinung, dass eine Umstellung der 3 übriggebliebenen Betriebe  
auf Bio dazugehören würde. Wenn nämlich auch die stadteigenen Ländereien alle auf Bio

umstellen würden, wäre das gerade auch für die kulturlandschaftlichen Übergänge, von denen wir viele haben, da die Stadt Winterthur ja gut eingebettet ist zwischen viel Wald und Gewässern, eine echte Win-win-Situation.

Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung dieses Postulats.

**B. Huizinga (EVP):** Das Postulat Biolandwirtschaft beschreibt in der Begründung eindringlich, weshalb die Umstellung von städtischen Bauernbetrieben auf biologische Landwirtschaft umzusetzen ist. Von Vorbildfunktion der Stadt in Bezug auf klimaschützende Massnahmen ist die Rede. Oder davon, dass die Biodiversität unbedingt zu schützen ist. Annetta Steiner hat in ihrem Eingangsvotum alarmierende Zahlen genannt, was das Artensterben der Fauna und die Bedrohung der Flora durch Monokulturen und Neophyten angeht. Unter Betrachtung aller Argumente, nicht nur aus den Landwirtschaftsargumenten, sondern generell für die Gesellschaft - wenn wir alle die Argumente anschauen, die für oder gegen Bio sprechen, kommen wir von der EVP zum Schluss, dass eine Anfrage bei der Landwirtschaft in der Schweiz der einzig gangbare Weg ist. Natürlich ist uns bewusst, dass eine konsequente Umstellung ihre Zeit braucht. Darum ist der geforderte Zeitrahmen von 5-10 Jahren adäquat und verhindert, die hiesigen Bauern in Planungsnöte zu bringen.

Die Schweizer Landwirtschaft wird in Zukunft, nur schon wegen ihrer Grösse, nur durch Qualitätsprodukte ihren Stellenwert halten können. Ähnlich wie das schon in anderen Branchen wie z.B. den Uhren, der Pharma und der Textilindustrie ist. Jeder Player ist dazu verpflichtet, unseren Landwirtinnen und Landwirten wo nötig Unterstützung zu bieten.

Der Stadtrat hat jetzt die Möglichkeit, in der Antwort auf das Postulat Lösungen aufzuzeigen. Wir sind da offen.

Den Vorwurf von Hansruedi Hofer, wir hätten nicht auf seine Einladung reagiert, weise ich konsequent zurück. Das ist für mich ein Wäsche waschen im öffentlichen Gewässer, was auch nicht klimafreundlich ist. Die Erstunterzeichnende Annetta Steiner hat klar gesagt, dass wir gerne einen Termin abmachen. Das ist innerhalb einer kurzfristigen Zeit einfach sehr schwierig. Wir möchten das Postulat überweisen, aber klar auch Hand bieten zum Dialog. Es ist wichtig, dass man die heutigen Pächter nicht vergrault, sondern in diesen Prozess miteinbezieht. Wir schätzen ihre Arbeit sehr und es ist uns wichtig, dass sie mit am Tisch sitzen, wenn es darum geht, über ihre Zukunft zu sprechen, zu bestimmen und auch Zielvorgaben zu geben.

Wir sehen es aber auch als Auftrag an das Parlament, der Bevölkerung ein Lebensumfeld zu erhalten, in dem die Biodiversität geschützt, ja sogar auch gefördert wird.

Die grossen Lebensmitteldistributeure sind angehalten, keine hohen Margen auf Bio-Produkte zu erheben. Und der Bund soll gezielt mit Subventionen (auch mit neuen, wenn nötig) seinen Anteil dazu beitragen.

Der Grosse Gemeinderat würde mit einer Überweisung dieses Postulats erneut Zielvorgaben für ein diverses, nachhaltiges Winterthurer Klima schaffen. Und das unterstützen wir als EVP-Fraktion.

**L. Jacot (SP):** Ich möchte den Vorwurf auch zurückweisen. Wir würden den Betrieb gerne besichtigen, man kann das vielleicht auch sonst einmal noch machen, aber wir sind alle berufstätig. Es ist nicht ganz so einfach, da einen Termin zu finden, es war halt etwas kurzfristig. Wir wollen niemanden verbrämen, wir wollen auch nicht die jetzigen Pächter irgendwie verbrämen, sondern wir sagen, innerhalb von 5-10 Jahren (was ja doch eine nützliche Frist ist), sollte man alles daransetzen, umzustellen.

Du hast Grundsätze angesprochen der städtischen Landwirtschaftspolitik, der städtischen Landwirtschaftsbetriebe. Dort steht drin, dass die Betriebe existenzsichernd sein sollen (was ich auch wichtig finde) und dass die Möglichkeit zur Umstellung wenn möglich geprüft und umgesetzt wird, wenn man einen Pächterwechsel hat. Was mich dort drin schon stört ist das «wenn möglich». Möglich ist es eigentlich immer – die Frage ist, ob man es will und ob es wirtschaftlich ist.

Ich denke, in den nächsten 10 Jahren wird sicher auch der Anteil Bio, der verkauft wird, steigen. Mir geht es heute schon oft so, dass bei den Grossverteilern die Bioprodukte, die ich

gerne kaufen würde, ausverkauft sind. Das ist häufiger so, beim Fleisch z.B., dass ich dann gar nichts mehr finde. Das ist jetzt seit der Corona-Zeit so und ich denke, da werden dann auch die Grossverteiler reagieren, weil ihnen da ja auch Marge entgeht. Dass die Margen dort auch gesenkt werden – denn schlussendlich verdienen nach wie vor die Grossverteiler am meisten an Bio und nicht die Bauern – das sollte geändert werden.

Es ist also überhaupt nicht so, dass wir gegen die Bauern arbeiten wollen, sondern dass wir eigentlich mit den Bauern eine möglichst gesunde Landwirtschaft machen wollen.

Was man da auch sagen muss: Wir wissen alle, wie schädlich Pestizide sind, nicht nur für die Biodiversität, sondern auch für den Menschen, sei das im Trinkwasser oder in der Luft. Und genau zu den Meistgeschädigten, was das betrifft, gehören eigentlich die Bauern selbst. D.h. wir machen uns an sich auch um die Gesundheit der Bauern Sorgen. Wenn wir da auf einem möglichst tiefen Pestizideinsatz sind, kommt das schlussendlich auch den Bauern und ihren Familien zugute.

Wie man ja sieht, ist das mittlerweile gesamtschweizerisch ein Thema. Wir haben die Trinkwasserinitiative, es wird schon darüber gesprochen, dass man Pestizide in der Schweiz ganz verbieten möchte. Was in diesem Sinn auch nicht ganz fair ist, ist dass ein Biobauer in der Schweiz mit einem Biobauer aus dem EU-Raum konkurrenzieren muss. Wir haben das im Studium angeschaut, deutsche Bio-Betriebe und Schweizer Bio-Betriebe. Und die Schweiz hat da viel die höheren Standards und es ist eigentlich nicht miteinander vergleichbar. Von daher ist es eben auch unfair, dass wir gleichzeitig z.B. aus Spanien Bio-Obst und was wiess ich importieren können, und das immer noch günstiger ist als bei uns konventionell produziert. Da kann etwas auch nicht stimmen. Ich denke, da ist auch der Bund noch gefragt, dass man da gewisse Anpassungen macht.

Im Sinne einer Vorbildfunktion und um auch die Grundsätze der städtischen Landwirtschaftspolitik zu erfüllen, möchte ich Sie sehr bitten, das zu überweisen. Es ist also wirklich nicht so, dass wir etwas gegen die Bauern hätten. Und auch beim städtischen Land, das wird sicher mit Augenmass passieren.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Ich habe lange mit einem WG-Kollegen zusammengewohnt, einem Bauernsohn. Dieser hat sich jahrelang auf die Übernahme des elterlichen Betriebs vorbereitet. Er hat mit dem Vater zusammen geschaut, was möglich ist und in welche Richtung es geht. Er hat sich dann entschieden auf Bio umzustellen, mit allen Folgen, allen Umbaumaassnahmen, und und und. Es war ein langjähriger Entscheid, wohl durchdacht und nichts, das einfach so in 5-10 Jahren umgestellt wird. Wie Hansruedi Hofer gesagt hat: Das ist ein Entscheid für das Leben. Also sprechen wir eher von einem Zeithorizont von 30 Jahren. Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind der Meinung, dass das ein Entscheid ist, den jeder Pächter selbst fällen können muss. Von daher unterstützen wir den Ablehnungsantrag der SVP. Zu der erwähnten Studie: Es war ungefähr 2012, wo es zumindest im deutschsprachigen Raum einen Aufschrei gab, dass die Insekten sterben. Diese Studie hat im Raum Köln stattgefunden. Es war eine Langzeitstudie. Ein paar Monate später habe ich eine Kritik zu dieser Studie gelesen. Daraus ist mir geblieben: Es ist die einzige Studie in Europa, die langzeitmässig Insekten erforscht hat. Und die Qualität dieser Studie ist miserabel, weil sie nicht konsistent war. Es war ein Verein, der diese Studie durchgeführt hat, und der hat einfach dort, wo er Ressourcen hatte, Insekten gezählt – und an anderen Orten dann halt wieder nicht. Wenn also heute Abend dieses Postulat überwiesen wird, dann wäre mein Anspruch an den erwarteten Bericht, dass dieser wissenschaftlich fundiert daher kommt, mit Quellenhinweisen, wo und wie und mit welchen Studien das wirklich erforscht wurde – und wo nicht. Wie gesagt, wir wollen im liberalen Sinn, dass der Pächter selbst entscheiden kann, und unterstützen den Ablehnungsantrag.

**Th. Leemann (FDP):** Ich danke Hansruedi Hofer für das super Votum, das Du uns vorgetragen hast. Auch Zeno für seine Bedenken zu diesem Bericht. Ich als Ricketwiler wohne auf dem Land draussen und ich sehe, was unsere Bauern alles machen. Sie haben wirklich den Blühwiesenanteil, wie es Hansruedi gesagt hat, und sie plagen ihr Land sicher nicht übermässig.

Mit diesem Postulat wird vom Stadtrat ein Bericht verlangt, wie sämtliche landwirtschaftlichen Liegenschaften und Grundstücke innerhalb von 5-10 Jahren (stellt Euch das vor, 5-10 Jahre sind eine kurze Zeit, um etwas umzustellen) auf biologisch umgestellt werden sollen. Kommt es dann, dass irgendwann einmal die Voraussetzung ist, dass städtisches Land nur noch Landwirtinnen und Landwirte erhalten sollen, wenn sie total auf Bio umgestellt haben? Das geht wirklich nicht.

Landwirtinnen und Landwirte sollen selbst bestimmen, welcher Weg für sie und ihren Betrieb richtig ist. Das verstehe ich unter Liberalismus und Unternehmertum.

Ihr würdet besser die Leute auf der Strasse überzeugen, dass der Bio-Weg gut ist. Dann könnte man sich auch solche Postulate im Rat sparen. Wenn die grosse Mehrheit nur noch Bio-Produkte kauft, wird sicher auch eine grosse Mehrheit der Landwirtinnen und Landwirte auf Bio umstellen.

Letzthin habe ich einem Vortrag über die heutige Landwirtschaft beigewohnt und mitbekommen, dass nur dann gespritzt wird, wenn es nötig ist – und das in kleinsten Dosen. Leider weiss ich persönlich nicht, was Bio-Bauern machen, wenn es nicht mehr geht mit biologisch und was sie dann machen wollen. Jedes Spritzen ist für den Betrieb ein Aufwand, der kostet (Lohn, Inventar, Material). Ich als Unternehmer müsste zweimal überlegen, ob ich nur auf Vorrat spritzen gehe oder nicht. Spritzen nur, wenn es nötig ist.

Und wo bleibt bei diesem Postulat der liberale Gedanke? Wir von der FDP-Fraktion werden das Postulat für den Bericht nicht unterstützen.

**A. Steiner (GLP):** Es gibt halt eben auch andere Bilder in Winterthur. Das ist ein Beispiel, in Winterthur aufgenommen. Und das zweite Beispiel. Auch so wird in Winterthur Landwirtschaft betrieben. Das ist nicht die schöne Blumenwiese von Hansruedi Hofer, sondern das ist eben die Realität, so wird immer noch weitverbreitet Landwirtschaft betrieben in Winterthur.

Wir haben nie gesagt, dass es ein Spaziergang wird.

Die Grünliberalen setzen sich auch national sehr stark dafür ein, dass die wirtschaftlichen Anreize so gesetzt werden, dass sich eine ökologische Landwirtschaft lohnt. Dort gibt es noch viele Hausaufgaben, die gemacht werden müssen. Nichtsdestotrotz: Was Basel und was Zürich können, können wir auch machen. Und ich glaube, es ist verfehlt, wenn wir jetzt Angstmacherei betreiben. Selbstverständlich muss das in Zusammenarbeit mit den Landwirten passieren. Selbstverständlich passiert das nicht von heute auf morgen. Wenn man einen Landwirtschaftsbetrieb umstellt, kann man nicht einfach sagen, man setzt jetzt keine Pestizide mehr ein und dann das Gefühl haben, es ist nachher alles gut. Das wird nicht funktionieren. Der Ausgleich zwischen Nützlingen und Schädlingen, das passiert nicht von einem Tag auf den anderen wieder. Wenn man über Jahre die Käferchen vertrieben hat, kann man nicht erwarten, dass sie am nächsten Tag wieder da sind. Aber genau das muss eben das Ziel sein, dass wir wieder einen Ausgleich in der Landwirtschaft haben.

Wir haben Hansruedi Hofer eine Rückmeldung gegeben, auch das möchte ich betonen. Wir haben Offenheit signalisiert, wir werden schauen, dass wir nach den Sommerferien diese Begehung machen können. Und dass wir dort diese Themen diskutieren können.

Selbstverständlich wird jetzt auch die Verwaltung unter dem Stadtrat Kaspar Bopp mit den Landwirten ins Gespräch kommen müssen und schauen, was in den nächsten paar Jahren sofort umsetzbar (v.a. auf die eigenen Betriebe bezogen), was sind eher langfristige Massnahmen. Aber es muss ganz sicher etwas ändern, damit wir diese Bilder, die wir vorne sehen, nicht mehr sehen müssen.

**H.R. Hofer (SVP):** Ich muss zu einigen Sachen noch Stellung nehmen.

Katharina: Wenn Bio nachgefragt wird, dann wird auch Bio produziert. So weit ist jeder Bauer heute Unternehmer. Bio kann man oder könnt Ihr steuern, v.a. mit Eurem Einkaufsverhalten. Du hast in Deinem Votum gesagt, der Anteil Bio-Produkte sei auf über 10% gestiegen. Der Anteil vom finanziellen Umsatz von Bio-Produkten ist über 10% gestiegen, von den effektiven Produkten sind es 7%. Das ganz einfach, schlicht und ergreifend aus dem Grund, weil bei Bio-Produkten der Zwischenhandel die höhere Marge draufschlägt.

Ich habe angesprochen, was verloren wird, was z.B. bei der Familie Brägger an Geld fehlt. Da müsste ich dann fragen: Seid Ihr denn bereit, diese Differenz zu übernehmen? Es kann doch nicht sein, dass man jemanden dazu zwingt, Bio zu produzieren oder biologisch zu produzieren, wenn er seine Produkte nicht verkaufen kann. Lasst doch da den Markt spielen, das ist liberal.

Lea hat absolut Recht: In der Schweiz wird ein viel höherer Standard verlangt, sowohl für Bio wie aber auch für konventionell.

Pestizide: Wenn Ihr glaubt, dass in der Bio-Landwirtschaft nichts gespritzt wird, dann träumt weiter. Die grösste, modernste Spritze läuft auf einem Gemüsebaubetrieb nicht weit von hier weg, mit Fotozellen und GPS.

Zu Thomas: Spritzen auf Vorrat ist im Zeitalter der integrierten Produktion schon lange vorbei. Auch bei uns wird heute am Boden herumgekrochen, es werden Schädlinge ausgezählt etc. Es gibt z.B. bei den Zuckerrüben Blattläuse, für die man eine Sonderbewilligung einholen kann von der kantonalen Fachstelle, sonst macht man sich strafbar und es wird einem an den Direktzahlungen abgezogen.

Aber bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, seid Euch bewusst: Wenn Ihr dieses Postulat überweist, dann geht sehr, sehr viel Vertrauen verloren zu den 42 privaten Bauern auf Stadtboden Winterthur. Und das ist wohl doch die leichte Mehrheit. Also überlegt Euch gut, ob Ihr wirklich etwas Gutes für die Biodiversität macht, wenn Ihr dieses Postulat überweist. Wahrscheinlich ist es sinnvoller, wenn wir einfach so weitermachen wie bisher und Bio fördern (ich bin absolut nicht gegen Bio, das möchte ich festgehalten haben, ich möchte auch nicht gegen Bio ausspielen, das möchte ich auch festgehalten haben). Passt Euer Einkaufsverhalten an, dann wird sich das Bio und das Konventionelle von alleine in die von Euch gewünschte Richtung entwickeln.

**Stadtrat K. Bopp:** Die Biodiversität ist dramatisch zurückgegangen, das beschäftigt auch uns. Biodiversität ist kein nice to have, da sind wir ganz gleicher Meinung.

Heute ist es so, das entnehme ich den Grundsätzen der städtischen Landwirtschaftspolitik (die sind einsehbar auf der Website der Immobilien): Die Stadt befürwortet und fördert die biologische Landwirtschaft und unterstützt, wo möglich und umsetzbar, die Umstellung der städtischen Betriebe auf biologische Landwirtschaft. Insbesondere bei Neuverpachtungen von städtischen Betrieben wird unter Berücksichtigung der betrieblichen Verhältnisse die Möglichkeit einer Umstellung geprüft und wenn möglich umgesetzt.

Was aber auch dort drin steht, ganz im Sinn von Hand bieten zum Dialog: «Die Wünsche und Bedürfnisse der Pächterinnen und Pächter werden wo möglich berücksichtigt und in die Zukunftsplanung miteinbezogen.»

Soweit der Stand heute.

Vergleiche mit Zürich sind wieder beliebter geworden, auch in diesem Fall. Zürich schreibt auf der Website zur biologischen Bewirtschaftung: «4/5 der stadt eigenen Flächen werden bereits nach den Richtlinien von Bio Suisse bewirtschaftet.» Also nicht 100%. «Bei Neuverpachtungen von Flächen ist diese Bewirtschaftungsform ein wichtiges Kriterium.» Der Status quo von Zürich scheint da sehr ähnlich zu sein wie in Winterthur. 3 von 6 Bauernhöfen, also doch ein bisschen weniger als in Zürich, sind umgestellt worden auf Bio, der letzte davon am Anfang des aktuellen Jahrs.

Schwieriger ist es bei den einzeln verpachteten Flächen. Da möchten wir Landwirtschaftstourismus verhindern, nicht dass ein Biobauer mit einem Traktor durch die ganze Stadt fahren muss, um sein Grundstück zu bewirtschaften, weil in der Nähe des Grundstücks gerade kein Bio-Hof Interesse an dem Grundstück hat. Deshalb sind wir da eher zurückhaltend bisher, begrüßen aber auch da ausdrücklich die biologische Bewirtschaftung, das ist klar.

Für uns stellt sich jetzt die Frage, wie es weitergehen soll. Was braucht es, um weitere Fortschritte zu machen? Wir erkennen den Nutzen der biologischen Bewirtschaftung und wir sind deshalb jetzt schon daran, das abzuklären. Wir wollen auch wissen, was die Konsequenzen sind für die betroffenen Betriebe, die noch nicht umgestellt sind. Und was die Konsequenzen sind, wenn wir das stärker würden fördern.

In dem Sinne nehme ich das Postulat gerne entgegen, wenn das dann so überwiesen wird, denn wir sind bereits daran, genau diese Abklärungen zu machen.

Das ist auch ein beruhigendes Element: Es geht darum, einen Bericht zu machen in erster Linie. Ich denke, die Bedenken, die von der gegnerischen Seite genannt wurden – diese Aspekte werden sicher alle beleuchtet werden in diesem Bericht, in dieser Abklärung, die wir aktuell am Machen sind.

Insofern aus unserer Sicht kein Problem, wenn das Postulat überwiesen wird.

**Ratspräsident D. Oswald:** Besten Dank. Da hätten wir dem Gemeinderat auch eine halbe Stunde oder mehr sparen können, wenn es schon in Arbeit ist. Wir stimmen ab.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer die Überweisung des Postulats ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.

Ihr habt einer Überweisung dieses Postulats zugestimmt.

Wir gehen in die Essenspause. Es ist jetzt 18.40 Uhr - wir fangen trotzdem wie geplant um 19.30 Uhr an mit der Abendsitzung.

*Nachtessenspause.*

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir starten zur Abendsitzung.

## 19. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.21: Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen. Das Wort hat Urs Glättli.

**U. Glättli (GLP):** Als Erstpostulant begründe ich das politisch breit unterstützte Postulat: Ausländerinnen und Ausländer stehen auf allen staatlichen Ebenen eine Vielzahl von Zugangsschranken entgegen. In der Stadt Winterthur wird ein Viertel der Bevölkerung ohne Not von einer Anstellung im öffentlichen, hoheitlichen Dienst ausgeschlossen. Viele von ihnen leben schon mehrere Jahre in Winterthur und sind mit den lokalen Gegebenheiten durchaus vertraut. Es ist sinnvoll, die Talente und Kompetenzen dieser Menschen zu nutzen und ihnen die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Arbeitsmarkt weitest möglich zu öffnen. Davon betroffen ist insbesondere die Stadtpolizei. Die Stadt verzichtet auf ein grosses Potenzial möglicher Arbeitskräfte, obwohl hinlänglich bekannt ist, dass der Stellenmarkt zur Rekrutierung geeigneter Polizistinnen und Polizisten ausgetrocknet ist und sich anspruchsvoll gestaltet. In einem hochspezialisierten Arbeitsmarkt sollen Ausbildung und berufliche Kompetenzen und nicht die Staatsbürgerschaft im Vordergrund stehen. Es ist richtig und wichtig, dass für die Ausübung solcher Aufgaben hohe Anforderungen erfüllt werden. Daran soll sich auch nichts ändern.

Es ist jedoch Zeit, Schranken abzubauen, wo sie nicht mehr zeitgemäss erscheinen. Die für die Aufrechterhaltung solcher Zugangsschranken in der Vergangenheit herangezogene Argumente wirken konstruiert. Wieso es für die Ausübung stadtpolizeilicher Aufgaben das Schweizer Bürgerrecht braucht, ist nicht einzusehen, auch wenn dafür hoheitliche Befugnisse benötigt werden. Bereits das kantonale Polizeigesetz schreibt für Angestellte privater Sicherheits-

unternehmen geringere Zugangsschranken vor als die Stadt für ihre Polizistinnen und Polizisten. Kanton und Gemeinden sind dazu aufgerufen, Massnahmen zur Unterstützung der Integration hier wohnhafter Ausländerinnen und Ausländern zu treffen. Sie sollen vom öffentlichen Dienst nicht systematisch ausgeschlossen, sondern nach Bedarf und bei ausgewiesener Eignung für öffentliche Aufgaben angestellt werden können und zwar unabhängig davon, ob sie Schweizerin oder Schweizer werden möchten.

Die Diversity-Strategie sieht als Massnahmen bei der Stadtpolizei bereits eine Vertiefung und Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen des ganzen Korps sowie bei der Rekrutierung die Auswahl von neuen Aspirantinnen und Aspiranten unterschiedlicher Herkunft vor. Jedoch fehlt bis anhin – wie z.B. bei den Klimamassnahmen übrigens auch – der erkennbare Wille, trotz Spielraum, bestehende Zugangsschranken abzubauen.

Daher soll eine mögliche Änderung des Personalstatuts geprüft werden und der Stadtrat dazu mit Bericht Stellung nehmen. Ja, und dabei wünschen wir uns gerade eine konkrete Vorlage des Stadtrates für eine betreffende Änderung des Personalstatuts. Es würde uns die mehrheitsfähig scheinende Eingabe einer entsprechenden parlamentarischen Initiative im Folgenden ersparen. Vielleicht, so hoffen wir mit gutem Grund und noch viel mehr, wird jedoch die neue Vorsteherin des DSU dann nach den Sommer- und Herbstferien dieses Postulat konstruktiv und verbindlich umsetzen wollen!

Es ist höchste Zeit: Überweisen wir dieses Postulat!

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag der SVP vor, das Wort dazu hat Markus Reinhard.

**M. Reinhard (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt den Ablehnungsantrag für dieses Postulat und ich erläutere Ihnen gerne unsere Beweggründe.

Zuerst einmal ziehen die Postulanten im Vorstoss einen völlig unzulässigen, hinkenden Vergleich zwischen den Anforderungen an vereidigte Polizisten und den Anforderungen an Angestellte privater Sicherheitsunternehmen. Für letztere gelten geringere Anforderungen. Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. Ein vereidigter Polizist, welcher im Extremfall von seiner Schusswaffe Gebrauch machen muss, hat eine ganz andere Stellung inne als ein Securitas, welcher in der Nacht ein verlassenes Werksgelände bewacht.

Die Postulanten behaupten weiter fälschlicherweise, dass „hinlänglich bekannt sei“, dass der Stellenmarkt zur Rekrutierung geeigneter Polizistinnen und Polizisten ausgetrocknet sei und sich die Nachwuchssuche anspruchsvoll gestalte. Es fehlt den Postulanten wohl an Fakten, denn diese Aussage kann man getrost ins Reich der Märchen und Sagen verweisen. Ganz grundsätzlich besteht im Kanton Zürich kein Mangel an geeigneten Kandidaten für den Polizeiberuf. So hat beispielsweise die Kantonspolizei Zürich keinerlei Probleme, ihre Mannschaftsbestände zu halten. Auch die Haltung der Kantonspolizei ist eindeutig: «Es sei nicht notwendig, vom Erfordernis des schweizerischen Bürgerrechts für den Polizeiberuf abzusehen.»

Wenn in Winterthur Rekrutierungs-Schwierigkeiten bestehen würden, dann müssten die effektiven Ursachen für diese Probleme angegangen werden und nicht solche Symptompolitik betrieben werden. Das Problem dürfte dann vielmehr bei der fehlenden Berufsattraktivität bei der Stadtpolizei Winterthur und mangelndem Respekt gegenüber den Gesetzeshütern liegen sowie allenfalls bei Themen wie ungenügendem Rechtsschutz, persönliche Angriffe auf unsere Polizistinnen und Polizisten und unkultivierte politische Scharmützel von Links gegen unsere Polizei.

Die Postulanten beklagen weiter pauschal eine Vielzahl von Zugangsschranken auf allen staatlichen Ebenen, ohne diese wirklich weiter konkret auszuführen. Wir beurteilen diesen Umstand selbstverständlich anders, denn in Tat und Wahrheit bestehen für gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer, sowieso wenn sie über einen Schweizer Pass verfügen, in unserem Land kaum Zugangsschranken und schon gar nicht staatliche.

Schauen wir uns die kantonalen Regelungen zu dieser Thematik an, so sehen wir, dass Personen, welche im Namen des Staates handeln und die Rechtserlasse von unserem Land durchsetzen müssen, über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. In besonderem

Masse trifft dies auf Polizistinnen und Polizisten zu, da es zu deren Kernaufgabe gehört, unter bestimmten Voraussetzungen unmittelbaren Zwang auszuüben und staatliche Zwangsmassnahmen anzuwenden. Polizisten müssen oftmals in heiklen Situationen und Konflikten tätig werden. Zu nennen sind beispielsweise das Einschreiten bei häuslicher Gewalt, der Einsatz beim unfriedlichen Ordnungsdienst oder bei Festnahmen. Zudem sind die Anforderungen an unsere Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren stark gestiegen, insbesondere durch den Wandel in unserer Gesellschaft, die wachsende Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften und tiefgreifende Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld. Damit die Polizistinnen und Polizisten diesen anspruchsvollen und auch belastenden Aufgaben gewachsen sind, müssen sie bereits als Aspiranten eine strenge Selektion durchlaufen und sorgfältig ausgebildet werden. Dabei ist es unerlässlich, dass die Polizeiangehörigen mit den hiesigen Verhältnissen, unserer Rechtsordnung und der Mentalität der Bevölkerung bestens vertraut sind sowie die lokale Sprache beherrschen. Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, die diesen sehr strengen Anforderungen genügen, sind gut integriert und bringen auch die notwendigen Voraussetzungen für eine Einbürgerung mit. Wenn sie als Polizistin oder Polizist arbeiten wollen, ist nicht einzusehen, weshalb sie sich nicht auch um die schweizerische Staatsangehörigkeit bemühen sollten.

Somit führt die geltende Regelung keinesfalls dazu, dass Ausländern mit einer Niederlassungsbewilligung C der Polizeiberuf verwehrt bleiben würde. Der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts ist für gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer, die sich für den Polizeiberuf interessieren, nicht nur zumutbar, sondern auch völlig gerechtfertigt, da dadurch auch ein persönliches Zeichen zu diesem Land gesetzt wird. Zu jenem Land also, dessen Rechtsordnung die Polizisten in extremis auch mit der Schusswaffe verteidigen müssen. Ich denke, dieses Zeichen ist nicht zu viel verlangt und trägt ganz wesentlich zur Akzeptanz der Polizei bei der einheimischen Bevölkerung bei.

Auch der Schweizerische Polizeibeamtenverband hält unmissverständlich an der Forderung fest, dass Polizisten Schweizer sein müssen. Zitat des Verbandes: «Der bewaffnete Arm des Staats muss von Schweizer Bürgern vertreten werden. Wer in der Schweiz im Namen des Staates handelt und Staatsmacht ausübt, kann nur ein Schweizer Bürger sein.» Wie kann jemand, der sich als Bürger nicht zu den Gesetzestexten äussern kann, diese dann später als Polizist durchsetzen?

Dieser Vorstoss widerspricht auch dem Prinzip, dass die Einbürgerung am Ende von erfolgreichen Integrationsbemühungen steht und erst dann den Zugang zu politischer Mitbestimmung und Ämtern oder eben hoheitlichen Funktionen ermöglicht. Zudem wäre die Aufnahme von Personen ohne Schweizer Pass in den Polizeiberuf ein komplett falsches Signal an alle jene ausländischen Mitbürger, welche sich um ihre Integration bemüht haben und als Schweizer Bürger ihre Pflichten in Gesellschaft, Militär und Politik erfüllen. Wie ich bereits ausgeführt habe, sind die Argumentationen der Postulanten an den Haaren herbeigezogen, schlicht falsch oder untauglich. Wer das Gesetz hütet und durchsetzen muss, soll auch als Bürger voll berechtigt und hinsichtlich der Integration ein Vorbild für andere sein. Wer das Recht unseres Landes umsetzen will, der soll unserem Land auch als Bürger angehören.

In diesem Sinne bitte ich die Ablehnung zu unterstützen. Besten Dank.

**B. Helbling (SP):** Das Anliegen, den Polizeiberuf bei der Stadtpolizei Winterthur trotz fehlendem Schweizer Pass auszuüben, formulieren wir hier drinnen nicht zum ersten Mal. Bis jetzt wird es geeigneten Anwärtinnen oder Anwärtern ohne Schweizer Pass verwehrt, den herausfordernden, aber auch spannenden Beruf von einer Polizistin und einem Polizisten zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass die Qualifikation für diesen Beruf nichts mit der Nationalität zu tun hat, sondern mit der physischen und psychischen Belastbarkeit und mit der charakterlichen Eignung. Was in Basel-Stadt schon lange möglich ist (seit 1997 werden dort Personen mit Niederlassungsbewilligung C zum Polizeiberuf zugelassen), soll in Winterthur auch möglich sein. Die Polizei soll die Bevölkerung in der Stadt abbilden und sie nimmt ihre Aufgaben der ganzen Bevölkerung gegenüber wahr. Die Diversität bei Herkunft, Ethnien, Geschlecht und Nationalität ist deshalb sehr wünschenswert. Die fehlende Schweizer Staatsbürgerschaft darf nicht als mangelnde Integration oder fehlende Vertrautheit mit unseren Institutionen und

Verhältnissen gleichgesetzt werden. Ein wichtiges Aufnahmekriterium für den Polizeiberuf ist sicher die Vertrautheit mit der Umgebung. Ebenso ist die Vertrautheit mit einer anderen Kultur von Nutzen. Es ist schade, diese Ressourcen brachliegen zu lassen und auf eine Einbürgerung zu pochen. Die Eintrittstests und weitere Anforderungen stellen die Qualifikation der Anwärterinnen und Anwärter absolut sicher.

Ich bitte um eine Überweisung dieses Postulats und bitte den Stadtrat um eine seriöse Prüfung.

**F. Heer (Grüne/AL):** Bereits viele Kantone haben langjährige Erfahrung mit den im Postulat geforderten Änderungen. Das sind Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Jura und das ländliche Schwyz. In keinem dieser Kantone zeigen sich dadurch irgendwelche Auswirkungen. Warum auch? Die Herkunft, der Pass per se, ist keine Qualität. Aus dem Pass selber resultieren keine guten Eigenschaften. Die Eigenschaften erwerben die Menschen im Laufe ihres Lebens, mit biologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Prägungen. Und die Ausbildung schult mit. Und die Ausbildung zum Polizisten oder zur Polizistin schult einen darin, was bei der Ausübung dieser anspruchsvollen Aufgabe notwendig ist. Wer sich für den Polizeidienst eignet, wird selektioniert. Die sprachlichen Kompetenzen spielen ja jetzt schon bei den Eignungstests eine zentrale Rolle. Es wird nur zugelassen, wer die Landessprache einwandfrei spricht. In Basel wird von der Kantonspolizei explizit hervorgehoben, dass die Mehrsprachigkeit von Menschen mit einer C-Bewilligung im Alltag der Polizei ein Vorteil ist. Es funktioniert so gut, dass sie in einer Plakatkampagne damit werben.

Es ist übrigens auch kein besonders neues Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt, wir haben es gehört, beschäftigt seit mehr als 20 Jahren Menschen mit einer C-Bewilligung im kantonalen Polizeikorps. Und 2009 hat sich der oberste Polizist, Beat Hensler, Luzerner Polizeikommandant und Präsident der Schweizerischen Polizeikommandantenkonferenz, dafür ausgesprochen, Menschen mit einer C-Bewilligung zum Polizeidienst zuzulassen. Ich nehme mal an, Sie alle anerkennen die Sachkompetenz von Beat Hensler. Und darum soll es gehen bei der Ausbildung von neuen Polizistinnen und Polizisten: Um Sachkompetenzen, um Qualifikationen, die sie auch in ihrer Ausbildung erwerben. Die Farbe des Passes ist keine Qualifikation. Alle, die das bereits gemacht haben, haben immer wieder dasselbe gesagt: Vor der Änderung war es ein Krampf, viele Diskussionen, viele Befürchtungen. Und nachher – alles halb so wild.

Zusammengefasst könnte man fast sagen: Hinterher ist man einfach schlauer. Wir könnten ja jetzt schon schlauer sein. Ich danke für die Überweisung dieses Postulats.

**M. Bänninger (EVP):** Die EVP-Fraktion unterstützt, dass der Stadtrat die bestehenden Zugangsschranken zum Beruf vom Stadtpolizist, der Stadtpolizistin überprüft. Die Idee vom Zulassen von Menschen mit anderen Staatsbürgerschaften (wir gehen von Niederlassungsbewilligung C aus, das soll aber noch geklärt werden) - die Idee ist nicht neu und wird in anderen Polizeikorps bereits erfolgreich und interkulturell gewinnbringend umgesetzt. Für uns steht eine kompetente und gut aufgestellte städtische Kommunalpolizei im Vordergrund. Uns ist es wichtig, dass die Polizistinnen und Polizisten einen guten und niederschweligen Zugang zur Bevölkerung haben, mit kulturellen Feinheiten umzugehen wissen und diese im Sinne ihrer polizeilichen Ermittlungen und Tätigkeiten einsetzen können.

Das Argument, dass Leute, welche in den Polizeidienst wollen, sich einbürgern lassen sollen, greift für uns nicht.

Einen Job an eine Staatsbürgerschaft zu koppeln, ist grundsätzlich heikel und das machen wir in anderen Bereichen auch nicht. So fragen wir vor einer bevorstehenden Hirnoperation auch nicht nach dem Pass, sondern nach den Qualifikationen des Arztes oder der Ärztin. Wir erwarten, dass sie die bestqualifizierte Person ist, um die Operation durchzuführen – auch wenn sie aus dem Ausland kommt.

So soll es auch bei der Polizei sein. Wer die Aufnahmeprüfungen zur Polizeischule besteht und die Ausbildung mit diesen hohen Anforderungen erfolgreich durchlaufen hat und abschliesst, beweist sehr gut, wie integriert er respektive sie in unserer Gesellschaft ist und dass sie fähig ist, den Beruf professionell auszuführen.

Wir stimmen der Überweisung zu.

**U. Bänziger (FDP):** Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen ab.

Es ist unbestritten, dass die ausländische Wohnbevölkerung in Winterthur Talente und Kompetenzen hat, welche uns als Gemeinschaft voranbringen können, und es liegt auch in unserer Verantwortung, dass wir Mit-Gestaltung ermöglichen und fördern.

Kontrovers zur Argumentation des Postulats ist es für uns sehr wohl ersichtlich, wieso es zur Ausübung stadtpolizeilicher Aufgaben das Schweizer Bürgerrecht braucht.

Wie Markus Reinhard schon erwähnt hat, ist der Vergleich im Postulat mit privaten Sicherheitsunternehmen mangelhaft, weil private Sicherheitsdienstleistungen Kontroll- und Aufsichtsdienste umfassen, aber in keiner Weise staatliche Hoheitsbefugnisse wahrnehmen wie das Polizistinnen und Polizisten tun.

Anordnungen von Polizistinnen und Polizisten können direkt in die Rechtsposition der Bürgerinnen und Bürger eingreifen und diese nötigenfalls auch mit Zwang durchsetzen. Polizistinnen und Polizisten können somit, falls notwendig, auch vom Gewaltmonopol des Staates Gebrauch machen. Die Einbürgerung verlangt ein Bekenntnis zu diesem Staat und seinen Grundwerten und das ist für uns wichtig.

Die Qualifikation für den anspruchsvollen Beruf der Polizistin oder des Polizisten schliesst somit für uns die Anforderung der schweizerischen Nationalität mit ein.

In der Beantwortung der IP 2012/118 erwähnt der Stadtrat zudem, dass gut integrierte ausländische Staatsangehörige durchaus die Eingangsprüfung für die Züricher Polizeischule machen und bestehen können und sich dann im Laufe der Ausbildung vor dem Eintritt ins Polizeikorps einbürgern lassen können und auch ohne weiteres bereit sind, dies zu tun. Es besteht also gar kein Problem.

Der Regierungsrat hat übrigens beim Postulat 315/2019 im letzten November sehr ähnlich wie der Stadtrat in der Vergangenheit argumentiert. Spezifisch sagte er aus, dass (ich zitiere): «Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, die diesen strengen Anforderungen genügen, sind zwingend gut integriert und bringen regelmässig auch die Voraussetzungen für eine Einbürgerung mit. Wenn sie als Polizistin oder Polizist arbeiten wollen, ist nicht einzusehen, weshalb sie sich nicht um die schweizerische Staatsangehörigkeit bemühen sollten. [...] Es ist umso mehr zumutbar, als die schweizerische Gesetzgebung es eingebürgerten Personen erlaubt, ihre bisherige Staatsangehörigkeit beizubehalten.»

**A. Geering (CVP/EDU):** Auch ich habe am 9. März 2020 nach Zürich geschaut wie Urs Bänziger. Und wenn wir das alle gemacht hätten, wüssten wir, was mit diesem Postulat passiert ist. Es ging dort darum, dass Kantonspolizistinnen und -polizisten mit Niederlassungsbewilligung C möglich sein sollten. Dieses Postulat wurde abgelehnt. Ich zitiere aus dem erfolgreichen Ablehnungsantrag von Regierungsrat Mario Fehr: «Dem Ablehnungsantrag liegt die Auffassung zu Grunde, dass Personen, die im Namen des Staates handeln und dessen Rechtserlasse durchsetzen müssen, über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. In besonderem Masse trifft dies auf Polizistinnen und Polizisten zu, zu deren Kernaufgabe es gehört, unter bestimmten Voraussetzungen unmittelbaren Zwang auszuüben und staatliche Zwangsmassnahmen anzuwenden.»

Ich denke, die Situation in Winterthur ist nicht wirklich anders als im Kanton Zürich und wir könnten einfach auf unseren Regierungsrat hören.

Ich möchte aber auch nochmals aufgreifen, dass es nicht wirklich zulässig ist für die CVP/EDU-Fraktion, wenn man die Stadtpolizei Winterthur mit einem privaten Sicherheitsunternehmen vergleicht. Die Stadtpolizei ist kein privates Unternehmen. Unsere PolizistInnen haben Kompetenzen zur Anwendung von Zwang, die Angestellte von privaten Unternehmen nicht haben. Darum ist die Winterthurer CVP/EDU-Fraktion ebenfalls der Meinung, dass nur Schweizer Bürgerinnen und Bürger Polizisten werden können und dass das eine Voraussetzung ist für den Polizeidienst.

Tatsächlich bemerken die Postulanten aber zu Recht, dass viele Ausländer und Ausländerinnen schon so lange in der Schweiz leben, dass sie mit den lokalen Gegebenheiten vertraut

sind und dass sie die anderen notwendigen Voraussetzungen für den Polizeidienst mitbringen würden. Wie auch schon gesagt, steht diesen Personen nichts im Wege, um über die Einbürgerung in den Polizeidienst einzutreten.

Wir lehnen aus diesen Gründen die Überweisung ab.

**Stadträtin B. Günthard:** Sie haben es selbst ja auch gesehen im Postulat. Die Postulanten erwähnen, dass genau die gleichen Fragen vor wenigen Jahren (2012/2013) schon eingereicht wurden gegenüber dem Stadtrat. Das scheint ein Thema zu sein, das mit einer Regelmässigkeit immer wieder Konjunktur hat. Sie haben das gelesen, Ihnen ist diese Vorstossbeantwortung bekannt. Wir haben dort gleich geantwortet wie die Regierung vom Kanton Zürich erst letztens. Gewisse Redner und Rednerinnen haben auch auf diese Antworten verwiesen. Vielleicht noch kurz zu erwähnen ist, dass man schon bei der letzten Beantwortung gesagt hat, dass Polizistinnen und Polizisten ohne Schweizer Pass die Aufnahmeprüfung in die Polizeischule machen können, die Ausbildung auch anfangen können - dass sie sich aber bis zur 1. Zwischenprüfung einbürgern lassen müssten. Und in diesen 7-8 Jahren, seit es diese Möglichkeit gibt, hat niemand Interesse gezeigt an dieser Möglichkeit.

Aber selbstverständlich können Sie dieses Postulat überweisen. Man kann das nochmals überprüfen und das Anliegen nochmals beantworten.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer die Überweisung des Postulats ablehnen möchte, soll auch kurz aufstehen.

Sie haben dieser Überweisung zugestimmt.

## 20. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.54: Begründung des Postulats B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung. Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.)**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Pandemieplanung. Führung eines Notfall-Lagers. Das Wort hat als Erstpostulantin Bea Helbling.

**B. Helbling (SP):** Wir sind immer noch mitten drin, so kann man es sagen. Die 2. Welle scheint zu kommen und wir hoffen, nicht allzu schlimm. Es war zu Beginn von Covid-19 überall zu lesen und zu hören: Es fehlt an Schutzmaterialien, es fehlt an Desinfektionsmittel, die Notfalllager sind nicht genügend gefüllt. Wir in der Stadt Winterthur benötigen in verschiedenen Betrieben Schutzmaterial (Masken, Handschuhe, Schutzanzüge, Desinfektionsmittel). Es wird gebraucht in den Alterszentren und der Spitex, bei der Polizei, bei der Feuerwehr und beim Zivilschutz. Bei Anlaufstellen von der Stadt und aber auch bei Angeboten mit Leistungsvereinbarungen wie private Spitex, Asylunterkünften usw.

Wir alle müssen uns an der eigenen Nase fassen, dass die Pandemieplanung angeschaut wird, sicher auch zusammen mit dem Kanton, und dort auch in Bezug auf den kantonalen Pandemieplan. Es existieren Vorgaben, wie die Notfalllager gefüllt sein müssten. Wenn sie so knapp waren, wie es getönt hat, dann gibt es dort wohl Lücken oder die Vorgaben sind anzupassen.

Wichtig ist jetzt eine Pandemieplanung, die die entdeckten Mängel verbessert und die gemachten Erfahrungen berücksichtigt. Wir sprechen da von einer Aufgabe, die eventuell auch Kosten verursacht, denn es braucht wohl je nachdem am einen oder anderen Ort eine bessere Vorratshaltung. Die Forschung und die Sachverständigen gehen davon aus, dass uns

solche Situationen vermehrt begleiten werden. Wir wissen ja auch nicht, wann die, in der wir jetzt sind, aufhört. Und wir müssen darauf vorbereitet sein.

Eine Neuorganisation der Pandemieplanung, eine Überprüfung der jetzigen Situation, macht sicher Sinn.

**Ratspräsident D. Oswald:** Ich habe keine Kenntnis von einem Ablehnungsantrag. Damit ist dieses Postulat überwiesen.

## 21. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.57: Begründung des Postulats F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Pyrolyse - negative Emissionstechnologie. Das Wort hat Florian Heer.

**F. Heer (Grüne/AL):** Vielen Dank, dass ich an meinem allerletzten Tag hier im Gemeinderat dieses Postulat begründen darf. Ich gebe zu, der Titel des Postulats ist nicht unbedingt selbsterklärend. Deshalb erlauben Sie mir, das ein bisschen auszuführen.

Seit wir Kohle, Erdgas und Erdöl im grossen Stil verbrennen, also seit ca. 200 Jahren, und diese Energie zum Heizen oder zum Betreiben von Maschinen brauchen, emittieren wir zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Luft und befeuern den menschengemachten Klimawandel. Jetzt müssen wir uns nicht nur überlegen, wie wir weniger verbrennen, sondern wir müssen uns auch überlegen, wie wir das CO<sub>2</sub> aus der Luft rausbringen. Das Bundesamt für Energie schreibt dazu, es reicht bei weitem nicht, einfach nur unseren Verbrauch weiter zu drosseln. Es braucht klimapositive Massnahmen. D.h. wir müssen das CO<sub>2</sub> aus der Luft filtern und irgendwo hinbringen, wo es nicht mehr schadet. Dafür gibt es mehrere Technologien. Wir Postulanten verlangen, dass eine von denen genauer betrachtet wird. Das ist eben die sogenannte Pyrolyse.

Die Pyrolyse bedient sich eines einfachen Tricks: Bäume und Pflanzen binden beim Wachsen und lagern es so ein, bis sie wieder verrotten. Und jetzt wollen wir das CO<sub>2</sub> längerfristig binden, sozusagen über das Verrotten hinaus. Und genau das macht der Prozess der Pyrolyse. Bei diesem Prozess werden biologische Reststoffe wie Holzschnitzel oder Klärschlamm verkohlt und zurück bleibt das reine CO<sub>2</sub> in der Form von Holzkohle. Sie kennen das vermutlich vom Grillen.

Kohle müssen wir nicht einfach verbuddeln oder wegsperren. Sie ist weder schädlich noch ist sie giftig. Bringt man diese Holzkohle auf die Felder der Bauern, dann hat sie dort extrem gute Eigenschaften. Sie macht die Böden fruchtbarer und speichert Wasser, sie macht sie dürreresistenter – und ich bin überzeugt, das wird für uns noch existenziell werden. Und das Beste ist: Das CO<sub>2</sub> bleibt unten, bzw. in der obersten Humusschicht, für Jahrtausende gebunden. Es ist sozusagen ein Segen für die Bauern wie auch für das Klima. Meiner Meinung nach hat man da die lange gesuchte eierlegende Wollmilchsau vom Klimaschutz eigentlich vor der Nase.

Das Postulat fordert nun also, dass die Stadt Winterthur einen Bericht verfasst, wo und wie wir diese Technologie anwenden könnten. Die Stadt Winterthur hat bereits eine Pilotanlage mit Hilfe des Klimafonds realisieren lassen. Sie steht heute in Fehraltorf und funktioniert mittlerweile einwandfrei. Berechnungen vom Bund haben aber ergeben, dass wir in der Schweiz ca. 1'200 solche Anlagen wie die in Fehraltorf brauchen, um nur das CO<sub>2</sub> zu kompensieren, das wir weiterhin emittieren. Wir haben in der Schweiz im Moment 9.

Die Stadt Winterthur kann sich nicht auf den Lorbeeren der damaligen Pilotanlage ausruhen. Und es ist auch nicht sinnvoll, denn die Pyrolyse-Anlage ist gemäss Anlagebetreiber auch finanziell rentabel.

Kurz zusammengefasst: Es braucht mehr solche Anlagen. Sie sollen lokal sein. Sie sollen den Bauern hier nützen. Und wir Winterthurerinnen und Winterthurer können hier CO2 kompensieren. Und dabei noch Kohle machen - im doppelsinnigen Sinn.

Ich danke vielmals für die breite Unterstützung dieses Anliegens und für das Miteinreichen des Postulats.

Danke vielmals und auf Wiedersehen!

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor. Das Wort hat Iris Kuster, CVP.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Wir sind nicht gegen private Pyrolyseprojekte, aber wir sind klar gegen ein eigenes städtisches Engagement. Wir sind klar der Ansicht, dass dies nicht eine Aufgabe der Stadt Winterthur ist. Wir wollen nicht nochmals ein Pilotprojekt, das scheitert und das der Steuerzahler dann schlussendlich bezahlen muss. Wir haben leider schon viel zu viele Beispiele in der Stadt Winterthur – ich denke z.B. an die jüngst aufgegebene Haustechnik, aber auch Wärmering Frauenfeld oder Biorender.

Ich kann mir ein paar kritische Bemerkungen und Fragen nicht verkneifen:

Ist es überhaupt erwiesen, dass es genügend Abnehmer für das Endprodukt, die Biokohle, gibt? Sind die Bauern überhaupt bereit, einen entsprechenden, mindestens kostendeckenden Preis zu zahlen? Das wollen die Postulanten nämlich gar nicht wissen.

Eine junge dynamische Firma hat in Flaach mit der Produktion von Biokohle begonnen. Cooles Engagement. Der Landbote schreibt in seinem Artikel dazu: Die Einsatzmöglichkeiten von Pflanzenkohle sind sehr breit, vieles wird noch erforscht und erprobt. Man ist also gar nicht sicher, was funktioniert und was nicht. Wieso warten wir nicht erst die Tests und Abklärungen ab und auch, wie sich die Nachfrage v.a. bei den Bauern entwickelt?

Und machen wir der jungen Firma in Flaach doch nicht ihre Chancen auf Erfolg kaputt! Falls die Nachfrage nicht so gross ist, nehmen wir ihnen nicht diese auch noch weg.

Und falls es keine bzw. zu wenig Abnehmer hat, so wollen wir keine typisch grünlastige Planwirtschaft. Wenn dann am Schluss die Bauern gratis auf Kosten des Steuerzahlers mit dieser Biokohle beglückt werden müssten – das wollen wir nicht.

**U. Bänziger (FDP):** Um netto null 2050 zu erzielen, ist es zwingend notwendig, CO2-Emissionen zu kompensieren. Wer denkt, dass das ohne Kompensation ginge, hat wahrscheinlich eine etwas verklärte Ansicht zur Lebensqualität der frühen Höhlenbewohner. Falls man also die Ansicht teilt, dass eine Kompensation notwendig sei, geht es darum zu prüfen, welche Massnahmen welche Wirkung zeigen und zu welchen Kosten. Stand heute, denkt man, dass es grundsätzlich 7 Verfahren gibt, wie CO2 aus der Atmosphäre entfernt werden kann.

Es sind dies Aufforstung; Bioenergie mit CO2-Abscheidung und -Speicherung; Ozeandüngung (könnte man grob Aufforstung im Meer nennen); Pyrolyse / Biokohle; Enhanced Weathering (ein chemischer Prozess); Direct Air Carbon Capture and Storage (also CO2 direkt aus der Luft filtern); Nutzung von Holz und Karbonmaterialien statt von Beton und Stahl bei Neubauten.

Wie Sie sehen, ist die Pyrolyse ist eine solche Kompensationsform, welche durchaus technisch machbar ist und nachweislich funktioniert. Die Kosten- und Wirkungstransparenz sind wesentliche Anliegen unserer Umweltpolitik. Entscheide sollen gefällt werden auf der Basis von fundierten Informationen, Das Postulat Pyrolyse macht genau das für eine mögliche Form der CO2-Kompensation.

Darum unterstützt die FDP-Fraktion dieses Postulat.

**B. Huizinga (EVP):** Die schwarze Erde, Pflanzenkohle oder auch Terra preta genannt, hat ein grosses Potenzial zur Bekämpfung des Klimawandels. Sie fördert erwiesenermassen die

Fruchtbarkeit der Böden und leistet damit einen grossen Beitrag zur Ertragssicherung respektive der Ernährungssicherheit. Die Entsorgung von pflanzlichen und teilweise auch organischen Abfallstoffen, durch die Einarbeitung im Erdreich, bildet sich ein stabiler Humus und es bindet CO<sub>2</sub>. Und es kann, richtig eingesetzt, auch zu grossen finanziellen Einsparungen führen. Es ist ein leicht zu gewinnender Rohstoff, der die Erde feucht hält und sie dadurch weniger bewässert werden muss. Kurz und knapp: Es ist ein Superdünger.

Der Vorstoss der Grünen ist aus Sicht der EVP-Fraktion auf jeden Fall zu unterstützen.

**A. Gütermann (GLP):** Ich möchte kurz aufstehen, denn ich bin neu im Rat und noch nicht so lange dabei. Und damit Ihr auch seht und nicht nur hört, woher dass es kommt, was ich danach ins Mikrofon sage.

Obwohl dringend nötig, wie auch schon einer meiner Vorredner erwähnt hat, können wir nicht 100% CO<sub>2</sub> auf Null zurückfahren. Es wird 2050 ein – hoffentlich kleiner – Rest bleiben. Dieser muss zwingend mit CO<sub>2</sub>-Senkung kompensiert werden. Also einem Verfahren, wie das CO<sub>2</sub> langfristig – mit Betonung auf langfristig – gebunden wird. Es gibt dafür einige Möglichkeiten, aber die meisten von ihnen zerrinnen uns buchstäblich zwischen den Fingern. Die Ozeane, die grössten CO<sub>2</sub>-Senkung überhaupt, werden immer wärmer und die CO<sub>2</sub>-Aufnahmekapazität nimmt damit ab statt zu. Die Eisschichten der Pole und der Gletscher binden ebenfalls viel CO<sub>2</sub> - mit der Klimaerwärmung ist auch das Fehlanzeige. Die Waldfläche ausdehnen könnte auch helfen, ist aber in Winterthur und Umgebung schwierig und ebenfalls stark klimaabhängig. Der Borkenkäfer lässt grüssen.

Jedoch kann sehr viel CO<sub>2</sub> über den Humus langfristig gebunden werden, praktisch überall und mehr oder weniger unabhängig von der Klimaerwärmung. Das hat dann ausserdem den netten Nebeneffekt, dass unsere Nahrungsmittel auch in Zukunft humusbasiert wachsen können. Diese Chance gilt es auch, mittels der Pyrolyse, zu nutzen.

Die Grünliberalen unterstützen das Postulat und ich bitte Sie um Zustimmung.

**H.R. Hofer (SVP):** Pyrolyse ist eine Möglichkeit zum technischen Umweltschutz. Die Zuckerfabrik Frauenfeld plant zusammen mit Energie 360 eine Holzschnitzelanlage für 150'000 Kubik Jahresverbrauchsmenge. Die Energie wird von der Zuckerfabrik selbst genutzt, die überflüssige Wärme wird, so ist es geplant, in den Wärmering Frauenfeld eingespiesen, und das Endprodukt, die Kohle, wird prioritär in die Pharmaindustrie geliefert, zweitens in die Futtermittelindustrie und erst drittens in ein Erdmischwerk für Blumenerde gleich daneben (Ricoter) oder direkt in die Landwirtschaft.

Ich habe heute mit verschiedenen Forstunternehmungen gesprochen, um zu fragen, ob es überhaupt noch die Möglichkeiten gibt (nachdem Frauenfeld 150'000 Kubik absaugt vom Markt), eine solche Anlage wirtschaftlich zu betreiben. Die Aussagen waren einheitlich klar: Im Raum Winterthur ist eine Anlage für 100'000 – 150'000 Kubik Jahresmenge durchaus betreibbar. Aber als Alternative sähe ich auch eine Pyrolyse-Anlage in der ARA. Das wäre für mich durchaus denkbar. Heute wird ja meines Wissens Klärschlamm nach Zürich transportiert und dort verbrannt. Anlagen zur Pyrolyse von Klärschlamm funktionieren. Wenn jetzt aus einem Abfallprodukt ein Wertstoff gemacht werden könnte, ist das sicher prüfungswürdig.

Die SVP unterstützt die Überweisung des Postulats. Eine effiziente CO<sub>2</sub>-Reduktion geht nur oder nur auch über technischen Umweltschutz.

**L. Jacot (SP):** Es ist fast auf den Tag genau ein Jahr her, seit wir die Klimasitzung gemacht haben. Dort gab es im Vorfeld einen Vortrag von Sonja Seneviratne. Sie sagte klar: Wenn wir bis 2050 die Klimaziele erreichen wollen (1.6 – 2 Grad Erwärmung), dann müssen wir nicht Netto Null haben, sondern wir müssen sogar ins Negative. Wir müssen also mehr CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre nehmen, als wir bis dahin noch hineinblasen. Es ist so, wir werden nicht ganz auf Null kommen, und es wird immer wieder Prozesse geben, die CO<sub>2</sub> entstehen lassen – also müssen wir das irgendwie herausholen.

Pyrolyse ist nicht ein so neues Verfahren, das hat man schon fast immer gemacht. Das haben schon alte Stämme früher gemacht in Amerika, das haben im Mittelalter bei uns die Köhler gemacht – das ist nichts anderes als Holzkohle herstellen. Das Gute ist, wie Hansruedi gesagt hast, man kann das auch mit Abfallprodukten machen. Und gerade jetzt, wo wir eine ziemlich grosse ARA haben, wo wir diverse ARAs zusammengelegt haben, wäre das eine sehr gute Sache, wenn man das z.B. beim Klärschlamm machen würde.

Wir haben auch relativ viel Weinbau rund um Winterthur herum. Man kann das sehr gut machen mit Abfallprodukten aus der Weinherstellung. Es ist gerade für Winterthur eine sehr gute Möglichkeit.

Nun ist es ohnehin so, dass wir Schweizer schon früher, bei anderen Umweltprojekten, sehr früh dabei waren, technische Lösungen zu finden, und diese früher auch in die ganze Welt exportiert haben. Ich denke, wenn wir hier in Winterthur quasi innovativ dabei sind, ist das sicher keine schlechte Sache.

Und wie gesagt, Pyrolyse ist nicht sehr experimentell. Dass das funktioniert, weiss man. Es kann dabei Strom abfallen oder auch Biokohle, die man auch verbrennen kann. Man muss aber auch nicht alles unbedingt in Erde geben, man kann auch andere Dinge mit dieser Kohle machen, z.B. Medikamente herstellen etc.

Es ist so, dass wenn man schon heute 200 g von dieser Kohle, die man dort mit Biomasse herstellen würde, auf jeden m<sup>2</sup> landwirtschaftlich genutzten Boden tun würde - jedes Jahr 200 g pro m<sup>2</sup> – dann könnte man schon heute unsere gesamten Emissionen kompensieren. Es ist klar, dass das vielleicht ein bisschen viel ist und sicher nicht jeder Bauer das machen würde. Aber wie schon gesagt, es ist auch im Gartenbau sehr beliebt, jeder kann das auch für sein eigenes kleines Gärtchen benutzen.

Grosse Kläranlagen usw. sind sehr beliebt für das.

Was man auch noch sagen muss: Es macht sehr viel Sinn, dass wir auf Stadtfläche mehr Bäume pflanzen, einfach damit es kühler ist und es Schatten hat. Im Sommer allerdings sind unsere Wälder hier, in diesen Breitengraden, keine CO<sub>2</sub>-Senkungen. Das wird auch nie funktionieren, wir können also nicht einfach aufforsten und dann ist das super. Sondern wir werden irgendwelche technischen Möglichkeiten brauchen. Man kann auch heute schon aus der Luft CO<sub>2</sub> quasi absaugen, z.B. bei Verbrennungsprozessen oder Müllverbrennung, und kann daraus Treibstoff machen. Allerdings ist das nur CO<sub>2</sub>-neutral und man nimmt dabei nicht CO<sub>2</sub> wirklich aus dem Kreislauf hinaus. Von daher denke ich, das ist wirklich eine sehr gute und innovative Methode, um CO<sub>2</sub> aus der Luft wirklich längerfristig zu binden.

**F. Heer (Grüne/AL):** Noch kurz zwei Antworten zu Iris Kuster: Die Tests sind gemacht – ich nehme an, Deine Recherche war nicht sehr fundiert oder einfach nicht sehr lange. Das Kostendeckungsproblem ist auch kein Problem gemäss irgendeinem Produzenten und Anlagenbetreiber. Genügend Abnehmer sind auch kein Thema. Ich kenne mehrere Bauern, die sagen: Ich würde sie sofort nehmen.

**Stadträtin B. Günthard:** Besten Dank für die vielen konstruktiven Voten aus diesem ganzen breiten Saal. Es ist immer noch gewöhnungsbedürftig...

Wie es so ist beim Überweisen der Postulate, da haben v.a. Sie das Wort und der Stadtrat macht dann, was Sie gewollt haben. Ich kann einfach ganz kurz sagen: Selbstverständlich ist es so, dass wenn wir die CO<sub>2</sub>-Ziele erreichen wollen, dann müssen wir einerseits den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren und andererseits kann eben das Binden oder Senken von CO<sub>2</sub> auch helfen. Und vor diesem Hintergrund nimmt der Stadtrat das entgegen, wenn Sie das Postulat überweisen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer dagegen ist, ebenfalls.

Sie haben das Postulat mit sehr grosser Mehrheit überweisen, besten Dank.

## 22. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.60: Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP), P. Schoch (SP), K. Frei Glowatz (GP) und M. Zehnder (GLP) betr. 4 autofreie Sonntage im Jahr**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung der Motion betreffend 4 autofreie Sonntage im Jahr. Das Wort hat Franziska Kramer (EVP).

**F. Kramer (EVP):** Wir haben gelitten und wir leiden immer noch an Covid. Einem Virus, das u.a. die Lunge stark angreift. Wir sind alle sehr dankbar, dass der Lockdown vorbei ist und hoffen sehr, dass ein erneuter Lockdown nicht mehr nötig sein wird.

Es ist schon fast ein bisschen paradox, dass in der Zeit einer schlimmen Lungenkrankheit die Welt durchatmen konnte. Wie bekannt ist, hat der Verkehr einen grossen Einfluss, u.a. auf die Stickoxide-Belastung. Gemäss Ostluft macht der Verkehr fast 2/3 der Stickoxide-Emissionen im Kanton Zürich aus. Die Daten wurden von Ostluft inzwischen ausgewertet, der Einfluss vom Wetter wurden herausgerechnet und man kam zum Ergebnis, dass die Schadstoffbelastung während dem Lockdown tatsächlich erheblich gesunken ist.

Viele Bewohner von Winterthur haben im Lockdown neu die Vielfalt unserer grünen Stadt entdeckt. Die Winterthurer sind in und um die Stadt herum verweilt und haben unsere nächste Umgebung mit dem Velo und zu Fuss entdeckt. Sie haben die Vitaparcours in den Wäldern genutzt, sind den Rundwanderweg abmarschiert und haben die Zeit genutzt, um ihre Gärten zu pflegen. Vielen ist diese Zeit trotz allem Belastenden auch in sehr schöner Erinnerung.

Wir als EVP möchten diese beiden positiven Seiten vom Lockdown aufnehmen und weiterhin pflegen. Deshalb möchten wir 4 autofreie Sonntage im Jahr für die Stadt Winterthur lancieren. Die Klimadiskussion ist wegen Covid in den Hintergrund geraten, wenn auch nicht verschwunden. Es ist wichtig, dass wir dranbleiben und stetig Schritte gehen. Als EVP stehen wir ein für Suffizienz. Weniger ist oftmals mehr.

4 Sonntage im Jahr das Auto zuhause stehen lassen und unterwegs sein mit Velo und ÖV, das sind aus unserer Sicht wichtige Signale und Übungsmöglichkeiten für eine neue Genügsamkeit.

Ziemlich genau vor einem Jahr, wir haben es vorhin gehört, hat der Gemeinderat die Klimasitzung durchgeführt. Auch mit der dringlichen Interpellation Winterthurer Tag vom CO2-freien Verkehr. In der Interpellationsantwort hat die Stadträtin Frau Barbara Günthard wörtlich gesagt: «Was wir in Winterthur machen können, ist schauen, dass wir die Quartierstrassen an einem gewissen Tag autofrei haben. Für uns vom Stadtrat ist noch offen, ob es zwingend so ist, dass die Stadtverwaltung den Lead übernimmt für die Weiterentwicklung von Ideen. Wir haben nichts dagegen, wenn Ideen von Ihnen kommen.» Zitat Ende.

In dem Sinne nehmen wir den Ball als EVP auf und initiieren, dass wir unsere Stadt künftig an 4 Sonntagen im Jahr autofrei geniessen können.

Ein Wort zur praktischen Umsetzung der Motion: Wir haben als EVP von Anfang an klar formuliert, dass es uns darum geht, die kommunalen Strassen und, so weit möglich, die kantonalen Strassen vom motorisierten Individualverkehr frei zu haben. Offensichtlich ist es möglich, die Technikumstrasse als kantonale Strasse für einen Aktionstag zu sperren – allen Unkenrufen zum Trotz. Bei einer Überweisung wird die Verwaltung abzuklären haben, welche Staatstrassen gesperrt werden können.

Zu betonen ist auch, dass es ganz klar Ausnahmeregelungen braucht, wer an autofreien Sonntagen trotzdem motorisiert unterwegs sein darf. Natürlich ist auch da Augenmass erforderlich.

In den Medien wurde bereits stark thematisiert, dass das Bundesgericht die Stadtzürcher Initiative Zürich autofrei als ungültig erklärt hat. Und die Frage kam in den Medien auf, was das für die vorliegende Motion heisst. Selbstverständlich haben wir den Bundesgerichtsentscheid

genau studiert. Vergleiche ziehen kann man nur dort, wo überhaupt vergleichbare Sachen vorliegen. Das Komitee von Zürich autofrei hat das gesamte Stadtgebiet von Zürich vom individuellen Motorfahrzeugverkehr befreien wollen, und zwar zeitlich unbeschränkt, von Montag bis Sonntag, 24 Stunden, für immer. Das ist schon etwas ganz anderes. Das Bundesgericht sagte, in einer Volksabstimmung würde das Stimmvolk den falschen Eindruck bekommen, man könne Zürich zeitlich unbeschränkt von Autos befreien – denn das sei so nicht möglich. Deshalb, weil die Initiative so, wie sie vom Volk verstanden würde, nicht umsetzbar ist, hat das Bundesgericht sie für ungültig erklärt. Ob man das richtig findet oder nicht, kann dabei offen bleiben. Der Sachverhalt passt auf jeden Fall nicht auf unsere Motion und hat deshalb auch keine richtungsweisende Wirkung.

Nochmal: Wir als EVP wünschen uns, das Positive vom Lockdown aufnehmen zu können. Entschleunigung, Suffizienz und gute Luft – zum Durchschnaufen für die Umwelt und die Winterthurer Bevölkerung. Wir freuen uns über Unterstützung der Motion.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor. Das Wort hat Andreas Geering von der CVP:

**A. Geering (CVP/EDU):** Am Sonntag, vor 8 Tagen, musste ich morgens um halb fünf zur Arbeit fahren. Wie so viele andere Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt arbeite ich Schicht, auch am Wochenende und an Feiertagen. Zu dieser Zeit, zu der ich an meinen Arbeitsplatz pendeln muss, gibt es in meinem Quartier noch keinen ÖV – schon gar nicht am Sonntag. Ich bin also auf das Auto oder Motorrad angewiesen. Wäre am Sonntag vor 8 Tagen autofreier Sonntag gewesen in unserer schönen Stadt, hätte ich meinen Arbeitgeber informieren müssen, dass ich leider nicht zur Arbeit kommen kann. Oder ich hätte mein Auto am Vorabend ausserhalb der Stadtgrenze in Elsau parkieren müssen und wäre am Morgen um halb vier nach Elsau gewandert, wäre in mein Auto gesessen und rund um Winterthur herumgefahren. Ich wäre am Mittag heimgefahren, wieder um Winterthur herum, hätte das Auto in die Nachbargemeinde gestellt und wäre wieder heimgewandert. Und am Montagmorgen nochmals dasselbe, weil mein Auto halt immer noch in der Nachbargemeinde gestanden wäre.

Aber abgesehen von den vielen Schichtarbeitenden in unserer Stadt – auch Behinderte würden stark eingeschränkt in ihrer Mobilität. Und da haben wir vorhin ja gerade von Eurer Seite ein Postulat überwiesen, dass Barrieren für diese Personengruppen aufgehoben werden sollen. Behinderte Personen, gehbehinderte Personen, könnten aber weder mit dem eigenen Auto noch mit dem Taxi oder einem Fahrdienst in das Quartier hinein- oder aus dem Quartier hinausfahren.

Und wenn man, wie es vorhin von den Motionären erwähnt wurde, für alle diese Fälle Ausnahmegewilligungen in Erwägung ziehen möchte, dann würde der Personenkreis für Ausnahmegewilligungen relativ gross und der Spareffekt beim CO<sub>2</sub>, der ohnehin beschränkt ist, weil er sich auf 4 Mal im Jahr und auf Quartierstrassen beschränken würde, würde weiter gemindert.

Schliesslich ist es aber auch eine grundsätzliche Güterabwägung, welche die CVP/EDU-Fraktion zum Schluss brachte, dass wir den Ablehnungsantrag stellen zu dieser Motion. Gegenüber der starken Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur fällt das Einsparungspotential beim CO<sub>2</sub> bei vier autofreien Sonntagen auf Quartierstrassen unserer Abschätzung nach viel zu gering aus, als dass sich das lohnen würde, unsere Bevölkerung so stark einzuschränken.

Aus diesem Grund stellen wir den Ablehnungsantrag und hoffen, dass künftig zielführendere Massnahmen zur CO<sub>2</sub> Reduktion vorgeschlagen werden. Und ich hoffe, dass Ihr den Ablehnungsantrag unterstützen könnt.

**D. Siegmann (SP):** In Vertretung der abwesenden Pia Schoch darf ich unser Statement aus der Fraktion zu diesem Anliegen vertreten.

Corona und der damit verbundene Lockdown haben sehr viel Negatives und viel Leid mit sich gebracht. Es ist noch nicht vorbei und die SP-Fraktion appelliert weiterhin an den Stadtrat, die

Anliegen der betroffenen Betriebe und Personen ernst zu nehmen und in diesem Sommer aussergewöhnliches Entgegenkommen zu signalisieren und auch umzusetzen. Einzelfälle anzuschauen und dort, wo es wirtschaftlich nötig ist, auf Gebühren zu verzichten, wie wir das z.B. auch in unserer Dringlichen IP an der ersten Sitzung hier in der Eulachhalle gefordert haben. Kreativ ist gefordert und erwünscht. Und wir bitten den Stadtrat, seinen entgegenkommenden Worten und Versprechen auch Taten folgen zu lassen.

Doch der Lockdown hat auch ein paar positive Veränderungen mit sich gebracht. Er hat gezeigt, dass es auch ruhiger gehen kann. Gerade beim städtischen Strassenverkehr war eine positive Veränderung bemerkbar. Die Winterthurer Bevölkerung scheint durch den Lockdown neue Beschäftigungen wie Gartenarbeit, Langsamverkehr oder Naherholung entdeckt zu haben. So hat der Landbote über einen Boom bei den Velohändlern in der Region berichtet und die Garten- und Gemüseprodukte wurden stark nachgefragt. Das hat neben den Effekten auf die wortwörtliche Beruhigung auch positive Effekte auf die Luftqualität.

Es wurde schon darauf hingewiesen heute Abend: Ziemlich genau vor einem Jahr haben wir hier in diesem Parlament eine Klima-Sondersitzung durchgeführt und u.a. den Klimanotstand ausgerufen. Die Corona-Krise hat die Klima-Thematik ein bisschen zur Seite gedrängt: Demos waren verboten und Corona stand medial im Zentrum. Aber es ist noch immer kurz vor zwölf und wir dürfen wegen Corona nicht vergessen, dass wir auch noch andere Probleme haben. Das Klima – und es ist dringend! Corona hat in gewissen Bereichen zu positiven Effekten auf das Klima geführt, aber es braucht weitere Schritte, um diese kleinen Effekte behalten zu können, und weitere grosse Schritte, um das Problem wirklich anzupacken.

Es ist uns durchaus bewusst, dass 4 autofreie Sonntage im Jahr die Winterthurer Klimabilanz nicht verändern und die Klimakrise nicht lösen. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es sind 4 Tage im Jahr, an denen andere, nähere Sonntagsaktivitäten oder der ÖV ins Zentrum rücken. Wir sind überzeugt, dass wir durch die 4 kommunal autofreien Tage steigende Sensibilität dafür schaffen, dass es auch Sonntagsaktivitäten gibt, die nicht den motorisierten Individualverkehr benötigen. Und das ist die Entwicklung, wie wir sie brauchen.

Nicht zuletzt finden wir, darf man auch einmal an alle die Winterthurerinnen und Winterthurer denken, die schon heute selten bis nie privat Auto oder Töff nutzen und trotzdem jeden Tag die stark befahrenen Strassen und die vielen parkierten Autos erdulden. Es sind 4 Tage im Jahr, an denen die Kinder auf der Strasse spielen können, ohne das Unihockey-Goal alle paar Minuten wegrücken zu müssen. 4 Sonntage, an denen der Raum, der sonst vom Verkehr beansprucht wird, für andere Aktivitäten zur Verfügung steht. 4 Sonntage, an denen weniger Verkehrslärm zu hören ist und der vom Verkehr beanspruchte Platz an andere geht. Es ist uns bewusst, dass es Ausnahmen geben muss. Das Durchkommen für Sanität und Polizei muss gewährleistet sein, dass Personen mit Beeinträchtigungen einen Fahrdienst beanspruchen können und dass weitere Zulieferungen oder handwerkliche Notfälle auch am Sonntag auf das Auto angewiesen sind. Darin sehen wir keine unumsetzbar grosse Hürden. Uns ist auch bewusst, dass das nicht alle Strassen, sondern nur Kommunalstrassen treffen wird. Aber wir sind der Meinung, dass beruhigte Kommunalstrassen auch einen beruhigenden Einfluss auf die Staatsstrassen haben werden. Und wir sind der Überzeugung, dass dieses Anliegen gemäss Art. 3 vom Strassenverkehrsgesetz umsetzbar ist.

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass 4 autofreie Sonntage wichtig, gerecht, umsetzbar und zumutbar sind. Wir möchten die Motion 4 autofreie Sonntage überweisen und den Stadtrat damit mit der Ausarbeitung von Grundlagen beauftragen. Wir hoffen auf ein breites Engagement und Unterstützung.

**M. Wäckerlin (SVP):** Ein autofreier Sonntag kommt für die SVP und die Piraten überhaupt nicht in Frage. Und zwar kann man das relativ einfach begründen: Das ist nämlich ein absolut unangemessener Eingriff in die persönliche Freiheit. Es ist weder verhältnismässig noch irgendwie zielgerichtet noch nötig. D.h. es ist ein typisches Beispiel, wo eine kleine Handvoll Leute andere bevormunden möchte. Es ist eine richtige Frechheit, dass die EVP da ihren Willen anderen aufzwingen will. Wenn sie nicht Autofahren wollen, dann sollen sie nicht Autofahren – aber sie sollen die anderen fahren lassen.

Und legal ist es sehr wahrscheinlich auch nicht. Sicher kann man nicht nationale und kantonale Strassen sperren, aber wohl auch nicht Quartierstrassen. Denn man kann ja den Einwohnern dieser Quartiere nicht die Zufahrt zu ihrem Haus verwehren.

Wir würden uns auch nicht an ein solches Verbot halten, ganz abgesehen davon.

Kommt noch dazu: Selbst wenn man Quartierstrassen sperren würde, würde das im Prinzip heissen, dass nur noch Autos aus anderen Gemeinden durch Winterthur fahren könnten, was dann ein völliger Unsinn wäre.

Also seid doch bitte vernünftig und lehnt diesen Chabis ab. Vielen Dank.

**U. Bänziger (FDP):** Sie erinnern sich vielleicht, dass die FDP im Rahmen der Klima-Debatte die dringliche IP «Winterthurer Tag des CO<sub>2</sub>-freien Verkehrs oder Winterthurer Klimatag» mit eingereicht hat.

Im Motionstext 4 autofreie Sonntage können Sie aber lesen: «Der Stadtrat hat sich an der Klimaschutzsitzung vom vergangenen Juli bereits positiv über CO<sub>2</sub>-freie Verkehrstage geäussert und sich offen dafür gezeigt, konkrete Ideen aufzunehmen.»

Das ist etwas seltsam. Wenn Sie das Protokoll der Klimadebatte vom 8. Juli 2019 lesen, können Sie lesen, was Stadträtin Barbara Günthard-Maier gesagt hat: «Ich kann Ihnen sagen, dass der Stadtrat die Idee des CO<sub>2</sub>-freien Verkehrstages eine gute Idee findet.»

So was ist es nun: Singular oder Plural? Ich denke, wir sollten nicht unbedingt alternative Fakten darstellen in unseren Vorstössen.

In demselben Protokoll der Sitzung können Sie weiter lesen: «Stadträtin B. Günthard: Es ist tatsächlich so, wir müssen alle miteinander auf den Weg. Es braucht die ganze Bevölkerung und d.h. es braucht eine Sensibilisierung. Und ein solcher Tag mit einem Symbolcharakter kann sensibilisieren für das.»

Und genau das ist es, Sensibilisierung, ein Miteinander zur Motivation sein persönliches Verkehrsverhalten zu ändern.

Im Motionstext heisst es dann weiter: «Es ist Zeit, diesen Absichten konkrete Taten folgen zu lassen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die positiven Effekte der Corona-Krise erhalten und weitergeführt werden können.»

Hier sehen Sie auch, was die Motionäre wirklich beabsichtigen und was für sie die Aufnahme von konkreten Ideen heisst.

Konkrete Ideen sind Gesetze und Verbote und eine Bevormundung der Bürger. Was wissen denn die Motionäre genau, welches die positiven Effekte der Corona-Krise für mich oder andere Menschen in Winterthur und anderen Orten gewesen sind? Kein Wort von miteinander, von Sensibilisierung zum Wandel des eigenen Konsumverhaltens.

Corona steht für mich vor allem für viel Leid, heute und in Zukunft. Corona steht auch für vielleicht die grösste finanzielle und gesellschaftliche Herausforderung, welche unsere Stadt noch zu bewältigen hat. Autofreie Sonntage im Quartier mit positiven Effekten von Corona zu vergleichen, ist schlichtweg fehl am Platz.

Ja, und dann gibt es noch die Realität, die kommt nach dem grossen Pathos hier im Rat. Wie hole ich meine betagte Mutter zum Mittagessen? Kann ich dann am Freitag meine Karte für den Sonntag beim Schalter der Stadtpolizei abholen, oder kann ich dann auf der Tösstalstrasse parkieren? Und wie sieht es dann mit Andreas aus, den Aussenwachen oder dem Pflegepersonal und dem Koch aus?

Anstelle von konkreten Ideen zur Sensibilisierung und Motivation zur Änderung des Mobilitätsverhaltens kommen Gesetze und Verbote, bravo. Schade, dass wir wieder ein paar Tausend von Franken der knappen finanziellen Mittel der Stadt zur Beantwortung dieser Motion verlocken müssen.

Es leuchtet Ihnen wahrscheinlich ein, dass wir zum Schluss kamen, dass die FDP-Fraktion die Motion ablehnt.

**M. Zehnder (GLP):** Primär schliessen wir uns dem Votum der Motionäre an, ich möchte aber noch Folgendes ergänzen: Beim Motionsantrag steht, dass wir eine gesetzliche Grundlage wünschen. Wir wünschen uns, dass wir keine Auflistung von juristischen Problemen und juristischen Hürden bekommen, sondern wirklich eine gesetzliche Grundlage, um die 4 autofreien

Sonntage durchzuführen. Es gibt 4 Sonntagsverkäufe, die massiv zusätzlichen Autoverkehr verursachen. Da darf es doch auch für die Autofans und für Gewerbetreibende verkraftbar sein, wenn an 4 anderen Sonntagen die Autos in Winterthur ruhen oder ihnen vielleicht sogar die Durchfahrt verwehrt wird. Es dürfen in der Motionsantwort gerne Beispiele genannt werden, wie man die autofreien Sonntage mit Sport oder Festwirtschaftsbetrieben zu Erlebnistagen umformen kann. Wobei: Ein simples Sperren der Technikumstrasse für ein paar Stunden am Sonntagnachmittag, so wie es in den möglichen Massnahmen aufgelistet wurde, höchstens als bürgerlicher Wahlauftakt, aber sicher nicht als Winterthurerischer Beitrag zur Klimaverbesserung gewertet werden kann. Die Luftqualität wird sicher an diesem Sonntag einiges besser sein und auch der Lärm wäre deutlich tiefer. Gerade jetzt, wo die Fluglärmbelastung auf ein erträgliches Mass reduziert wurde, soll man auch über die Reduktion von anderen Lärmquellen sprechen. Ich fände es schön, 4 Mal im Jahr keinen Autolärm hören zu müssen. Wir würden uns sehr freuen, wenn bald eine Umsetzungsvorlage erarbeitet würde und wir in diesem Rat darüber befinden können.

**A. Geering (CVP/EDU):** Geschätzter Martin, jetzt wurde gerade klar, um was es eigentlich geht: Man soll Feste feiern in den Quartieren. Feste sind grundsätzlich eine gute Sache, das finde ich auch. Aber wenn man überlegt: 4 x im Jahr am Samstag Festbänke und Festzelte hinfahren, Kühlschränke (alte Bleikühlschränke) aufstellt, wenn man dann dort feiert und Party macht einen ganzen Sonntag lang und nachher alles wieder wegfährt und im Quartier alles verlitert ist – dann denke ich, dass der CO<sub>2</sub>-Spareffekt nicht mehr gegeben ist für die paar Fahrten, die wir dann in der Stadt einsparen. Das ist eigentlich ein weiteres Argument, um diese Motion nicht zu unterstützen.

**F. Kramer (EVP):** Kurz ein paar Worte auf das, was gesagt wurde. Ich habe es eigentlich gesagt: Es braucht eine Ausnahmeregelung, das ist ganz klar. Es gibt Behinderte, die fahren können müssen, es gibt Leute, die arbeiten gehen müssen. Es ist aber ja nicht Zufall, dass wir uns für autofreie Sonntage entschieden haben. Der Sonntag ist bei uns in der Schweiz immer noch der Tag, an dem viele Leute nicht an einen Termin müssen, an dem viele Leute nicht arbeiten gehen müssen und an dem es am ehesten möglich ist, Zuhause zu bleiben. Dann noch zur FDP: Ich habe ganz klar gesagt, es geht um einen positiven Effekt vom Lockdown, nicht ein positiver Effekt von Corona. Da finde ich, ist ein Unterschied zu machen. Es geht um konkrete Schritte zur Interpellation von der Klima-Sitzung. Es wurde kein konkreter Schritt vorgeschlagen und deshalb haben wir das nun halt gemacht, so wie wir uns das vorstellen.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Es wurde schon sehr viel gesagt, ich möchte mich wirklich sehr kurz halten. Mein Votum wäre nur eine Wiederholung der Motionäre. Ich möchte nur zwei Dinge sagen: Ein weniger an Verkehr ist wirklich ein mehr an Lebensqualität. Dem kann wohl kein Fussgänger (und wir sind alle hin und wieder Fussgänger) widersprechen. Und das Zweite: Autofahren ist noch immer nicht ein Menschenrecht geworden. Das darf man auch einmal sagen.

**Stadträtin B. Günthard:** Auch dieses Mal ziemlich kurz. Ich kann grundsätzlich nachvollziehen, dass mit dem Lockdown im Zusammenhang mit Corona, wo man erlebt hat, wie es ist, wenn es still ist und die Luft so klar ist, dass man Lust bekommt auf mehr solche Sonntage oder auf mehr solche Tage. Das ging mir zwischendurch genauso. Wie es richtigerweise erwähnt wurde, hatten wir diese Interpellation in der Klimadebatte, ungefähr vor einem Jahr. Da hat sich der Stadtrat offen gezeigt, einen solchen klimafreien Tag zu machen. Dieser ist in Planung, musste aber wegen dem Lockdown bzw. wegen Corona verschoben werden. Dieses Erlebnis hatte man also noch nicht. Er ist aber in Planung und da bin ich gespannt darauf, wie das ist, wenn man das wirklich erlebt. Bei Ihnen ist offensichtlich die Lust auf mehr gekommen. Sie haben jetzt diese Motion für 4 autofreie Sonntage, die man durchaus anschauen kann. Was Sie überweisen, beantwortet der Stadtrat – wie immer.

Um was ich grundsätzlich froh bin, ist die Differenzierung, dass Sie sagen, auf allen kommunalen und wo möglich auf kantonalen Strassen. Dass Sie da einen Unterschied machen in der Behandlung dieser Strassen, das ist sicher gut. Dann schreiben Sie vom «Schaffen von gesetzlichen Grundlagen», da muss man 2-3 Fragezeichen machen. Gesetze machen grundsätzlich der Kanton und der Bund. Aber wenn Sie diesen Vorstoss überweisen, werden Sie vom Stadtrat eine Antwort bekommen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Ich danke. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer die Motion an den Stadtrat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer die Motion hingegen nicht überweisen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.  
Besten Dank. Die Motion ist somit überwiesen an den Stadtrat.

## 23. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.22: Begründung des Postulats F. Künzler (SP) betr. zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen. Das Wort hat der Postulant Fredy Künzler.

**F. Künzler (SP):** Ich erspare Euch eine klimapolitische Rede an dieser Stelle und ich erspare Euch auch eine Rede zur Marktwirtschaft und der Funktionsweise des Marktes. Strom wird produziert, Strom wird verbraucht – dummerweise ist Strom aber kein on demand Ding und deshalb sind die Produktions- und Verbrauchskurven nicht kongruent. Das Postulat will über den Strompreis die beiden Kurven angleichen, und das ganz marktwirtschaftlich. Wenn nämlich das Angebot steigt, dann sinkt der Preis – und umgekehrt. Das Postulat verlangt, dass der Stadtrat und Stadtwerk diese Mechanismen aufzeigen und dem Grossen Gemeinderat dann einen Vorschlag unterbreiten, über den wir dann befinden können.  
Wie im Text erwähnt, sollte das Ansinnen nicht dazu verwendet werden, dass der Bevölkerung eine Strompreiserhöhung durch die Hintertür hineingedrückt wird. Und gleichzeitig ist es aber auch ein grünes Postulat, weil es den Anreiz schafft, dass nicht-kritischer Stromverbrauch auch tatsächlich dann erfolgt, wenn viel Solarstrom verfügbar ist.  
Vielen Dank für die Unterstützung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor. Das Wort hat Pascal Rütsche von der SVP.

**P. Rütsche (SVP):** Mit diesem Postulat möchte man das heutige Tarifsystem von Hoch- und Niedertarif in Winterthur ändern und den Verhältnissen der Stromproduktion in der Schweiz anpassen. Dass im Sommer immer mehr eine Überproduktion stattfindet, lässt sich nicht abstreiten. Tatsächlich importiert die Schweiz im Winter immer mehr Strom aus dem Ausland. Mit dem Abschalten der Atomkraftwerke und Investitionen von Energieprojekten (v.a. auch im Ausland anstatt in der Schweiz) verschärft sich dieses Problem zusätzlich. Eine Überproduktion im Sommer findet v.a. durch den vermehrten Einsatz von PV-Anlagen statt. Diese Energie kann aus heutiger Sicht noch nicht ganz befriedigend gespeichert werden. Die Netzbetreiber sind gefordert, die Spitzenzeiten der Produktionsanlagen zu glätten und sinnvoll über die Tages- und Nachtzeit zu verteilen. Eine grosse Schwierigkeit besteht darin, dass PV-Anlagen wetterabhängig produzieren und bei einem Netzausfall die PV-Wechselrichter vom allgemeinen Netz getrennt werden.

Die Verteilung der Netzproduktion und der Verbraucher über den Tag/Nacht-Zyklus verhindert, dass das Stromnetz überlastet wird. Deshalb haben schon früher viele Netzbetreiber die sogenannten Nieder- und Hochtarife wie auch die Spitzenzeiten eingeführt, damit die Stromtransporte und Verteilung nicht überlastet werden und der teure Spitzenstrom nicht zusätzlich eingekauft werden muss. Als Anmerkung: Viele Netzbetreiber verlangen heute noch einen Sperrbefehl über den Mittag. Der sogenannte «Lastabwurf» ist auch bei Stadtwerk Winterthur für eine Wärmepumpe über 30kW oder für Elektroboiler in den Werkvorschriften vorgeschrieben. Grundsätzlich müsste, falls der sogenannte Niederstromtarif tagsüber im Sommer eingeführt wird, die verschiedenen Sperrbefehle und die Nachtfreigabe für Boiler aufheben oder verschieben. Ob Stadtwerk Winterthur dazu bereit ist, hinsichtlich der Netzbelastung – das wird sich zeigen.

Grundsätzlich lässt sich über ein neues Tarifmodell diskutieren. Für die SVP ist es aber wichtig, dass eine Änderung für die Strombezügerinnen und Strombezüger von Vorteil ist. Vergessen wir nicht: In Winterthur sind die Stromtarife immer noch viel zu hoch. Eine Anpassung nach unten wäre dringend nötig, so dass die Energiekosten in Winterthur gesenkt werden können. Leider gibt es dafür seitens Stadtrat bisher kein positives Zeichen.

Wir bezweifeln, dass eine Änderung von Hoch- und Niedertarif in Sommer- und Wintertarif oder ein anderes Tarifmodell einen Vorteil für die Endkunden von Stadtwerk Winterthur mit sich bringt. Im Gegenteil, es besteht sogar die Gefahr, dass die Energiekosten für den einen oder anderen zusätzlich steigen. Z.B. für die Eigentümer, die ihre Ölheizungen durch eine Wärmepumpe ersetzt haben, die bekanntlich v.a. im Winter mehr elektrischen Strom verbrauchen. Damit besteht die Gefahr, dass sie dann doch höhere Energiekosten haben.

Zusammengefasst: Wir sind der Meinung, dass eine Tarifsteuerung mit diesen Vorgaben zu höheren Energiekosten in Winterthur führt, v.a. über den Winter. Nur einen Wintertarif lehnen wir ab. Zusätzlich müssten die Sperrzeiten am Mittag und die Nachtfreigabe für den Boiler im Sommer abgeschafft oder verschoben werden. Wir bitten den Stadtrat, das auch zu überprüfen (das ist leider im Postulat nicht drin), sonst kann die Energie zu Niedertarifen nicht vollständig genutzt werden.

Im Hinblick auf die Ankündigung des Bundesrats bezüglich der allgemeinen Strommarktöffnung wäre für uns ein jetziger Tarifwechsel viel zu früh angesetzt. Aus diesen Gründen kann und wird die SVP-Fraktion das Postulat nicht unterstützen.

**M. Nater (GLP):** Fredy Künzler hat hier ein sehr liberales Postulat eingereicht. Er will die Tarife, die den Markt besser abbilden. Wörtlich schreibt er: «Berücksichtigt man die üblichen Markt-Mechanismen von Angebot und Nachfrage, ist das herkömmliche Regime der Hoch- und Niedertarife falsch, wenn nicht gar widersinnig.» Dieses Anliegen verdient natürlich die Unterstützung der GLP.

Wenn man Marktregeln verändert, gibt es immer Gewinner und Verlierer. Damit es aber fast keine Verlierer gibt, hat er nun noch den Satz eingebaut. Die Stromkosten für den durchschnittlichen Strombezüger sollen nicht höher werden. Leider sieht sich jede Person und jede Firma als durchschnittlicher Strombezüger. Das heisst nach der Gauss-Verteilung, müssen die ganz Links und ganz Rechts eventuell ein bisschen mehr für den Strom zahlen.

Leider wird die Tarifanpassung noch weiter eingeengt, da er vor allem zeitliche Veränderungen in den Tarifen vorsieht. Es sind keine konkreten Hinweise auf die Förderung von erneuerbarer Energie enthalten. Ein Modell über reine Zeitentarife könnte schlimmstenfalls dazu führen, dass Strom aus Bandlast wie graue Energie gefördert wird, welcher nachher mit Zertifikaten in Wasserkraft umgewandelt wird.

Wir von der GLP erwarten daher von Stadtwerken mehrere Varianten für eine neue Tarifstruktur, welche eine Diskussionsgrundlage bilden. Eine dieser Varianten soll wegen der hohen Schwankungen der Strompreise auch ein dynamisches Strommodell für Privatkunden enthalten.

Wir von der GLP sehen in dem leider nicht abgestimmten Postulat Risiken für Fehlanreize, aber noch mehr Chancen für eine gründliche Analyse der Tarifstruktur. Wir würden uns freuen, wenn Stadtwerk mit diesem Postulat die Chance nutzt, Vorschläge für die Stromtarife

im Sinne der Kunden und zu Gunsten der Ökologie anzupassen. Daher unterstützten wir die Überweisung des Postulats.

**Ch. Maier (FDP):** Eine Bestimmung von Preisen gemäss Angebot und Nachfrage, das begrüßen wir natürlich als FDP-Fraktion, und freuen uns entsprechend über die Gedanken dieses Postulats. Wir sind offen für ein neues Stromtarifmodell, so lange es die richtigen Anreize setzt, die Realität abbildet, mit vernünftigem Aufwand umsetzbar ist und Haushalte und Gewerbe in der Summe nicht mehr belastet.

Leider steht der Theorie des Postulats aber aktuell noch die komplexe Praxis gegenüber. Der Anteil Fotovoltaik-Strom liegt im tiefen einstelligen Prozentbereich. Den Hauptanteil bezieht Winterthur aus Wasserkraft. Stadtwerk Winterthur ist primär Stromhändler und nur in geringem Mass selbst Produzent. Unser Tarifmodell muss somit v.a. mit dem Tarifmodell der Lieferanten kompatibel sein. Vor diesem Hintergrund ist das aktuelle Modell immer noch zeitgemäss.

Zu diesem Schluss wird wohl auch Stadtwerk kommen bei der Beantwortung. Wir möchten der Verwaltung deshalb den unnötigen Aufwand ersparen und lehnen den Antrag ab.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt dieses Postulat auch. Es wurden viele Sachen schon gesagt, ich halte mich deshalb kurz. Wir sind auch der Meinung, dass es sinnvoll ist, die Tarifpolitik gemäss effektivem Potenzial anzupassen, das immer mehr und immer deutlicher sichtbar wird. Natürlich ist der PV-Anteil, wie es gesagt wurde, noch ein kleiner Teil im Gesamtmix, aber er ist laufend steigend. Und es ist sicher richtig und wichtig, dass man die Konsumenten auch ein bisschen in diese Richtung führt. Ich selbst habe z.B. mit der PV-Anlage auf dem Dach auch schon verschiedene Sachen angepasst zu Hause: Wir lassen die Waschmaschine bewusst nur dann laufen, wenn die Sonne scheint, wir versuchen auch, das Backen auf solche Zeiten zu legen. Das lässt sich ohne weiteres zu einem gewissen Prozentsatz durchsetzen und auch durchführen. Ich glaube, solche Verhaltensweisen sollten wir auch versuchen zu fördern. Ein solches Tarifmodell könnte das tatsächlich, bis zu einem gewissen Grad, ein bisschen steuern.

Insofern glaube ich auch nicht, dass es derart viele Probleme gäbe, wenn man jetzt den Strom noch ein bisschen verteuern würde. Die Angstmacher-Propaganda, dass dann die Wirtschaft zusammenbricht, ist für 99% (auch von der Wirtschaft) irrelevant. Es gibt ganz wenige Wirtschaftsbetriebe, die wirklich irgendwie signifikant am Strompreis hängen.

Ich bin der Meinung: Strom ist ein so absolut wichtiges Gut und eine so absolut wichtige Energie, dass wir das als Basis sichern dürfen und müssen, und das dürfen wir auch noch ein bisschen verteuern. Und das kann man auch zur Steuerung verwenden, das ist auch eine Strategie, die wir verwenden.

Ich danke für die Unterstützung dieses Postulats.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Das Anliegen von Fredy Künzler ist naheliegend. Auch aus meiner Sicht ist das heutige Tarifmodell eigentlich widersinnig. Eine Angleichung an die Wirklichkeit soll überprüft werden. Wichtig dabei ist, dass auch die neue Lösung kundenfreundlich ist, klar und einfach. Logisch ist auch, dass die neue Lösung kostenneutral sein muss. Dabei darf sie durchaus steuernd sein: Entsprechend soll der Strom dann, wenn er günstig produziert werden kann, auch günstig dem Endkunden weitergegeben werden.

Bedenken habe ich dort, wo Fredy Künzler sagt, er könne sich vorstellen, dass es im Winterhalbjahr höhere Tarife gibt als im Sommerhalbjahr. Bedenken deshalb, weil mir gerade kürzlich eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern ihre Sorge über die hohe Stromrechnung geklagt hat. Ich musste ihr dann sagen, die nächste Stromrechnung werde aufgrund von Corona höher, und zwar massiv höher, weil ihre drei Kinder über Wochen zu Hause waren und mehr Strom gebraucht haben als im Normalfall. Solche Schwankungen sind für Tiefverdiener schwierig auszugleichen. Entsprechend muss man nach Möglichkeit dafür sorgen, dass es keinen saisonalen Ausgleich gibt.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden das Postulat grossmehrheitlich unterstützen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Als ich das Postulat von Fredy Künzler das erste Mal las, fand ich das auch noch attraktiv, denn im Grundsatz möchte er ja, dass wir die Tarife, die wir heute haben, die über die Tageszeiten abgestuft sind, auch überlagern mit einer saisonalen Struktur. Das tönt auf den ersten Blick sehr attraktiv.

Ich muss aber ein paar wichtige Sachen dazu sagen, die uns dazu gebracht haben, dass wir Ihnen die Überweisung nicht empfehlen. Zum einen erstaunt es mich, dass es hier drinnen keine Stromproduzenten hat. Ich als PV-Produzent, als PV-Anlagenbesitzer, weiss, dass es über den Tag, wenn meine PV-Anlage Strom produziert (das ist der Hochtarif), bekomme ich auch mehr Einspeisevergütung, weil eben Hochtarif ist. Wenn wir bei Stadtwerk gerade dann, wenn die Sonne scheint, einen tieferen Preis geben bei denen, die konsumieren, müssen wir zwangsläufig auch denen, die produzieren, eine tiefere Einspeisung geben. Das hat am Schluss auch einen negativen Anreiz für PV-Anlagen. Wir müssen das weitergeben, wenn wir dann einen tieferen Preis verlangen. Das ist nur so eine Randbemerkung, weil ich festgestellt habe, dass wohl nur sehr wenige in diesem Rat eine PV-Anlage besitzen.

Ich habe aber etwas anderes, das mich mehr dazu bringt, die Überweisung dieses Postulats nicht zu empfehlen. Das ist, weil wir nämlich angewiesen sind auf unser Vorliegernetz. Unser Vorliegernetz ist das Netz, das uns den Strom liefert, das ist die AXPO. Die AXPO hat einen Preis, den sie uns verrechnet. Diese Preise entsprechen genau den Tarifzeiten, die wir auch den Kunden weiterverrechnen. Wenn Sie eine andere Modulierung der Zeiten haben, dann hat das zur Folge, dass bei den einen Zeiten die Marge extrem klein wird und bei der anderen Zeit dann die Marge sehr hoch wird, aufgrund der Vorgabe, die Sie im Postulat gemacht haben. Das macht aus meiner Sicht keinen Sinn. Wir müssen uns immer den Zeiten von unserem Einspeiser anpassen, denn das gibt am Schluss auch die ehrlichste Tarifweitergabe an unsere Kunden.

Was im Strom ganz schwierig ist, das hat Pascal Rütsche auch gesagt, ist wenn die Leistungsspitze vergrössert wird. Wenn die Leistungsspitze am Tag sehr gross wird, dann hat das zur Folge, dass wir das Netz auf das ausrichten müssen. Und ich muss Ihnen sagen: Der Unterschied zwischen der Stromkonsumation in Winterthur zwischen Winter und Sommer ist sehr klein. Wir haben im Winter ca. 10% mehr Strom, der konsumiert wird von unseren Kunden im Total, als im Sommer. Das ist relativ wenig. Das zeigt, dass die saisonale Schwankung nicht so gross ist. Die grosse Schwankung ist in der Tageszeit, zwischen Nacht und Tag. Und das wollen wir auch in Zukunft weitergeben an die Konsumenten, dass wir einen Anreiz schaffen, dass man in der Nacht konsumiert und wenn möglich nicht am Tag. Denn sonst wird die Leistungsspitze, die wir jetzt nach wie vor haben am Tag (die kann sich vielleicht ändern, wenn wir viel mehr PV-Strom haben, dass wir dort noch mehr Überkapazität haben). Aber zurzeit ist es so, dass wir nach wie vor einen Anreiz schaffen müssen, dass in der Nacht Strom konsumiert wird.

Wir haben also mehrere Probleme. Ein Problem wäre, wenn wir auf saisonale bzw. wetterabhängige Tarife ändern würden, dass die dynamische Tarifierung gesetzlich nicht erlaubt ist. Wir können von der Kundschaft nicht einen höheren Preis verlangen, wenn es schlechtes Wetter ist, und wenn es schön ist, können wir nicht mit dem Preis heruntergehen, weil dann mehr PV-Strom produziert wird. Das ist nicht erlaubt.

Und was wir auch schlecht finden bei der Idee des saisonalen Tarifs, der im Postulat gefordert ist, ist dass man damit eigentlich genau diejenigen straft, die einen Teil zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Ausstösse beitragen, nämlich genau die, die aus der fossilen Wärmeversorgung aussteigen (Erdgas, Erdöl), und sich einem Quartierwärmeverbund anhängen oder eine Wärmepumpe beschaffen. Das sind nämlich alles Anlagen, v.a. die Wärmepumpen, die dann Strom brauchen. Die eben gerade dann Strom brauchen, wenn Ihr als Postulanten einen höheren Tarif verlangen wollt – nämlich im Winter. Und das ist aus unserer Sicht genau das, was wir nicht wollen: Dass wir diejenigen, die einen Teil beitragen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion (und zwar einen grossen Teil), dass wir die dann mit einer höheren Energierechnung am Schluss noch bestrafen.

Aus Sicht des Stadtrates empfehlen wir Ihnen, das nicht zu überweisen.

Und es haben mehrere Leute gesagt: Ich sehe hinter dem Postulat das und das... Die Spielregel ist natürlich ganz klar: Wir werden das Postulat nach dem beantworten, was wir schriftlich haben. Es wird für uns zu kompliziert, wenn ich jetzt die einzelnen Voten noch miteinbeziehe, die dann auch noch etwas sehen. Der Antrag ist klar. Da muss ich diejenigen enttäuschen. Es hiess von Pascal Rüttsche, er wolle noch etwas drin haben. Markus Nater sagte noch etwas, was er im Postulat haben möchte. Wir werden uns an das Postulat halten, das wir auf dem Tisch haben.

**F. Künzler (SP):** Das würde ich alles gerne in der Postulatsantwort lesen, was Du jetzt da vorgetragen hast, weil ich die Hälfte schon wieder nicht mehr weiss. Was Du jetzt gesagt hast, das ist schon fast die halbe Antwort.

Was mich schon relativ verwundert, ist dass die FDP (v.a. die FDP, die sich immer so ultraliberal gibt) das nun ablehnt, obwohl es ja eigentlich ein sehr liberaler Gedanke ist. Ich sage nicht, meine Anfrage/mein Postulat sei wirklich fertig und bis ins Letzte durchdacht, aber es soll ja eine Debatte anstossen. Und deshalb danke ich allen, die das unterstützen. Denn genau das, was Stefan jetzt erzählt hat, noch ein bisschen ausführlicher - das möchte ich gerne hören und lesen, damit man nachher über das diskutieren kann. Danke für die Unterstützung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Danke, Fredy. Ich nehme an, Du willst trotzdem, dass wir das Postulat überweisen, auch wenn Du die Antwort jetzt schon hast?

**F. Künzler (SP):** Nein, die habe ich noch nicht. Ich habe nur den Ansatz einer möglichen Antwort gehört. Ja, sehr gerne.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir stimmen ab.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer das Postulat nicht überweisen möchte, soll aufstehen.

Ihr habt das Postulat mit einer grossen Mehrheit überwiesen.

## 24. Traktandum

**GGR-Nr. 2020.23: Begründung des Postulats K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), M. Zehnder (GLP), G. Stritt (SP) und I. Kuster (CVP) betr. Comeback des Laubrechens**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Comeback des Laubrechens. Das Wort hat die Erstpostulantin Katharina Frei.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Mit dem Postulat Comeback des Laubrechens wird der Stadtrat eingeladen, in einem Konzept darzulegen, wie Stadtgrün Winterthur möglichst bald auf die benzinbetriebenen Laubbläser verzichten kann. Warum sind wir zu diesem Vorstoss gekommen? Zum einen ist der Einsatz von Laubbläsern mit einigen negativen Begleiterscheinungen verbunden, die uns allen wahrscheinlich schon ziemlich bekannt sind. Trotzdem 5 Punkte in aller Kürze:

1. Laubbläser können mit bis zu 100 Dezibel lauter als ein Presslufthammer werden.
2. Als Zweitaktmotoren gelten Laubbläser als Dreckschleudern per se. Der Schadstoffausstoss übersteigt denjenigen von einem PKW bei weitem, mit dabei ist leider auch der besonders unangenehme Feinstaub.
3. Laubbläser verteilen Mikroben, Pilze, Unrat und Tierkot fein in der Luft, was sowohl für die Mitarbeitenden von Stadtgrün als auch Passanten gesundheitlich bedenklich sein könnte.
4. Ausserdem schädigen diese Geräte die Bodenfauna mit ihren kleineren und grösseren Vertretern, v.a. beim Einsatz auf unversiegelten Flächen.

5. Der vollständige Abtransport vom Laub entzieht dem Boden Nährstoffe und behindert so die natürliche Humusbildung unnötig.

Jetzt zur Chance, die mit einem Verzicht auf diese Geräte verbunden ist. Winterthur ist 2017 zusammen mit Luzern als erste Schweizer Stadt mit dem Label «Grünstadt» ausgezeichnet worden. Das Label steht für eine besonders sorgfältige Gestaltung und Pflege der Grünflächen. Winterthur kann sicher stolz sein auf dieses Label: Seine Stärken im Umgang mit dem kostbaren Grün werden gewürdigt.

Und andererseits zeigt es Potenzial: Luzern, das zur gleichen Zeit ausgezeichnet wurde, hat inzwischen sein Grünflächenmanagement neu aufgegleist und in diesem Zug einen komplett neuen Umgang mit dem Laub gefunden. Z.B. kam man weg von der Null-Toleranz, d.h. es gibt viele Flächen, wo man das Laub ganz einfach liegen lässt. An anderen Orten nimmt man es zwar mit dem Rechen zusammen, macht aber Haufen unter Wildhecken oder anderen Sträuchern, wo es niemanden stört und der Natur sogar nützt.

Jetzt wieder zu Winterthur: Ich glaube, dass diesen Prinzipien auch schon bei Stadtgrün Winterthur zum Teil nachgelebt wird. Anfangs Mai konnte man dann auch in der Presse lesen, dass die Grünstadt Winterthur die Abteilung Ökologie (also Stadtgrün) personell verstärkt hat und damit ganz besonders die Förderung der Biodiversität vorantreiben will. Ein Verzicht auf die Laubbläser würden wir vor dem Hintergrund des Grünstadtlabells und den neuesten Bestrebungen zu mehr Biodiversität geradezu als logischen Schritt in die richtige Richtung sehen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

**Ratspräsident D. Oswald:** Das Wort hat Raphael Perroulaz für den Ablehnungsantrag.

**R. Perroulaz (FDP):** Einer Gesellschaft muss es sehr gut gehen, wenn darüber diskutiert wird, ob Laub durch die Luft fliegt oder durch die Krallen eines Rechens gesammelt wird. Was banal tönt, ist es auf eine Art nämlich auch. Und ich kann da nur anmerken, auch ein bisschen auf das eingehend: In China ist ein Sack Reis umgefallen und Winterthur diskutiert über einen technischen Rückschritt ins letzte Jahrhundert, zurück zu anno dazumal in die Zeit, wo das Sahlenweidli noch von Meister Gotthelf höchstpersönlich bewirtschaftet wurde. Bereits vor zwei Jahren hat der Stadtrat auf eine thematisch ähnliche Anfrage der Grünen insbesondere auf das Strassengesetz hingewiesen. Für die Verkehrssicherheit von Autos und übrigens auch Drahtesel muss Laub wegen Rutschgefahr entfernt werden. Sicherheit darf nicht vernachlässigt werden. Trotzdem fordert eine Mehrheit dieses Rats ein Comeback des Laubrechens.

Mit den heutigen Ressourcen wäre das Einsammeln vom Laub nicht gleich gut möglich und würde geschätzt wohl den doppelten Zeitaufwand bedeuten. Es handelt sich auch um einen zu operativen Eingriff in die Tätigkeit der Verwaltungsbereiche. Es tangiert ja mehr als einen Bereich.

Die Entschärfung der Null-Laub-Toleranz, die im Postulat angesprochen wird, ist denkbar. Aber die optimale Belüftung des Bodens ist für das Pflanzenwachstum von Bedeutung. Dass ich das der linken Seite erklären muss, verwundert mich. Sonst kann auch der Bodenaufbau darunter (also der Rasen) beschädigt werden. Die wunderschönen Parks in unserer Stadt würden wohl darunter leiden, optisch sicher.

Es müssen wohl zuerst die Anforderungen ans Erscheinungsbild definiert werden. Entweder wird also weniger Laub eingesammelt, wie das Katharina erwähnt hat, oder es wird mehr Personal eingestellt, was unweigerlich zu unerwünschten Mehrkosten führt.

Der Benzinverbrauch und auch der Lärm von heutigen Lärmbläsern sind enorm und auch völlig unbestritten. Mit der technischen Weiterentwicklung wird das aber reduziert. Gesamtstädtisch werden heute immerhin 1/3 der vorhandenen Geräte elektrisch betrieben. Aber sie erzielen eben weniger Leistung als die Geräte, die mit umwelt- und gesundheitsschonendem Gerätebenzin (das nennt sich so) betrieben werden.

In den Unterhalt der Stadt fallen gemäss Baumkataster (also nur die, die dort eingetragen sind) über 13'000 Bäume. Jeden Herbst fallen also Hunderte, wenn nicht Tausende Tonnen Laub ab. Die Arbeit ist also nicht nur mühsam, sondern einfach auch schier endlos.

Ich fordere deshalb alle heute diesem Postulat zustimmenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf, in diesem Herbst zum Wohle unserer Stadt mindestens 1 Tag Laub zu rechen. Die FDP-Fraktion wird also diesem Postulat nicht zustimmen, aus finanziellen und operativen Überlegungen, und beantragt die Ablehnung.

**D. Roth-Nater (EVP):** Wir sind uns bestimmt alle einig, dass Laubbläser sehr laut sind. Bei einer Lautstärke von über 100 Dezibel (die gesetzliche Obergrenze für Konzertveranstaltungen) begibt sich niemand gerne in die Nähe solcher Lärmquellen. Es ist aber nicht nur wegen dem Lärm, sondern genauso wegen dem Aufwirbeln des Feinstaubes. Denn der Feinstaub, das ist wissenschaftlich nachgewiesen, das ist der Feinstaub, der unseren Lungen nicht gut tut. Das sollte uns ein bisschen beunruhigen.

Wenn ich darüber nachdenke, wie wir mit unseren Grünflächen umgehen und der Natur keine Chance lassen, sich auf ihre natürliche Art und Weise zu regenerieren, so bin ich überzeugt, dass wir mit dem Comeback of the Laubrechen einen Schritt in die richtige Richtung machen. Was die Arbeitstechnik und den Stundenaufwand betrifft, sind wir mit Stadtgrün bestimmt gut aufgestellt. Ich bin sicher, dass die Mehrarbeit, die durch Wischen und Rechen anfällt, gut organisiert werden kann.

Die Einsätze sind nicht zuletzt durch Arbeitslose und Asylsuchende, die sogar ohne Gehör- schutz arbeiten können, gerne und auch gut zu erledigen. Ich lade Sie alle ein, dieses Postulat miteinzureichen. Auch bei diesem Postulat geht es ein kleines bisschen um CO2-Reduktion.

**M. Zehnder (GLP):** Wir unterstützen dieses Postulat, weil aus unserer Sicht ein Umdenken bei den Strassensäuberungs- und Laubbekämpfungsmassnahmen braucht. Zum Thema optimalen Einsatz von Laubbläsern kann ich aus meinen Beobachtungen sagen, dass da einiges an Verbesserungspotential vorhanden ist. Anfangs Herbst, wenn die Bäume noch voller Laub sind, sieht man bereits die ersten mit dem Laubbläser auf der Suche nach eventuell schon heruntergefallenen Blättern. Mitte Herbst könnte man meinen, es gehe um eine Tatortsäuberung, wenn man sieht, wie die Plätze sauber geputzt werden. Ich habe also auch schon gesehen, dass nach einem regnerischen Tag der Rasen im Park so weit behandelt wurde, dass sogar das Wasser weggeblasen wurde. Der restliche Blattbestand der Bäume hatte dann also trockenen Boden zum Landen. Gegen Ende des Herbstes, wenn dann die letzten Schlupflöcher für die Insekten und Kleinsttiere vernichtet wurden, rennt man mit dem Laubbläser den letzten Blättern hinterher. Sie blasen sogar Laub unter den Gebüschern heraus, dort, wo es eigentlich windgeschützt wäre und nicht auf der Strasse landen würde. Wenn man nach dem Paretoprinzip das Laub entfernen würde, könnte man mit den Laubrechen solche Arbeit in kurzer Zeit erledigen. Es hat ja anfangs und Mitte Herbst meistens noch Laub auf den Bäumen. Dann genügt es locker, wenn man mit 20% der Zeit 80% des Laubs wegbringt. Der Platz unter den Bäumen wird ja sowieso bald wieder von Blättern übersät sein. Wenn man die Lärmbelastung dieser Super-Windmaschinen reduzieren könnte, dann wäre das auch ein grosser Gewinn für die Gesellschaft. Gerade jetzt, wo die Fluglärmbelastung auf ein erträgliches Mass reduziert worden ist, sollte man auch einmal über das Problem der Laubbläser sprechen können und eine ökologischere und leisere Variante bevorzugen.

**G. Stritt (SP):** Die SP unterstützt dieses Postulat. Beim Einsatz der Laubbläser werden wegen der enormen Luftgeschwindigkeit und der Hitze die Kleinlebewesen vernichtet und ihre Rückzugsmöglichkeiten und der Winterschutz entfernt. Die Insekten, Würmer und Kleintiere sind aber wichtig, denn sie zersetzen Laub zu Humus und sind die unentbehrliche Nahrungsgrundlage für viele Tiere wie Singvögel, Eidechsen und andere. Laubbläser wirbeln Staub auf und setzen Feinpartikel frei, was gerade für allergiegeplagte Leute eine zusätzliche Belastung bedeutet. Zudem sind Laubbläser aufgrund der grossen Lärmemissionen, die oftmals über 100 Dezibel betragen, auch gesundheitsschädigend, denn das ist über dem unbedenklichen Mass.

Seit der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Renate Dürr von den Grünen zum im Einsatz von Laubbläsern in der Stadt Winterthur sind ca. 3 Jahre vergangen. Damals waren

2/3 benzinbetriebene und 1/3 elektrisch betriebene Laubbläser im Einsatz. Der Stadtrat war damals der Meinung, dass er die Laubbläser effizient und effektiv einsetzt und keine Gründe dafür sprechen, etwas zu verändern. Begründet wurde der Einsatz v.a. mit der Sicherheit. Diese wird über alles gestellt, über die Natur und auch über die Gesundheit der Bevölkerung. Andere Städte wie z.B. Luzern sehen das ganz anders. Da wurde erkannt, welcher grossen Nutzen das Laub für die Biodiversität, die Menschen und die Natur ganz allgemein hat. Im Laubkonzept wird u.a. festgehalten, dass nur wo absolut notwendig Laub abtransportiert wird. Nach Möglichkeit wird das Laub nur noch an gewissen Orten entfernt und wird an anderen Orten, unter Hecken und Sträuchern, wieder verteilt und so dem Naturkreislauf zurückgegeben. Auf ökologisch wertvollen Flächen arbeiten die Stadtgärtnerinnen und -gärtner in Luzern mit Rechen und Besen. So bleiben auch die Pflanzensamen liegen und können im Folgejahr wieder keimen.

Schaut man über die Grenze, so sieht man, dass in Deutschland ein Verbot von Laubbläsern gefordert wird und in Österreich ist ein solches bereits seit 2014 in Kraft.

Wie wir vorhin schon gehört haben, hat Winterthur das Silberlabel Grünstadt der Schweizerischen Stadtgärtnereien und Gartenbauämter erhalten, das eigentlich Städte mit ökologischen Konzepten speziell auszeichnet. Dazu gehört sicher auch der zurückhaltende Umgang mit Laubbläsern. Gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, damit wir die kommenden Herausforderungen bewältigen können. Der Griff zum Rechen ist nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Ohren angenehmer als der Laubbläser.

Besten Dank für die Unterstützung dieses Postulats.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen das Postulat Comeback des Laubrechens.

Wer kennt das nervige, laute Geräusch der Laubbläser nicht? Auch im schönen Stadtwald begegnet man dem Lärmverursacher. Abgesehen vom Lärm, frage ich mich auch immer wieder, wie effizient diese Geräte überhaupt sind.

Zeit, sich das ganze Geschäft mal grundlegend anzusehen. Wir sind gespannt auf die Antwort des Stadtrates und auf die verschiedenen Varianten. Zusätzlich zu den von meinen Vordnern erwähnten Gründen wie Umweltschutz und Biodiversität sehen wir natürlich auch die Chance, dass zumindest teilweise auch ein Arbeitsintegrationsprojekt daraus gemacht werden könnte.

Laubbläser sollen nur noch dort, wo unbedingt angezeigt, im Einsatz sein. Und wir freuen uns, wenn die Ruhe im Wald, im Park im Herbst zurückkehrt.

Und wenn am nächsten GGR-Event Laubrechen angesagt ist, von Hand, komme ich natürlich, wenn es möglich ist, gerne mit und freue mich, mit Raphael Laub zu rechnen.

**D. Pezzotta (SVP):** In einer Zeit, in der die ganze Welt aufgrund eines Virus stillsteht oder stillgestanden ist, ist es beruhigend, nach dem Lockdown wieder von weltlichen Problemen wie benzinbetriebenen Laubbläsern zu sprechen. Wobei: Auch da geht es um Viren, wie dem Postulat zu entnehmen ist.

Vorneweg ist festzuhalten, dass die SVP-Fraktion zu diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen hat. Grundsätzlich möchte die SVP als liberale Partei keine unnötigen Vorschriften machen. Auch ist es nicht so, dass wir grundsätzlich und absolut auf Laubbläser verzichten wollen. Es gibt durchaus Orte, z.B. Steilhänge, wo ein Laubbläser durchaus Sinn macht. Aber das sind meines Erachtens Ausnahmen. Ich bin nicht der Meinung, dass sowohl der Lärm wie auch das unnötige Weg- und Herumblasen der Blätter nötig und nützlich ist.

Wobei: Ich bin nicht ganz sicher, was dieses Postulat wirklich bekämpft. Sind das die Eingriffe in die Natur, also der unterbrochene biologische Kreislauf, oder ist es der Lärm von über 100 Dezibel? Ich bin der Meinung, dass beides verhindert werden kann und soll. Wobei ich dann nicht ganz verstehe, weshalb hauptsächlich über die benzinbetriebenen Laubbläser gesprochen wird respektive mindestens diese zu verbannen sind, so wie das Postulat das verlangt. Offensichtlich sind elektrisch betriebene Laubbläser weniger schädlich für die Natur. Oder man darf auf keinen Fall elektrisch betriebene Geräte in Verruf bringen.

Der Stadtrat soll das Postulat dafür einsetzen, dass der Verzicht auf diese lauten Geräte auf manuelle Rechenarbeit abgestützt werden kann. Denkbar seien auch Arbeitsintegrations- oder Beschäftigungsprogramme oder Natureinsätze, wie z.B. Umwelteinsatz Schweiz. So könnte man der Natur und dem Menschen helfen.

Ich hoffe aber auch, dass dieses Postulat nun nicht dafür missbraucht wird, um unnötige und kostspielige Projekte zu starten - ganz speziell in einer finanziell schwierigen Zeit.

**Stadtrat St. Fritschi:** Aus den Ausführungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier habe ich auch herausgehört, dass Ihr nicht nur Laubbläser von Stadtgrün seht und beobachtet. Ich muss da schon klarstellen: Das ist nicht ein Monopol, das Stadtgrün hat. Einen Laubbläser kann jeder und jede kaufen, und diese Geräte sind weitverbreitet. Und auch innerhalb der Stadt haben wir natürlich auch diverse andere Stellen (ich denke da an das DSS mit den Hauswartungen, ans Tiefbauamt mit den Laubbläsern). Aber ganz viele private Liegenschaftsverwaltungen haben Laubbläser, auch Private haben Laubbläser. Ich wehre mich dagegen, dass das bei den geschilderten Beobachtungen immer Stadtgrün war.

Ich kann Euch nämlich ein paar Dinge sagen, einfach damit Ihr seht, wie wir uns Mühe geben, dass wir das Laubmanagement verbessern. Wir haben einfach keine Medienorientierung gemacht wie die Stadt Luzern. Aber seit 2,5 Jahren haben wir eine Weisung, wie wir Laubbläser einsetzen bei Stadtgrün. Da hat es ganz klare Grundsätze, dass wir den Einsatz auf das absolut Notwendige und Sinnvolle beschränken, dass die Geräte stets auf dem neuesten Stand bezüglich Lärm und Abgasemission sind und dass die Energieeffizienz grossgeschrieben sein muss. «Gebläse und Sauggeräte werden nur eingesetzt, wenn sie eine deutliche Effizienzsteigerung gegenüber der Handarbeit gewährleisten. Grundsätzlich werden Elektrogeräte eingesetzt. Benzinbetriebene Geräte gelangen zum Einsatz, wenn die Effizienz mit den Elektrogeräten nicht gegeben ist, insbesondere im Herbst bei grossem Laubanfall sowie bei Nässe.»

Wir bei Stadtgrün haben 24 benzinbetriebene Laubbläser und 23 mit Elektro. Das ist also eine Verbesserung gegenüber der letzten Antwort. Wir haben jetzt also halb-halb. Wir haben den zeitlichen Einsatz mit dieser Weisung auch eingeschränkt. Wir blasen also nur an Werktagen, wir sind am Mittwochnachmittag auf den Schulanlagen nicht mit den Bläsern unterwegs. Und auf den Friedhöfen setzen wir bei Beisetzungen und Abdankungen auch keine Laubbläser ein.

Ich gehe davon aus, dass Euch das nicht bewusst ist: Bei Stadtgrün haben wir die Stunden gerechnet, wie viele Male wir von Hand rechnen und wie oft wir mit dem Laubbläser unterwegs sind. Es ist so: 14'000 Stunden rechnen wir von Hand mit dem Rechen und nur die Hälfte, nur 7'000 Stunden mit dem Laubbläser. Ich glaube, das ist Euch gar nicht so bewusst.

Es gibt nämlich etwas, das man nicht von Hand wegrechnen kann. Und das kann auch Luzern nicht. Das sind Zigarettenstummel. Zigarettenstummel auf dem Kies, das ist etwas fast Unmögliches, sagen mir meine Fachleute. Und das ist leider nicht so eine wertvolle Substanz für unsere Biodiversität, wenn wir ganz viele Zigarettenstummel im Kies haben. Da nützt es auch nichts, wenn wir es liegen lassen, es wird nicht schöner.

Und gerade bei historischen Anlagen gibt es höhere Anforderungen als bei biodiversen Standorten. Und davon haben wir verschiedene. Wenn man herumläuft in der Stadt Winterthur, dann sieht man, dass wir uns wirklich Mühe geben. Ihr habt sicher schon die einen oder anderen Anzeichen beobachtet, dass wir uns Mühe geben. Wir bepflanzen ganz viele Standorte mit einheimischen Pflanzen, mit biodiversen Pflanzen, und mit einer Pflege, bei der wir wenig machen, bei der wir auch das Laub liegenlassen.

Aber es gibt Standorte, an denen es aus Sicherheits-Haftungs-Fragen nicht geht, und wo die Humusbildung eben nicht sehr förderlich ist, sondern eher schädlich und eine Verwilderung ist.

Wir haben verschiedene Anlagen in Winterthur und verschiedene Qualitäten. Und wir dürfen nicht alle über die gleiche Leiste ziehen.

**Ratspräsident D. Oswald:** Besten Dank. Wir kommen zur Abweisung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bitte mit Aufstehen bezeugen.

Wer das ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.  
Ihr habt das Postulat eindeutig überwiesen.

## 25. Traktandum

### **GGR-Nr. 2020.56: Begründung des Postulats M. Gross (SVP) und Z. Dähler (CVP/EDU) betr. Sicherstellen der nachhaltigen Energieversorgung im Inland: Ausstieg aus den Beteiligungen von Stadtwerk mit mehrheitlich ausländischen Energie-/Finanzinvestments**

---

**Ratspräsident D. Oswald:** Begründung des Postulats betreffend Sicherstellen der nachhaltigen Energieversorgung im Inland: Ausstieg aus den Beteiligungen von Stadtwerk mit mehrheitlich ausländischen Energie-/Finanzinvestments. Das Wort hat der Erstpostulant Michi Gross.

**M. Gross (SVP):** Die Postulanten stellen den Antrag, dass die Beteiligungen an der Aventron Holding AG und der Swisspower Renewables AG schnellstmöglich und mindestens zum heutigen Buchwert zu verkaufen sind. Mit dem Erlös sollen Investments zur nachhaltigen Erhöhung der Versorgungssicherheit im Inland getätigt werden.

„Im Winter fehlt der Strom“ war gestern eine Schlagzeile der NZZ am Sonntag. Verschiedenste Zeitungen, Interessensgruppen, aber auch Bundes- und sonstige Ämter und Experten warnen seit langem: „Die Schweiz setzt die Versorgungssicherheit fahrlässig auf's Spiel.“ Eine lange, schwere Strommangellage ist laut den Risikoanalysen des Bundes die derzeit grösste Gefahr für die Schweiz.

Eine solche Unterversorgung von 30% im Winter wird erwartet und zwar nicht wegen technischen Defekten, sondern nur, weil nicht genug Strom produziert, importiert oder bereitgestellt werden kann. Im Szenario des Bundes käme es für die drei Wintermonate jeweils zu mehrfachen, grossflächigen Abschaltungen, Stromrationierungen und Blackouts.

Die Folgen sind dramatisch. Der Bund rechnet mit immensen Vermögensverlusten – es gäbe ausserdem Verletzte, Kranke und Tote. Es wird mit einem Schaden von mehr als 100 Milliarden Franken gerechnet und dies bei einer Wahrscheinlichkeit von einmal in 30 bis 100 Jahren. Also deutlich wahrscheinlicher, als das, was wir jetzt gerade erleben. Dieser Vorstoss soll auch ein Weckruf an all jene sein, die sich heute in falscher Sicherheit wägen.

Der Eintritt dieser Katastrophe wird zudem immer wahrscheinlicher, weil wir durch den Ausstieg aus den fossilen Energien und der damit einhergehenden Elektrifizierung der Gesellschaft einerseits immer mehr Strom benötigen und andererseits aus Risikoüberlegungen sowie ökologischen Motiven (Stichwort: Endlagerung) aus der Kernkraft aussteigen. Dabei verlassen wir uns immer mehr auf das Ausland.

Leider machen das auch alle anderen Länder um uns herum. Müssten im Winter Beznau I und II abgeschaltet werden und erhalten wir nicht genug Kohlestrom mehr aus Deutschland oder Italien, ist es bereits passiert. Die Schweiz muss dann den Strom rationieren.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir eigenverantwortlich handeln müssen und unsere Nachfrage möglichst im Inland produzieren sollten. In einer Krise schaut jeder zuerst einmal für sich. Solidarisch kann man sich erst zeigen, wenn man selbst genug hat. Deshalb müssen wir jetzt eine resiliente Versorgung aufbauen. Und zwar eine, auf die wir im Notfall auch Zugriff haben.

Die Investments bei Aventron (30 Mio.) und Swisspower (25 Mio.) sind Finanzgeschäfte zur Beruhigung des ökologischen Gewissens. Diese Firmen investieren mehrheitlich im Ausland, an Orten, von denen nicht einmal in guten Zeiten der Strom zu uns gelangen kann. Es sind reine Finanzgeschäfte mit ökologischem Anstrich.

CO2 kennt keine Grenzen, hat mir ein Grünliberaler als Antwort auf unseren Vorstoss gesagt. Das stimmt, Markus. Aber auch ein Virus kennt keine Grenzen. Trotzdem konnten wir die

Corona-Krise erst durch Grenzschiessungen in den Griff kriegen. Wir mussten also das Heft selbst in die Hand nehmen.

Bei der Versorgungssicherheit ist es genau gleich. Aus ökologischer Sicht müssen wir jetzt handeln, um nicht bei Engpässen mit Gas, Kohle oder Dieselgeneratoren eine Notlage abwenden zu müssen. Das wäre ökologisch dann der Supergau. Das ganze, durch die Beteiligungen eingesparte CO<sub>2</sub> würde im Nu in die Luft aufgehen. Eine Notsituation oder Strommangellage hätte eine katastrophale CO<sub>2</sub>-Bilanz. Das kann doch nicht grüne Politik sein? Die Stadt Winterthur hat kein Geld vorrätig, um irgendwelche ausländischen Finanzinvestments zur Gewissensberuhigung zu machen. Wir brauchen das Geld aus diesen Investments jetzt, um die Vielzahl der Klimaprojekte, die dieser Rat bereits beschlossen hat und noch beschlossen wird, effektiv nachhaltig zu sichern. Der Erlös für den Verkauf der Beteiligungen von Aventron und Swisspower muss in die Versorgungssicherheit investiert werden.

Und noch eine Anekdote zum Schluss: Auf meinen Vorstoss hat mir Stadtwerk geantwortet, dass es wahrscheinlich nicht so einfach sein wird, diese Beteiligungen, die wir da haben, wieder abzustossen. Wenn dem so ist, so wäre die in der Rechnung 2019 ausgewiesene, fiktive Aufwertung ein Witz und es müsste eher eine Abschreibung oder Abwertung der Aktien passieren. Finden wir es heraus und verkaufen diese Beteiligungen, so lange wir es noch können.

Vielen Dank für die Unterstützung des Vorstosses.

**Ratspräsident D. Oswald:** Es liegt ein Ablehnungsantrag vor, das Wort hat Markus Nater.

**M. Nater (GLP):** Es ist interessant, was Michi Gross alles erzählt über Corona, Atom, Erdöl... Er hat ungefähr alles hineingepackt, was er konnte. Das ist ein weiterer Grund, weshalb wir den Ablehnungsantrag fast stellen müssen für den Ausstieg aus den Beteiligungen an Aventron und Swisspower.

Es sind drei Gründe im Speziellen:

1. Die Schweiz ist keine Insel, was die Wirtschaft angeht – und beim Klima erst recht nicht.
2. Corona zeigt, dass wir unsere Beziehungen in Europa stärken müssen und nicht schwächen sollten.
3. Stadtwerk hat schon jetzt genug Geld für inländische Investitionen.

Zum ersten Punkt (die Schweiz ist keine Insel): Corona zeigt uns auf, dass ein Virus globale Auswirkungen hat, wie auch die Klimaerwärmung weltweit stattfindet. Wie die Corona-Pandemie können wir auch die Klimaerwärmung nur global lösen und ein Inseldenken ist nicht zielführend. Im Weiteren sind halt Solaranlagen in Spanien und Windanlagen in der Nordsee einigesimal effizienter als eine kleine Photovoltaikanlage auf einem nach Osten ausgerichteten Dach in Winterthur.

Auch bezüglich Risiko ist wahrscheinlich ein Portfolio mit 20 Anlagen im Ausland und der Schweiz, wo die erneuerbare Energie produziert wird, nicht so kritisch. Risikoabschätzungen in der Schweiz bei Einzelanlagen sind jedoch schwieriger, da z.B. ein regionaler Wärmering in der Vergangenheit finanziell zu positiv eingeschätzt worden ist und dafür war die Risikoabschätzung zu Aquifer eher zu negativ. Da ist mir ein grösseres Portfolio lieber, um eine Abschätzung zu machen.

Zum zweiten Punkt (mit Europa und nicht gegen Europa): Das Argument, dass die internationale Solidarität in den Corona-Zeiten nicht immer funktionierte, stimmt teilweise. Aber es kann doch nicht die Lösung sein, sich nun abzuschotten und nur noch auf sich zu schauen. Gerade in Krisenzeiten merkt man, wer die guten Freunde sind, und diese muss man entsprechend mit Kontakten und Vernetzungen pflegen. Auf der anderen Seite haben wir im Strombereich die europäischen Stromdrehscheibe in der Schweiz und unsere Speicherseen sind einer der grössten Akkus von Europa, was der Schweiz eine sehr gute Verhandlungsposition gibt. Was vielleicht sinnvoll wäre, ist nicht nur Beteiligungen an den Stromerzeugungsanlagen zu haben, sondern gleichzeitig auch Abnehmer vom produzierten Strom und den Zertifikaten zu sein.

Zum dritten Punkt (Auftrag und Geld für Stromerzeugung vorhanden in Winterthur): Die Stadt Winterthur hat einen 70 Mio.-Kredit für erneuerbare Energien vom Stimmvolk erhalten. Stadtwerk hat einen Millionenbetrag für den Bau von Solaranlagen vom Gemeinderat erhalten. Stadtwerk macht jedes Jahr 8-stellige Gewinne aus dem Energieverkauf an die Kunden von Winterthur. Die Stadt Winterthur hat den Auftrag, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Winterthur zu senken.

Stadtwerk hat also den Auftrag, das Geld und die Möglichkeiten, die nachhaltige Energieversorgung aus der Schweiz zu stärken. Darum sollten sie so bald als möglich mehr Investitionen in Batterietechnologie, alternative Energieerzeugungsanlagen und die Energieeffizienz in Winterthur einsetzen.

Wir sind da gleicher Meinung wie die SVP, dass wir von der GLP mehr Engagement von Stadtwerk für Investitionen in erneuerbare Energie in der Region erwarten. Dies ist aber noch lange noch kein Grund, sich in das Schweizer Schneckenhaus zurückzuziehen und Anteile an bestehenden Anlagen in Europa und der Schweiz zu verkaufen, welche aus Wind, Wasser und Sonne erneuerbare Energie produzieren. Der Auftrag eines schnellstmöglichen Verkaufs der Beteiligungen würde auch dazu führen, dass kein Marktpreis im Verkauf erzielt werden könnte und damit einiges an Steuergeldern vernichtet würden.

Wir empfehlen daher sehr, das Postulat der SVP nicht zu überweisen.

**Z. Dähler (CVP/EDU):** Am Anfang der Corona-Krise konnte ich eine Zeit lang kein WC-Papier kaufen. Vielleicht ist es dem einen oder anderen von Euch auch so ergangen. Es fehlte nicht mehr viel und ich hätte bei meinen Bekannten fragen müssen, ob sie mir nicht 1-2 Rollen geben könnten. Das ist ein Szenario, das wir jetzt erlebt haben. Aber es ist harmlos gegen das, wenn wir irgendwann einmal aufgrund von zu viel oder zu wenig Strom ein paar Tage keinen Strom haben. Denn dann kochen wir nicht mehr, dann heizen wir nicht mehr ein, denn bei ganz vielen Heizungen geht einfach nichts mehr ohne Strom.

Die Beteiligungen an der Aventron Holding und Swissspower Renewables AG bringen uns keinen Strom. Sie bringen uns vielleicht ein gutes Gefühl. Aber eigentlich bin ich der Meinung, dass wir das Geld, das wir als Stadt damals gesprochen haben für erneuerbare Energien, so investieren müssten, dass wir den Strom wirklich selber produzieren lassen könnten. Entsprechend bin ich da Miteinreichender und bin dafür, dass man das Geld aus diesen beiden Firmen herausnimmt und halt eben richtig und gut für die Stadt Winterthur investiert.

Wie Michi Gross gesagt hat, ist es wahrscheinlich leider so, dass wir die Beteiligung gar nicht so einfach verkaufen können, zumindest nicht zu diesem Preis, zu dem wir es einschätzen und sagen, das wäre heute der theoretische Wert. Aber probieren müssen wir es. Es geht darum, dass wir den Strom haben, wenn wir ihn brauchen – aus eigener Produktion und in der richtigen Menge. Dass wir das, wenn möglich, selber machen können.

Ich bitte um die Überweisung dieses Postulats.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grünen/AL unterstützen den Ablehnungsantrag der Grünliberalen. Es macht für ein reiches Land wie die Schweiz durchaus sehr viel Sinn, dass überall dort, wo positive Beiträge zur Energiewende geleistet werden können, ein allfälliges finanzielles Engagement geprüft und – falls sinnvoll und verlässlich – auch umgesetzt wird.

Liebe SVP, widersprüchlicher als jetzt kann Eure Argumentation wirklich nicht sein, entschuldigt. Wenn es um die Negativbeiträge geht, wenn es um CO<sub>2</sub>-Kompensationen geht, wollt Ihr auch möglichst viel im Ausland kompensieren. Ja, was ist die Argumentation? Ich kann mit weniger Geld mehr erreichen und es interessiert mich nicht, wo das CO<sub>2</sub> reduziert wird. Da bin ich grundsätzlich gleicher Meinung. Wir haben ein globales Problem, müssen das auch global lösen und müssen versuchen, gemeinsam diese Lösung zu erreichen. Eben, mit dem zur Verfügung gestellten Kapital, das die beiden Firmen in Kraftwerke investieren, kann insbesondere in Anlagen, die ausserhalb der Schweiz entstehen günstiger, sprich effizienter Strom produziert werden – erneuerbarer Strom. Die Firmen können dort z.T. auch die Einspeisevergütungen abholen, die für diese Anlagen existieren, und können so den Strom relativ kostengünstig produzieren. Diese Anlagen bringen also genau dasselbe, wie das, was wir

fordern, was wir bei den CO<sub>2</sub>-Kompensationen im Ausland machen. Sie schaffen nämlich erneuerbaren Strom. Und das nicht irgendwo auf der Welt, sondern nur in Europa. Z.T. sogar in Grenznähe. Und dieser europäische Strom geht ins Netz, meine liebe SVP. Der geht ins Netz und wir beziehen aus diesem Netz aus dem Ausland auch wieder Strom. Es ist leider eine Illusion zu glauben, wir könnten den Strom 100% selbst produzieren.

Und zuletzt: Wir haben genügend Geld. Wenn wir wollen. Da zitiere ich Mani Matter: Mer chönnt scho, wänn mer wett. Es wurde bereits erwähnt: Wir haben Geld und wir können investieren. Da, bei uns. Wir müssen nicht da das Geld abziehen. Deshalb unterstützen wir das selbstverständlich nicht. Danke für die Ablehnung.

**B. Zäch (SP):** Der Vorstoss der SVP und der CVP ist eine politische Impulsreaktion und er offenbart ein Inseld Denken, das der Situation der Schweiz auch im Strombereich überhaupt nicht angemessen ist.

Es macht es nicht besser, wenn Michael Gross bei der Begründung des Postulats ein Krüsimüsi an Argumenten zusammenträgt. Zum einen malt er das Risiko an die Wand, von einer robusten Rettung von Nationalinteresse. Mir wäre es neu, dass die SVP etwas gegen solch robuste Interessensvertretung hätte.

Zweitens spricht er von Strommangellage. Eine Strommangellage hat überhaupt nichts damit zu tun, was er aus der Corona-Krise an Erkenntnissen zieht. Strommangellage ist eine Überforderung vom Netz, ein technisches Argument. Das hat nichts mit der Abschottung von Ländern zu tun.

Die Schweiz ist das wohl am meisten mit dem Ausland vernetzte Land in Europa. Die Schweiz ist ausserdem Teil eines dichten Netzes bei der europäischen Stromversorgung, sie importiert Strom und - das vergisst man immer gerne - sie exportiert auch sehr viel Strom. Unser Land ist aber kein Standort für grosse Windkraftwerke und der weiteren Nutzung der Wasserkraft sind klare Grenzen gesetzt. Damit fallen zwei grosse Bereiche für Investitionen in der Erzeugung von Energie weitgehend weg. Es gibt dafür im europäischen Ausland zahlreiche Möglichkeiten. Und diese Möglichkeiten nutzen Aventron und Swissspower Renewables. Und genau das ist die Anlagepolitik dieser beiden Firmen, an denen Winterthur beteiligt ist. Das macht Sinn und es sind langfristig angelegte Investitionen.

Es redet niemand davon, dass aus Norwegen oder aus Südspanien direkt Strom in exklusiven Leitungen in die Schweiz transportiert wird. Es geht als Teil eines grossen Stromnetzes darum, Nutzungs- und Bezugsrechte zu erwerben, die langfristig die Versorgungssicherheit in der Schweiz gewährleisten können.

Angst zu schüren, die Nationalstaaten könnten hier in Krisenzeiten willkürlich Barrieren errichten, geht ziemlich fehl. Auch in der Corona-Krise hat die Stromversorgung in jedem Moment einwandfrei funktioniert. Auch wenn die Grenzen geschlossen wurden. Strom geht über die Grenzen. Wer nämlich die Stromversorgung über die Grenzen kappt, schneidet sich wegen der engen Vernetzung innerhalb des europäischen Stromnetzes sofort ins eigene Fleisch. Wer dieses Vertrauen in die internationale Einbindung der Schweiz naiv findet, sollte sich vielleicht fragen, ob es nicht naiver ist, einem Mythos einer «Insel Schweiz» nachzuhängen.

Die SP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag und macht im Rat beliebt, dieses Postulat nicht zu überweisen.

**U. Hofer (FDP):** Die FDP hat ein gespaltenes Herz, unterstützt aber den Ablehnungsantrag. Die FDP-Fraktion hat sich 2016 sehr kritisch zur Erhöhung der Beteiligung an den damaligen Kleinkraftwerke Birseck AG geäussert und ist dann mit den folgenden Wertberichtigungen auch bestätigt worden. Einer der Gründe waren die vielen Beteiligungen im Ausland und die damit verbundenen Unsicherheiten. Für uns aber primär Unsicherheit rechtlicher oder wirtschaftlicher Natur. Ich muss leider auch dem Votum von Markus Nater entnehmen, dass dieses Risiko wohl immer noch besteht und wohl auch heute noch unterschätzt wird.

Vor diesem Hintergrund können wir viele dieser im Postulat gemachten Überlegungen nachvollziehen. Wir haben gewisse Sympathien – aber es gibt auch noch andere Werte, die wir hochhalten.

Einerseits Beständigkeit bei einer eingeschlagenen Strategie, die Verlässlichkeit der Stadt Winterthur als Partner und – das wurde auch schon angetönt – Offenheit für Investitionen im Ausland. Gewisse Klimaziele lassen sich in der Tat mit sinnvollen Investitionen im Ausland besser, effizienter und auch günstiger erreichen als mit Investitionen im Inland.

Es ist richtig, was gesagt wurde: CO<sub>2</sub> kennt keine Grenzen. Klar müssen wir auch in Auge auf die Versorgungssicherheit haben. Wir sehen diese Aufgabe aber primär beim Bund gelagert. Und es stand auch nicht der Vorwurf im Vordergrund bei diesen Beteiligungen, dass wir nicht einmal Strom davon beziehen.

Andere Geschichten sind jedoch, dass man den Verlauf dieser Beteiligungen weiterhin kritisch begleiten sollte. Sollten Alarmsignale auftauchen, dann erwarten wir vom Stadtrat, dass er unsere Interessen als Aktionär schützt. Und zwar anders als bei Biorender früher und frei von Interessenskonflikten.

Zum heutigen Zeitpunkt haben wir jedoch keine solchen Alarmsignale bzw. weniger als auch schon. Auch wirtschaftlich scheint sich Aventron erholt zu haben. Sie haben auch vor kurzem ein innovatives Solarprojekt verwirklicht, wo auf einer Fläche von 45'000 m<sup>2</sup> Solarpaneele entstanden sind. Dadurch haben wir eine Investition im Inland, die mir durchaus sinnvoll erscheint.

Ein Verkauf durch parlamentarischen Zwang ist deshalb für uns zum heutigen Zeitpunkt keine Option. Ganz zu schweigen davon, dass bei einem Zwangsverkauf kein guter Preis ausgehandelt werden könnte. Notabene glaube ich und glauben wir, dass ein Ausstieg aus diesen verschachtelten, komplizierten Strukturen einfach ist. Das ist aber ein Risiko, das wir beim Einstieg eingegangen sind. Und das wir mit jeder Erhöhung der Beteiligung vergrössern. Und das sollten wir dort in die Waagschale werfen.

Es ist auch schon gesagt worden: Investitionen im Inland kann Stadtwerk auch anderweitig vornehmen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich möchte einfach klarstellen: Michael Gross hat gesagt, es sei ein Finanzgeschäft. Das möchte ich schon berichtigen: Das ist kein Finanzgeschäft, das ist ein ökologisches Engagement. Denn wenn es ein Finanzgeschäft wäre, dann dürften wir als Stadtwerk das gar nicht machen. Das mussten Finanzkontrolle, Bezirksrat usw. schon kritisieren: Ein Finanzgeschäft darf nur das Departement Finanzen machen. Das einfach zur Einleitung.

Ich möchte wirklich beliebt machen, dass man diesem Postulat nicht folgt. Das hätte für uns sehr grosse Nachteile. Und bei allen politischen Legitimationen (beim Volk, wo wir den 90 Mio.-Kredit geholt haben, danach auch beim Parlament), haben wir klaren Wein eingeschenkt. Wir haben klar gesagt, dass wir im In- und Ausland Engagements haben. Es ist wirklich nicht so, dass wir da etwas Falsches vorgegaukelt hätten, sondern das haben wir immer klar gesagt.

Es ist auch nicht so, dass wir nicht das Recht hätten, von diesen Kraftwerken, bei denen wir Mitbesitzer sind, dann auch Strom zu beziehen. Es ist nur aktuell wirtschaftlich nicht interessant für Stadtwerk, weil es mit den Einspeisevergütungen und den ganzen anderen Regularien viel zu teuer käme, wenn wir unseren eigenen Strom zu uns nach Winterthur nehmen würden. Es ist viel wirtschaftlicher, wenn man ihn an Ort und Stelle verkauft und nachher ein interessantes Engagement hat bei diesen beiden Firmen.

Bei Aventron, einfach zu Urs Hofer, er hat von einer Wertberichtigung gesprochen, muss ich noch betonen: Diese Wertberichtigung ist jetzt im Positiven, sie ist nicht mehr im Negativen. In der Zwischenzeit hat die Aktie von Aventron wieder an Wert gewonnen, wir sind dort über 1 Mio. im Positiven. Es ist also nicht so, dass man dort einen Abschreiber hätte machen müssen oder so, sondern es ist eine interessante Aktie. Und die Aktie ist interessant, weil sie unsere Ziele von der CO<sub>2</sub>-Reduktion ganz klar im Vordergrund hat. Jede Tonne CO<sub>2</sub>, die wir mit dem Engagement dieser beiden Firmen erreichen können, ist eine gesparte CO<sub>2</sub>-Tonne, ob sie jetzt in Spanien anfällt oder im Norden oder in Italien. Das ist am Schluss relativ egal. Die Hauptsache ist: Wir haben wieder eine Tonne CO<sub>2</sub> gespart. Und das sind manche Tonne, die wir da einsparen mit diesen beiden Firmen.

Das sind Beteiligungen, mit denen wir wirklich klar etwas dazu beitragen können, dass man etwas zu den Energiezielen 2050, die wir uns gegeben haben, die sich aber ganz viele andere Länder auch geben, beiträgt und das erreichen kann. Zudem sind das Beteiligungen, die aber für uns trotzdem auch einen gewissen Profit geben. Nicht einen wahnsinnig grossen, aber unser Risiko, das wir ja tragen, das soll ja auch ein paar Früchte tragen. Bei Aventron trägt es schon ein paar Früchte, bei Swissspower Renewables sind diese Früchte noch nicht so zu sehen. Aber wir hoffen stark, dass diese in den nächsten Jahren dann auch einmal kommen und wir dort auch etwas zurückbekommen für das Investment, das wir dort tätigen, für das Geld, das wir dort einsetzen.

Es ist einfach illusorisch, dass man meint, man bekäme die 65 Mio. auf dem Markt. Es ist bei jeder Firma so mit über 10% Aktienbesitz. Da muss man ein Buchbriefing machen, man muss schauen, wie man die Aktien verkaufen kann (die kann man nicht wie bei Ricardo einfach locker einstellen und dann an den Käufer bringen). Es ist noch schwierig, wenn man über 10% einer solchen Firma besitzt, dass man da überhaupt Leute findet, die das dann gleich übernehmen. Das hat nichts damit zu tun, dass sie nichts wert wäre, die Firma, aber es ist einfach so: Wir haben eine relativ grosse Beteiligung bei diesen beiden Firmen.

65 Mio. jetzt in erneuerbare Energien in der Schweiz zu investieren, ist fast unmöglich. Wenn man wirtschaftliche Projekte suchen will, sind sie einfach nicht vorhanden oder fast nicht vorhanden. Man darf auch nicht meinen, das könnte Stadtwerk irgendwie nebenbei auch noch machen. Wenn man will, dass wir bei Stadtwerk ein Team aufbauen, das gezielt in kleinere Anlagen investiert und gezielt kleinere Anlagen baut, dann ist das nicht nur eine Person, die das im Nebenamt macht. Sondern das wäre dann ein ganzes Team, das wir aufbauen müssten. Und das haben wir jetzt praktisch «outgesourct» bei diesen beiden Firmen, Swissspower Renewables und Aventron. Damit sind wir sehr gut gefahren. Das sind Spezialisten, das ist kein sehr einfacher Job. Da muss man mit den lokalen Gegebenheiten vertraut sein, da muss man wissen, was auf dem Markt vorhanden ist, wo kann man den Fuss hineinhalten usw. Da sind wir als Stadtwerk auch viel zu klein, um das wirklich professionell zu machen.

Deshalb empfehle ich Euch wirklich: Überweist das Postulat nicht. Es wäre eine Wertvernichtung unserer Aktien und das, was Ihr eigentlich möchtet, dass man dann in ökologische Anlagen in der Schweiz investiert – das ist zurzeit einfach nicht möglich, nicht mit den Ressourcen, die wir bei Stadtwerk haben.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das mit Aufstehen bezeugen.

Wer das Postulat nicht überweisen möchte, soll das ebenfalls mit Aufstehen bezeugen.

Sie haben damit die Überweisung dieses Postulats abgelehnt.

**Ratspräsident D. Oswald:** Wir sind somit am Ende der heutigen Sitzung. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich darauf, ein weiteres Geschäft zu beginnen.

Ich habe noch eine kleine Information: Wir haben an der Ratsleitungssitzung heute Nachmittag ein Reglement beschlossen in der Ratsleitung, wo geregelt ist, wenn Mitglieder des Grossen Gemeinderats eine Weiterbildung machen, die in Zusammenhang mit ihrer Kommissions-tätigkeit steht, kann da ein finanzieller Beitrag geleistet werden. Dieses Reglement sollte im Lauf dieser Woche im Extranet aufgeschaltet werden und ist ab sofort in Kraft.

Bezüglich Sitzungsort in Zukunft: Es ist im Moment noch schwer abschätzbar, ob wir im August wieder im Gemeinderatssaal sein können oder nicht. Wir sind das am Überprüfen. Wir sind auch noch am Überprüfen, mit welchen Massnahmen man im Gemeinderatssaal tagen könnte. Wir werden das in ca. 14 Tagen versuchen zu entscheiden. Sollte die Lage oder die Situation unsicher sein, ob im Gemeinderatssaal die nötigen Anforderungen erfüllt werden können, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als wieder hier zu tagen im August.

Damit habe ich die Sitzung geschlossen.

Ich wünsche allen einen schönen Sommer und freue mich, Euch nach den Sommerferien wieder im Rat zu begrüssen. Einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)